Nr. 286. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 4186.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 6. Dezember 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Das Schächten der Hubertussau.

Die Antisemiten des Deutschen Reichstages haben, angestachelt durch den Erfolg, den die Bewegung in der Schweiz gegen das Schächten erzielt hat, einen Antrag auf Regelung des Schlachtwesens eingebracht, dessen ausgesprochener Zweck es ist, für die Zukunft das Schächten nach jüdischem Ritus zu verhindern. Sie berufen sich darauf, daß dieses Schlachtverfahren quälerischer ist, als dasjenige, das durch die Anwendung der Schlachtmaske ermöglicht wird.

Es ist zweifellos eine Sache der Menschlichkeit, den Todeskampf der zur Nahrung bestimmten Thiere möglichst zu erleichtern. Die Menschen werden glücklicherweise von Jahrhundert zu Jahrhundert feinfühliger in dieser Hinsicht. Das Mitgefühl mit den Mitgeschöpfen, das in Indien bereits durch den Buddhismus zu den äußersten Konsequenzen gekommen ist, so daß ein frommer Hindu es als Sünde betrachtet, ein Thier überhaupt zu tödten, ist in Europa bei Weitem noch nicht so stark entwickelt. Sehr verschieden in der Ausbildung des Mitgefühls mit Thieren zeigen sich da die einzelnen Länder. Weichherziger, dem Verständniß für Thierleiden und Thierfreuden zugänglicher sind die Nord-Europäer, empfindungsloser die Südländer. In weiten Kreisen, in deutschen sowohl wie in anderen Kulturländern, hat der Abscheu vor der Thiertödtung bereits dahin geführt, daß die Thierfreunde sich aus ethischen, nicht aus Geschmacksrücksichten, des Fleischgenusses völlig enthalten und der vegetarischen Lebensweise sich zuwenden.

Wenn diese Leute gegen das Schächten ebenso wie gegen das Schlachten überhaupt eifern, so steht das im Einklang mit ihrer ganzen Lebensführung. Gelänge es ihnen, die Menschheit von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen, was wir allerdings stark bezweifeln, so wäre damit auch die Schächtfrage ein für allemal gelöst.

Die Antisemiten wollen nun nicht dem Schlachten der Thiere überhaupt, sondern nur einem bestimmten Schlachtverfahren ein Ende bereiten. Der Gedanke ist ihnen ausgesprochenermaßen gekommen während ihres Kampfes gegen das Judenthum. Als sie nach allerhand Fehlern und Verbrechen der Juden eifrig Umschau hielten, stießen sie auch auf das Schächten, und da riefen sie: siehe da, das ist auch so ein Unwesen, das dem Judenthum anhaftet, so ein barbarischer Brauch, durch den es sich absondert von den germanischen Christen! Laßt uns suchen, ob wir nicht wissenschaftliche oder sittliche Gründe dagegen zusammenklauben können! Und da sie die wissenschaftlichen und sittlichen Gründe gefunden zu haben glauben und noch nicht stark genug sind, um mit Aussicht auf Erfolg rufen zu können: „Fort mit den Juden!" rufen sie vorläufig: „fort mit dem Schächten!"

Doch Motive hin, Motive her; mögen die Antisemiten auch durch ihren unvernünftigen Judenhaß zur Forderung des Schächtverbots gekommen sein, wir haben bei Prüfung der Frage uns nur davon leiten zu lassen, ob wirklich sittliche Gründe gegen ein solches Schlachtverfahren sprechen und ob nicht andererseits dessen Verbot sich als eine schwere Ungerechtigkeit darstellt. Zur Beurtheilung der Frage, ob wirklich die jüdische Schlachtmethode grausamer ist, als das Schlachten mit der Schlachtmaske, fühlen wir uns nun allerdings ebensowig befähigt wie die Gesammtheit der Antisemiten des Reichstages, einschließlich des christlich-sozialen Hofpredigers a. D. Stöcker. Die einzigen Autoritäten, die wir zur Entscheidung dieser Frage anerkennen können, sind Männer der Wissenschaft, Mediziner, Anatomen. Aus diesem Lager sind nun bisher immer noch verschiedenartige Antworten ertheilt worden, einige haben ihr Gutachten für das Schächtverbot abgegeben, andere, und das sehr gewichtige Autoritäten, erklären das Schächten für nicht schmerzreicher, als das Tödten mit der Schlachtmaske. Für uns, wie für alle unbefangenen Leute erscheint deshalb die Frage noch keineswegs spruchreif, und also ein Einschreiten des Staates nicht rechtfertigend.

Doch nehmen wir einmal an, es sei erwiesen, daß das Schächten dem Thiere mehr Schmerzen verursacht, also grausamer ist, als das Tödten mit der Schlachtmaske, oder auch irgend eine andere noch sicherer den Tod herbeiführende Schlachtmethode, die später entdeckt werden könnte. Wie liegt die Frage dann? Von orthodox-jüdischer Seite wird geltend gemacht, daß das Schächtverbot auf eine Religionsstörung, eine Gewissensbeeinträchtigung hinauskommen würde, daß es also unter keinen Umständen erlassen werden dürfte, auch dann nicht, wenn das Schächten schmerzerregender sei, als irgend eine andere Schlachtmethode. Dieses Argument geht indeß von einer falschen Voraussetzung aus. Es setzt voraus, daß das Schächten ein integrirender Bestandtheil der jüdischen Religion sei etwa wie das Abendmahl zu den Religionsübungen der christlichen Kirchen gehöre. Nun schreiben aber nicht die jüdischen Religionsbücher vor, daß von Zeit zu Zeit, oder bei bestimmten feierlichen Gelegenheiten, ein Thier geschächtet werden muß, damit die ganze Gemeinde, die dieser erhebenden Handlung zuschaut, oder die einzelnen Gläubigen, welche von dem geschächteten Fleisch essen, einen größeren Anspruch auf Heiligkeit oder Seligkeit haben, die jüdischen Religionsvorschriften besagen nur, der gläubige Jude solle kein anderes Fleisch essen, es sei denn geschächtetes. Sie g e bieten ihm nicht das Essen von geschächtetem Fleisch, sie v e r bieten ihm nur den Genuß ungeschächteten Fleisches. Es kann Jemand der rechtgläubigste, sittlichste Jude sein sein lebelang, ohne je einen Happen geschächteten Fleisches in den Mund zu stecken. Würde deshalb unwiderleglich und wissenschaftlich erwiesen, daß die jüdische Schlachtmethode grausam ist und der Volksmoral widerspräche, so ließe sich die Gewissensfreiheit nicht als Grund gegen den Erlaß eines Schächtverbots geltend machen. Eine Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit wäre es nur, wenn den Juden g e boten würde, ungeschächtetes Fleisch zu essen. Mit vegetarischer Kost, unter Zuhilfenahme von Eiern, Milch, Fischen und Geflügel könnten aber rechtgläubige Juden, die dem Genuß von geschächtetem Fleisch widerstreben, sich vollauf ernähren. Sie würden allerdings einen Genuß entbehren müssen, den sie glauben, sich nur durch ein der Volksmoral als unsittlich geltendes Mittel verschaffen zu dürfen.

Aber zu dieser Anschauung ist die Volksmoral ebensowenig gekommen, wie die Wissenschaft bisher festgestellt hat, daß das Schächten schmerzerregender sei, als das Schlachten mit der Schlachtmaske. Der beste Beweis dafür liegt in der Gleichgiltigkeit der öffentlichen Moral gegen das Ferkelstechen, Aaleschinden und das Hetzen von Hirschen, Hasen und Sauen, Tödtungsmethoden, die doch sammt und sonders weit grausamer sind als das Schächten. Wenn deshalb sich die Antisemiten ein Recht erwerben wollen, gegen das Schächten ein gesetzliches Einschreiten zu veranlassen, so mögen sie erst Gesetzentwürfe gegen jene quälerischen Thiertödtungsmethoden einbringen. Das Ferkelstechen wird zwar durch die Form der antisemitischen Schlachtregelung gleichfalls getroffen. Wie aber steht es z. B. mit der Sauhatz?

Wird auch der antisemitische Antrag zum Gesetz erhoben, so werden doch nach wie vor auch die Edelsten der Nation mit dem aus dem Mittelalter überkommenen barbarischen Vergnügen einer Sauhatz sich verlustigen können. Die Sauhatz nimmt im allgemeinen folgenden Verlauf: In einem Gehege werden ein Dutzend Wildsauen gehalten; naht die Zeit der Schweinehatz, dann wird beim Futtern ein Keiler eingefangen, gefesselt und auf den Rücken geworfen. Dann werden ihm die beiden gefährlichen Hauer abgesägt und rund gefeilt, was, wie jedermann bezeugen muß, der einmal in die Hände von Zahnärzten gerieth, sicher nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens zu rechnen ist, für unvernünftige Wildschweine ebenso wenig, wie für vernünftige Menschen. So der Möglichkeit beraubt, sich ernstlich zu wehren und seinen hündischen und menschlichen Gegnern den Bauch aufzuschlitzen, wird der Keiler bis zum Jagdtage in engem Gewahrsam gehalten. Sind die Sportsleute zu Pferde und die buntscheckige Jagdmeute zu Fuß erschienen, dann läßt man den Keiler los ins Freie hinein; er erhält einen kurzen Vorsprung und dann jagen Jäger und Meute hinter ihm her über Stock und Stein, durch Wasser, Wald und Feld, mit Hussassa und Horrido! bis er schließlich von der Meute gefaßt und „gedeckt" wird. Die Hunde verbeißen sich in ihm, so daß er sich nicht mehr von der Stelle rühren kann. Wer nun von den Jägern zuerst am Platze ist, hat dann die Ehre, sich an der Schächtung des Wildschweins eigenhändig zu betheiligen, oder ihm den „Fang" zu geben, wie es auf Jägerlateinisch heißt. Der eine Schächtgesell hebt den Keiler aus, d. h. er faßt ihn am Hinterlauf und zerrt ihn aus Leibeskräften nach hinten in die Höhe; der zweite tritt mit dem Schächtmesser, hier je nach der Form Saufeder oder Hirschfänger genannt, vorn auf ihn zu und stößt ihm die Waffe in die

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [25

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen übersetzt.)

„Ich will ein Geständniß ablegen — dachte sie — man wird mir glauben, daß ich wirklich aus ganzer Seele mein Vergehen bereue."

Dann kam ihr der Gedanke, daß man sie auffordern würde, die Namen aller derer zu nennen, die sie besucht hatten. Das regte sie auf.

„Ja, aber sie sind doch alle schon arretirt — fiel ihr freudig ein — ich kann ihnen nicht mehr schaden, wenn sie es auch nicht gesagt haben sollten, daß sie mit mir bekannt waren, und so kann ich sie auch nicht dadurch kompromittiren, daß ich mit ihnen bekannt gewesen bin."

Der Gedanke, ein offenes Geständniß abzulegen, als einziges Mittel, die Freiheit wieder zu erlangen, befestigte sich immer mehr in ihr, doch konnte sich Frau Isjumkin noch nicht sofort dazu entschließen, und obgleich sie sich vorredete, daß das ihren Bekannten nicht schaden könnte, und diese sich als ihre Feinde erwiesen hätten, hielt sie immer noch ein instinktives Gefühl davon ab. Unterdessen wurde ihr die Gefängnißhaft immer unerträglicher; ihre Verzweiflung war schon so groß geworden, daß sie daran dachte, aus dem Bettuch eine Schlinge zu machen und sich zu erhängen, und nur der Gedanke an ihre Kinder hielt sie davon ab. . . . . Es gab Augenblicke, wo sie bereit war ein Geständniß abzulegen, aber dann wurde sie wieder schwankend.

Ein Monat war vergangen, man schien sie ganz vergessen zu haben, sie war zu keinem Verhör mehr verlangt worden. Bücher hatte sie keine, auch wäre sie unfähig gewesen, irgend etwas zu lesen . . . sie konnte sich mit ihrem Schicksal nicht aussöhnen, sie magerte ab und die Augen fielen ihr ein.

Eines Abends, als ihre Verzweiflung den höchsten Grad erreicht hatte, vernahm sie auf dem Korridor Schritte, die sich ihrer Zelle näherten; jetzt blieb jemand vor ihrer Thür stehen und diese wurde geöffnet.

Der Staatsanwalt trat ein, grüßte und fragte sie:

„Haben Sie mir nichts zu sagen?" Seine Stimme klang ihr so wohlwollend, so theilnehmend.

„O ja!" — rief sie in voller Ekstase — „hören Sie mich an, lassen Sie mich zu meinen Kindern gehen! Ich sterbe hier. . . . Ich will Alles eingestehen, ich bin keine Sozialistin . . . ich bin nur verführt worden . . . mir gefielen diese Versammlungen. In meiner Wohnung versammelten sich die Verschwörer."

Die Augen des Staatsanwalts blickten vor Freude wie bei einem Jäger, der auf ein seltenes Thier gestoßen ist. Er hörte aufmerksam zu, und sie beichtete so aufrichtig, als ob ein Geistlicher vor ihr stünde, welcher, nachdem er ihre Beichte angehört hatte, ihr sagen würde: „Deine Sünden sind Dir vergeben, ziehe in Frieden zu Deinen Kindern." Frau Isjumkin nannte die Namen ihrer Gäste, und der Staatsanwalt zog schnell aus seiner Tasche das Notizbuch heraus und schrieb sie alle auf, ohne die Erzählerin auch nur mit einem Worte zu unterbrechen.

„Nun habe ich alles eingestanden. Ich schwöre Ihnen, daß ich nichts verheimlicht habe!" sagte Frau Isjumkin und erwartete weinend die Entscheidung des Staatsanwalts.

„Vorläufig kann ich Ihnen nur versprechen, daß Sie morgen Ihre Kinder wiedersehen werden," sagte dieser und ging hinaus, um so rasch wie möglich Frau Isjumkin's Aussagen auszunützen.

Nach einer Woche wurde sie gegen Bürgschaft befreit, da man keinen Grund hatte, an ihrer Aufrichtigkeit zu zweifeln. Nach einem halben Jahre erhielt sie folgendes Urtheil:

In anbetracht der Dienste, die sie durch ihr offenes Geständniß geleistet habe und wodurch es gelungen ist, vier Staatsverbrecher zu arretiren, und ferner, weil sie nicht als Anhängerin, sondern aus Leichtsinn gestattet hatte, daß in ihrer Wohnung sich die Verschwörer versammelten, wird dahin entschieden, daß Frau Isjumkin auf administrativem Wege zur Verbannung in die weniger entlegenen Gegenden Sibiriens verurtheilt wird.

Der Egoist.

Bei der Berathung der Verschwörer, die in der Wohnung der Frau Isjumkin stattgefunden hatte und von der im vorhergehenden Abschnitt die Rede war, hat der Leser Ardaljon kennen gelernt.

Er war der Sohn eines kleinen Beamten und von Kind auf daran gewöhnt, sich als einen kleinen Gott zu betrachten, weil sein Vater ihn unter den den übrigen zehn Kindern besondern bevorzugte. Als er in das Gymnasium eintrat, trachtete er mit allen Kräften danach, daß sein Name auch auf die goldene Tafel käme, auf der die Namen der Schüler, die besonders befähigt waren prangten. Aber Ardaljons Fähigkeiten waren nur schwache: In allen

Brust, wobei keineswegs sofort der Tod dieses Opfers der Jagdlust herbeigeführt zu werden pflegt.

Nun fragen wir die vereinigten Antisemiten, ob eine solche Schweinehatz nicht eine weit grausamere Tödtungsmethode ist, als die ungeschickteste Schächterei. Wenn sie deshalb wirklich einer humaneren Behandlung der Thiere Bahn brechen wollen, so mögen sie mit der Bekämpfung der Sauhatz den Anfang machen, da wohl diese Frage, nicht aber die des Schächtens völlig spruchreif ist.

Religiöse Gründe können nicht geltend gemacht werden gegen die Beseitigung der Sauhatz. Zur Tödtung der Jagdthiere ist die Kugelbüchse ein weit sichereres und ja sonst auch gebräuchlicheres Mittel als die Schächtung nach vorangegangener quälerischer Verstümmelung, Hetze und Zerfleischung. Sollten aber irgend welche, uns bislang unbekannt gebliebene Interessen von Staat und Gesellschaft die feierliche Tödtung eines Wildschweins erforderlich machen, so sollte doch diese Zeremonie mindestens auf die humaneren Formen einer jüdischen Schächtung gebracht werden. Anstatt den Keiler erst zahnärztlich zu behandeln, ihn dann zu hetzen und von Hunden zerfleischen zu lassen, ehe er abgestochen wird, sollte man ihn gleich, nachdem er gefesselt ist, nach allen Regeln der Kunst schächten.

Herr Rickert und die Seinigen, die sich durch ihre wortreiche Bekämpfung des Antisemitismus den Ehrennamen der Judenschutztruppe erworben haben, werden sicher diese schöne Gelegenheit ergreifen, um einmal wieder, wie bei der Annahme des Militärgesetzes, mit ihren sonstigen Gegnern, den Antisemiten einträchtiglich zusammen zu wirken in der Einbringung eines Gesetzes, das für die Sauhatz die Anwendung der jüdischen Schächtmethode zur Pflicht macht. Da ein jüdischer Schächter aus konfessionellen Gründen bei einer Wildsauschächtung nicht mit Hand anlegen könnte, würde es nöthig sein, einige Jägersleute kunstgerecht im Schächtverfahren unterweisen zu lassen. Und den rechtgläubigen Rabbi Hirsch Hildesheimer wird sein patriotisches Herz sicher antreiben, zu dieser Unterweisung seine erfahrene Hand zu leihen und seinen Segen zu geben.

G. L.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember.

Aus dem Reichstag. Die heute eröffnete Debatte über die neuen Steuer-Vorlagen der Regierung hat sich herzlich ledern angelassen. Man merkt, daß sowohl die Regierungsvertreter wie auch die Abgeordneten ihr Pulver während der vier Tage Etat-Debatten verschossen haben. Der bayerische Finanzminister Dr. von Riedel leitete die Debatte über den Börsensteuer- und Stempelgesetz-Entwurf ein und der Reichsstaatssekretär von Posadowski übernahm später die Polemik gegen den Abgeordneten Richter, welcher das ablehnende Votum seiner Fraktion eingehend begründete. Außer Richter sprach von den Abgeordneten noch der Graf von Kanitz und zwar für die Vorlage. Die Erwartung, welche der Herr Graf am Beginn seiner Rede aussprach, daß der schleppende Gang der Verhandlungen durch sein Eingreifen in die Debatte einem munteren Tempo Platz machen werde, erfüllte sich nicht. Die Stimmung blieb matt, und als Graf Kanitz seinen Speech zu Ende geführt hatte, beschlossen die drei Dutzend, welche im Hause etwa anwesend waren, einstimmig Vertagung. Morgen Fortsetzung der Debatte, wobei von unserer Fraktion Genosse Singer sprechen wird.

Kommission für Arbeiterstatistik. Die Neuwahl der vom Reichstage zu wählenden 6 Mitglieder der Kommission für Arbeiterstatistik für die gegenwärtige Legislaturperiode wird demnächst stattfinden. Da die Abgeordneten Hartmann, Hirsch und Buhl, die bisher der Reichskommission angehörten, dem Reichstage nicht mehr angehören, muß jedenfalls mindestens die Hälfte der Reichstagsmitglieder durch andere ersetzt werden.

Zur Immunität der Abgeordneten. Die früher einmal demokratische „Frankfurter Zeitung" häutet sich auch in der Immunitätsfrage. Ihr Eigenthümer Sonnemann legte im Jahre 1874 anläßlich der Verhaftung des Abgeordneten Majunke dar, daß diese Verhaftung verfassungswidrig sei und verlangte dementsprechend die „Entlassung des Abgeordneten Majunke aus der über ihn verhängten Haft für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode" (Stenographischer Bericht 1874 Seite 740/741). Sein jetziger Tintenkuli, Herr Siebengescheidt, versucht anläßlich der bevorstehenden Verhaftung des Abgeordneten Stadthagen in würdiger Seelenübereinstimmung mit dem „ollen, ehrlichen" Berliner Tageblatt darzulegen, daß die Verhaftung, „nach der Auslegung, die der Art. 31 von Seiten aller Faktoren der Gesetzgebung damals und auch später erfahren hat von Rechts wegen" erfolgen werde. Herr Siebengescheidt ist höchlichst verwundert, daß Stadthagen, „der dazu noch Jurist ist", die Richtigkeit des jetzigen Standpunkts der „Frankf. Ztg." nicht einsehen wolle. Vielleicht hat Herr Siebengescheidt aus unserer gestrigen Nummer ersehen, daß den Ausführungen Stadthagen's und der früheren Anschauung des Herrn Sonnemann sowohl in Sachen Schmidt wie in Sachen Kunert das Reichsgericht, „das dazu noch aus Juristen zusammengesetzt ist", gefolgt ist, wiewohl selbst er nicht wird behaupten wollen, daß das Reichsgericht etwa aus besonderer Vorliebe für Stadthagen jene Urtheile fällte. Die „Frankfurter Zeitung" war einmal demokratisch angehaucht — lang ist's her. —

Justizreform. Der im Justiz-Ministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Strafprozeßverfahrens, liegt nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" augenblicklich dem Staatsministerium zur Beschlußfassung vor. Wie verlautet, soll trotz der allseits anerkannten thurmhohen Schäden der Strafprozeßordnung der Gesetzentwurf lediglich sich mit der Frage der Berufung beschäftigen. Ein wie bedeutungsloser Flickputzen diese Aenderung ist, solange die erste und die folgenden Instanzen mit den nöthigen Garantien einer möglichst unparteiischen und gerechten Rechtspflege umgeben sind, haben wir wiederholt dargelegt. Der Gesetzentwurf wird schwerlich mehr enthalten als die Aufpfropfung einer neuen schlechten Instanz auf eine erste, garantielose Instanz — das giebt übrigens jetzt auch ein konservativer älterer Gerichtsrath zu. —

Reservelieutenant und Rechtsanwalt. Gegen den Rechtsanwalt Dr. Hertwig, der erst kürzlich die ihm militärischerseits auferlegte 3monatige Festungshaft verbüßt hat, schwebt, wie wir hören, noch ein militärgerichtliches Verfahren. Derselbe wird wegen seines Verhaltens gegen die im „Judenflinten-Prozeß" vernommenen Offiziere und militärischen Sachverständigen zur Verantwortung gezogen. Die Anklage ist bereits erhoben worden. — Die Thatsache, daß das militärische (wohl das sog. ehrengerichtliche) Verfahren gegen einen Reservelieutenant eingeleitet wird, weil dieser in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt und Vertheidiger der Militär-Anklagebehörde Unangenehmes gethan hat, ist geeignet, vielen die Augen darüber zu öffnen, wie wenig vereinbar die Reservelieutenants-Qualität mit einem Beruf ist, der Unabhängigkeit voraussetzt. In Konsequenz des Vorgehens gegen den antisemitischen Rechtsanwalt müßte auch dann militärgerichtliche Anklage erhoben werden, wenn ein Reservelieutenant, der „auch" Richter ist, in Ausübung seiner Richterpflicht einigen Militärs Unangenehmes sagt, etwa Beleidigungsanklagen gegen Militärpersonen als völlig unhaltbar zurückweist. — Nichts geht über die Unabhängigkeit der Justiz. —

Ins Münchener Gemeinde-Kollegium wurde, wie uns eine Privatdepesche mittheilt, bei der heutigen Wahl zum ersten mal ein Sozialdemokrat und zwar der Reichstags-Abgeordnete Birk gewählt. —

Mit fremden Federn. Man schreibt uns aus Mainz:

„Wie sehr auch das freie deutsche Hochstift geneigt ist, die Bedeutung des jüngsten Sprößlings seiner volkswirthschaftlichen Sektion, des am 8. und 9. Oktober ds. Js. stattgehabten sozialen Kongresses, in den Vordergrund zu drängen und zu überschätzen, beweist folgende Auslassung in dem von ihm herausgegebenen Berichte 1894, Heft 1 (S. 114):

„Die Bedeutung des Kongresses für die Sozialpolitik und die praktische Verwaltung spricht sich aber vielleicht am besten in einer Resolution aus, die zwei Tage nach dem Kongreß am 9. Oktober in einer in Mainz abgehaltenen Versammlung auf Antrag des Referenten, Herrn Kloß-Stuttgart, gestellt ward.

Diese Resolution lautet:

„In Erwägung, daß in Arbeiterkreisen längst das Bedürfniß nach einem alle Zweige der Erwerbsthätigkeit umfassenden unentgeltlichen Arbeitsnachweis und Auskunftsbureau besteht, beschließt die heutige Versammlung, bei der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Mainz zwecks Errichtung eines derartigen Bureaus vorstellig zu werden. Dieses Bureau soll auf Kosten der Stadt Mainz errichtet, durch einen befähigten mit den Verhältnissen vertrauten Arbeiter geleitet und unter Aufsicht einer von den Beisitzern des Gewerbegerichts zu wählenden und je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kommission gestellt und mit dem Vorsitze dieser Kommission der Vorsitzende des Gewerbegerichts betraut werden. In fernerer Erwägung, daß es in hohem Grade wünschenswerth und geboten erscheint, über die Verhältnisse der Arbeiter im Allgemeinen, sowie über Löhne, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Wohnungsverhältnisse im Speziellen zuverlässig unterrichtet zu sein, spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß durch den bereits im Dienst der Stadt stehenden statistischen Hilfsarbeiter oder durch das genannte Bureau statistische Erhebungen stattfinden."

„Hier finden sich klare, durchaus durchführbare und doch prinzipiell tiefgreifende Forderungen aufgestellt, welche für die gemeinschaftliche Thätigkeit der Arbeiter und der Gemeindebehörden ein weites und fruchtbares Arbeitsfeld schaffen." Soweit der Bericht.

Mit der der Mainzer Resolution vorausgeschickten Einleitung und den Schlußworten wird dieselbe quasi als Ausfluß des Frankfurter sozialen Kongresses dargestellt und mit dieser Darstellung schmückt das Freie deutsche Hochstift den im Oktober stattgehabten sozialen Kongreß thatsächlich **mit fremden Federn**, denn die in der Mainzer Versammlung angenommene Resolution steht weder zu den Verhandlungen des sozialen Kongresses noch zu dem Referate unseres Genossen Kloß-Stuttgart in irgend welcher Beziehung. Dieselbe ist verfaßt von unserem Genossen Jöst im Auftrage des Mainzer Gewerkschaftskartells, das sich schon Monate vor dem Frankfurter Kongreß mit der Errichtung eines Arbeitsnachweis- und Auskunftsbureaux beschäftigt und Genossen Jöst mit der Abfassung der Resolution behufs Eingabe an die städtische Verwaltung betraut hatte. Der Inhalt der Resolution war schon 5 Tage vor dem Kongresse redaktionell fertig gestellt. Der Vortrag des Genossen Kloß hatte die Gewerkschaftsbewegung zum Thema und es war reiner Zufall, daß jene Resolution gerade in dieser Versammlung zur Annahme gelangte.

Die Weisheit also, die in dieser Resolution steckt, ist nicht vom Frankfurter Kongreß bezogen worden, sondern ist unbestrittenes Eigenthum der Mainzer Arbeiter und wer sich dieselbe zu eigen macht, schmückt sich mit fremden Federn.

Internationales Spitzelthum in Berlin. Wir hatten schon früher Gelegenheit auf das ausgedehnte Spitzelsystem, hinzuweisen, welches die russische Regierung in Berlin organisirt hat. Es wimmelt hier von russischen Spitzeln, die namentlich unter den russischen und anderen slavischen — oder sonst einer für Rußland politisch interessanten Nationalität angehörigen -- Studenten u. s. w. in frechster und aufdringlichster Weise ihr Wesen treiben. Obgleich das Gesindel sehr zahlreich ist, so ist es für die russische Regierung doch noch nicht zahlreich genug, denn ein Theil der russischen Spitzel und Rockspitzel bemüht sich aufs Eifrigste, neue Spitzel zu werben. Hier und da mit Erfolg. Denn es fehlt der Bande nicht an Geld; ganz beträchtliche Monatsgehalte für „vertrauliche Berichte" werden geboten und — falls der Adressat sich bereit findet, auch gezahlt. Es wäre — auch aus höheren politischen Gründen — sehr zu wünschen, daß die deutsche Regierung sich um dieses skandalöse Treiben etwas kümmerte. Berlin ist doch noch keine russische Stadt. —

Ein Reinfall. Die Fahrkarten der Reichstags-Abgeordneten wurden Ende 1873 eingeführt und galten damals für alle Eisenbahnen Deutschlands. Die Kosten für das Reich betrugen etwa 14 000 M. für's Jahr — eine Lappalie verglichen mit den Riesensummen, die Bismarck sich und seinen Leuten in die Tasche gesteckt hat. Trotzdem fing bald das Gehetze gegen die verschwenderischen Abgeordneten an, die es sich in den Coupees erster Klasse wohl sein ließen und ihre Freifahrt zu Agitationszwecken mißbrauchten. Und 1884 wurde die Giltigkeit der Fahrkarten auf die Fahrt zwischen Berlin und dem Wohnort des Abgeordneten beschränkt — mit der offiziösen Andeutung, gewisse Abgeordnete hätten die Fahrkarten in unverschämtester Weise ausgenützt. In seiner bekannten gehässigen Kleinlichkeit ließ Bismarck von den Eisenbahnbeamten eine Statistik der von den einzelnen Abgeordneten zurückgelegten Strecken anfertigen und dunkle Drohungen mit beschämendsten Enthüllungen gingen durch die Reptilpresse. Die Enthüllungen kamen aber nicht, und es wurde mit einem Mal mäuschenstill. Die Statistik hatte nämlich ergeben, daß die Abgeordneten, welche die weitesten Strecken zurückgelegt hatten, nicht Sozialdemokraten oder sonstige Reichsfeinde, sondern Junker, Landräthe und andere Freunde des Fürsten Bismarck waren, und daß der, welcher das Höchste geleistet, niemand anders gewesen als „der große Schweiger" Moltke. —

Das neue französische Ministerium entging gestern mit knapper Noth einer Niederlage. Die erste Abstimmung, in der thatsächlich die Vertrauensfrage gestellt war, hätte dem Ministerium das Lebenslicht ausgeblasen, wenn nicht 48 Mitglieder der Rechten sich seiner erbarmt und ihm eine klägliche Majorität von 257 gegen 226 Stimmen gegeben hätten. Ohne die Rechte kann das Ministerium nicht leben; und mit ihr kann er nicht leben und nicht sterben. Armer Casimir Perier. —

Polizist über Anarchist. Der belgische Generaldirektor der öffentlichen Sicherheit und Oberspitzel, General Delatour, hat sich in einem Interview mit einem Redakteur der „Independance Belge" wie folgt ausgesprochen:

„Wir werden niemals im stande sein, vollständig die Anarchie zu hemmen; die wahren Anarchisten verstecken sich gut; nur die Werkzeuge der Anarchie können wir erkennen und verfolgen. Man kann ebenso wenig die Anarchie bekämpfen, wie man die Flucht eines rasenden Irren oder eines wilden Thieres nicht vorhersehen kann. Wir glauben, nicht vieles Geräusch über die Maßnahmen machen zu sollen, die wir ergreifen, aber seien Sie überzeugt, daß sie gut getroffen sind. Wir kennen alle Anarchisten des Landes. Außer dem Sicherheitsdienste, der sich mit ihrer besonderen Ueberwachung befaßt, haben wir neuerdings und zwar infolge der letzten Anschläge in Barcelona, Dublin und Berlin eine vollständige Gendarmeriekette längs der Grenze errichtet, um den Eintritt der Anarchisten in dieses Land zu überwachen. Da diese Maßnahme noch unzureichend ist, denn der Anarchist trägt auf seinem Gesichte kein besonderes Abzeichen, so sind unter den weiteren Vorsichtsmaßnahmen besonders diejenigen zu erwähnen, welche die Geheimpolizei ergreift, die bei jeder Regierung von denjenigen Ländern, die nationale Anarchisten jenseits ihrer Grenzen zu überwachen haben, errichtet worden ist. Kurz, unsere Schutzmittel gegen den Anarchismus sind in den letzten Tagen verstärkt worden und sollte trotzdem auf belgischem Gebiete ein Dynamitanschlag verübt werden, so würden wir wenigstens das Bewußtsein haben, unsere ganze Pflicht gethan zu haben."

Namentlich wenn Herr Pourbaix die Dynamitanschläge macht, wie bei dem Kohlenarbeiterstreik im Jahre 1887. Damals war Herr Delatour schon im Amt und vermuthlich gingen durch seine Hand die Geldsummen, welche das Ministerium Bernaert jenem Biedermann regelmäßig für seine Dynamitanschläge auszahlte. Daß Herr Delatour „alle Anarchisten des Landes kennt", das glauben wir ihm gern. Jedenfalls kennt er auch alle Adressen — für etwaige Geldsendungen. —

Arbeitslosigkeit in Holland. Einer Korrespondenz der „Vossischen Zeitung" aus Amsterdam entnehmen wir:

Während die Verhandlungen der Zweiten Kammer nur in sehr untergeordneter Weise das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen, wird die Aufmerksamkeit durch eine Bewegung, die durch umfangreiche Arbeits- und Verdienstlosigkeit hervorgerufen ist, in Athem gehalten. In Friesland und Groningen, besonders aber in den Städten Rotterdam und Amsterdam, ist das Elend der arbeitenden Klassen schon zu bedenklicher Höhe gestiegen, obwohl der eigentliche strenge Winter sich noch nicht einmal eingestellt hat. In den nördlichen Provinzen giebt es für die Landarbeiter jährlich höchstens 37 Arbeitswochen, in Amsterdam suchen etwa 70 pCt. der Bodenarbeiter Arbeit, während die Maurer mit 80, die Zimmerleute mit 40, die Anstreicher mit 90 Arbeitslosen vom Hundert vertreten sind. Nach mäßiger Berechnung sind in Amsterdam etwa 1800—2000 Zimmergesellen ohne Arbeit. In Rotterdam und Amsterdam halten die Arbeitslosen auf den Rath ihrer sozialdemokratischen Leiter Umzüge durch die Stadt, um den Reichen und Vermöglichen das Elend des Volkes zu zeigen. Der Bürgermeister von Amsterdam hat einer Abordnung Rede und Antwort gestanden und sich bereit erklärt, das Mögliche zur Linderung der Noth zu thun. —

Von englischen Staatswerkstätten und Gemeindearbeiten. Der englische Kriegsminister hat die Einführung des achtstündigen Arbeitstages im Arsenal von Woolwich beschlossen. Der Minimallohn für Arbeiter im Marine-Geschützdepartement soll 20 Mark die Woche betragen und im Armee-Geschützdepartement 19 M. 50 Pf. Das Prinzip der fair wages (Festsetzung angemessener Löhne), das darauf beruht, daß in allen Arbeitszweigen, in denen Arbeiter-Organisationen bestehen, die Unternehmer städtischer Arbeiten Lohn und Arbeitszeit nach den Satzungen

---

Fächern, bei denen die Aufgaben sich auswendig lernen ließen, kam er vorwärts, nur in der Arithmetik leistete er gar nicht, und der Lehrer der russischen Sprache litt das Hersagen des Auswendiggelernten nicht und forderte ihn auf, mit eigenen Worten zu erzählen. Als Ardaljon sich überzeugt hatte, daß es ihm nicht gelingen würde, auf die goldene Tafel zu kommen, vernachlässigte er das Lernen, und machte sich über die besten Schüler lustig und nannte sie Streber. Nachdem Ardaljon mit Mühe und Noth die fünfte Klasse erreicht hatte, in jeder war er einmal sitzen geblieben, wurde er aus dem Gymnasium ausgeschlossen. Unterdessen waren sein Vater und seine Mutter gestorben, und Ardaljon sah sich genöthigt, auf irgend welche Art seinen Lebensunterhalt sich zu verdienen. Er erhielt einen Posten als Schreiber in einer Kanzlei. Hier mußte er die Rolle eines kleinen Despoten, die er im elterlichen Hause gespielt hatte, aufgeben; in dieser Kanzlei bestand eine ganze Hierarchie von Despoten, vom Direktor angefangen bis zum Tischvorsitzenden hinunter, welch letzterer bei jeder passenden Gelegenheit Ardaljon zu fühlen gab, daß er ihm untergeben war, gerade wie es Ardaljon seinen jüngeren Geschwistern gegenüber gethan hatte.

Wie sehr sehnte sich Ardaljon nach der Stellung eines Tischvorsitzenden, um dann seine Untergegebenen seine Macht fühlen zu lassen. Um diesen Posten aber zu erlangen, mußte man viele Jahre dienen, Ardaljon wollte diesen Posten sofort haben und da er ihn nicht bekam, entwickelte sich bei ihm ein Haß gegen alle Vorgesetzten; dieser Haß entsprang nicht aus dem Mitgefühl für die von den Vorgesetzten Unterdrückten, sondern nur aus dem Grunde, daß er selbst kein Vorgesetzter war.

Zufälliger Weise wurde Ardaljon mit einigen Sozialisten bekannt, welche auf diesen, von seinem Vorgesetzten geärgerten Schreiber aufmerksam wurden. Sie interessirten sich für ihn und nach einigen Wochen hatten sie ihn für ihre Partei gewonnen.

(Fortsetzung folgt.)

der betreffenden trades unions festzusetzen haben, ist jetzt auch von 140 englischen Ortsbehörden eingeführt worden. Ein weiterer Fortschritt ist außerdem noch zu verzeichnen. Die Londoner Stadtverordneten (Country-Council) haben beschlossen, das Prinzip auch auf die Arbeitszweige auszudehnen, in denen es noch keine Arbeiterorganisationen giebt. Allen städtischen Unternehmern werden in London jetzt also Arbeitszeit und Arbeitslohn für ihre Arbeiter vorgeschrieben. — Aber in Deutschland? —

Die italienische Ministerkrise soll zu Ende sein. Fragezeichen. —

Ein Ausnahmegesetz gegen die Anarchisten wird vom spanischen Justizminister ausgearbeitet. Das ist jedenfalls das schlechteste Mittel gegen anarchistische Attentate. —

In Rußland Verschwörungen und Verschwörungen. Verschwörung in Warschau, Verschwörung in Charkow, Verschwörung in Kiew. Angeblicher Zweck: Loslösung von Rußland und Zertrümmerung des russischen Reichs. —

Ein Arbeiter-Unfallentschädigungsgesetz liegt dem russischen Staatsrathe vor. —

Der Rubel auf Reisen. Der „Anarstist" Iwanow, welcher den Fürsten von Bulgarien ermorden wollte, steht seit Langem im Dienste und Solde der russischen Regierung, von der er — laut einer geheimen Mittheilung der russischen Gesandtschaft in Bukarest schon 1887 einen Jahresgehalt von 6000 Franks bezog. Wäre der Mordanschlag gelungen, so wäre dem fetten Gehalt natürlich eine noch fettere „Liebesgabe" hinzugefügt worden. —

Parlamentarisches.

Berichtigung. In dem gestrigen Bericht über die Handelsvertrags-Kommission heißt es: Prof. Paasche sei vor den Wahlen „völlig" gegen den Bund der Landwirthe gewesen. Natürlich muß es heißen: „willig" gegen den Bund.

* * *

VI. Kommission. Handelsverträge. Vor Beginn der heutigen Verhandlungen verlangt Heer v. Plötz, festzustellen, daß der Handelsvertrag mit Spanien nicht mit 15 gegen 6, sondern nur mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen worden sei, da Herr v. Polenz (kons.) bei der Abstimmung nicht zugegen war. Dr. Lieber spricht dann die Zustimmung des Zentrums zu den Handelsverträgen mit Rumänien und Spanien aus; er erklärt, daß die Mehrheit seiner Partei eine Schädigung der Landwirthschaft in diesen Verträgen nicht erblickt und kündigt eine Resolution an, wonach der Regierung der Schutz der Landwirthschaft empfohlen werden soll. Die Resolution soll nach Beendigung der Berathungen verhandelt werden. Es folgt die Berathung derjenigen Zölle, welche Rumänien erhebt. Die Agrarier bringen wieder ihre bekannten Schmerzen zum Ausdruck. Der nationalliberale Abgeordnete Schulze-Hamm erblickt in der Handelsvertragspolitik eine Schädigung der Landwirthschaft, weil er für seine Gerste nicht den von ihm geforderten Preis erhalten konnte, da die rumänische Gerste billiger war. Auch der Abg. Klose (Z.) kann sich nicht für den Handelsvertrag mit Rumänien begeistern, weil er fürchtet, es sei dies eine Etappe zum russischen Handelsvertrag. Den weiteren schon ermüdenden Ausführungen dieser Art wird durch Annahme eines Schlußantrages ein Ende gemacht. Graf Arnim, der dadurch ums Wort gekommen ist, macht seinem Nachbar Grafen Kanitz Vorwürfe, weil auch dieser für Schluß gestimmt hat. Bei der Berathung der Einfuhrzölle auf Vieh befürchtet Abg. v. Plötz (kons.), daß die rumänischen Ochsen den Vertretern der Landwirthschaft Konkurrenz machen. Direktor Reichardt und Landwirthschaftsminister von Heyden zerstreuen diese Besorgnisse, indem sie erklären, daß zunächst die Einführung rumänischen Viehes verboten ist, weil befürchtet wird, es könnten durch dasselbe Viehseuchen eingeschleppt werden. Abg. v. Plötz ist durch diese Erklärung zwar befriedigt, sie kann ihn aber noch nicht milder stimmen. Eine kleine dramatische Szene spielte sich hierauf zwischen Herrn v. Hammerstein und dem Frhrn. v. Marschall ab. Der Ritter der „Kreuzztg." war noch nicht darüber beruhigt, daß die Landwirthschaft keinen Schaden habe und wollte wissen, wie es mit dem russischen Handelsvertrag stehe. Frhr. v. Marschall erwiderte kurz, er lehne es ab, sich über den Stand der Verhandlungen mit Rußland auszusprechen. Herr v. Hammerstein meinte darauf entrüstet, das sei keine Art und Weise, die Abgeordneten so zu behandeln. Frhr. v. Marschall lehnte es ab, Belehrungen anzunehmen und erklärte nochmals, daß er es ablehnen müsse, Auskunft zu geben. Die Abgg. v. Stumm und Dr. Lieber beeilten sich, dem bedrängten Staatssekretär in seinem Verhalten Recht zu geben, worauf Herr v. Plötz erklärte, daß seine Bedenken also doch gerechtfertigte seien. Bei der Position Zucker wünscht Abg. Schulze-Jena (natl.) eine größere Berücksichtigung der Landwirthschaft. Bei Position Wolle macht Staatssekretär v. Bötticher darauf aufmerksam, daß dieser Artikel günstiger gestaltet sei als gegenüber Frankreich. Graf v. Kanitz (kons.) erkennt die Herabsetzung der Zölle auf Gewebe nicht als ein Verdienst an. Bei der Position Papier hält Graf Arnim wegen des hohen Zollsatzes eine Einfuhr nach Rumänien nicht für möglich; die gleiche Ansicht hat Abg. Paasche (natl.) hinsichtlich der Glaswaaren. Die Regierungskommissare suchen diese Besorgnisse zu zerstreuen; namentlich wird hervorgehoben, daß die von der Chromolithographie hergestellten Erzeugnisse (Gratulationskarten u. s. w.) leicht nach Rumänien gelangen könnten. Die Berathungen werden um 1 Uhr auf morgen Vormittag 10 Uhr vertagt. Im übrigen muß bemerkt werden, daß die Agrarier, nachdem einmal ein Schlußantrag angenommen worden war, sich weniger wie früher zum Wort meldeten, daß aber die Regierungskommissare die Verhandlungen verschleppten, indem sie oft ganz überflüssiger Weise das Wort ergriffen.

* * *

Im Reichstag werden voraussichtlich am 15. Dezember die Ferien beginnen und bis 9. Januar dauern.

Parteinachrichten.

Die Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokratie hat am 3. d. M. unter reger Betheiligung in Mainz stattgefunden und wurde sie durch einen Genossen aus Darmstadt im Auftrag des Landeskomitees eröffnet. Zu das Bureau wurde gewählt Conrad-Mainz als erster Vorsitzender. Nach der Präsenzliste waren anwesend 71 Delegirte. Ein Antrag Darmstadt, die von dem Arbeiter-Wahlverein Bessungen ausgestellten beiden Mandate für ungiltig zu erklären, da eine Konferenz des Wahlkreises Darmstadt-Großgerau beschlossen habe, den genannten Verein als eine zur Partei gehörige Korporation nicht mehr zu betrachten, fand keine Annahme. Beschlossen wurde vielmehr, mit dem Wunsche, die Genossen von Darmstadt und Bessungen möchten die persönlichen Streitigkeiten beizulegen suchen und unter der Voraussetzung, daß eine zu schaffende Zentralorganisation für das ganze Großherzogthum Hessen dem Wahlverein Bessungen die Existenz unmöglich mache, zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem Genosse Cramer-Darmstadt den Kassenbericht des Landeskomitees und einen Rückblick über die stattgehabten hessischen Landtagswahlen gegeben hatte, beantragte nach längerer Debatte Ulrich-Offenbach, dem Landeskassirer Decharge zu ertheilen und den einzelnen Bezirken des Landes anheimzugeben, ihr aus der Wahl herrührendes Defizit selbst zu decken; im Falle der Unmöglichkeit jedoch dies dem Landeskomitee mitzutheilen und diesem zur Regelung zu übertragen. Der Antrag Ullrich wurde einstimmig angenommen und folgte Debatte über einen vom Landkomitee vorgeschlagenen Organisations-Entwurf, welcher bezweckte, alle in Hessen bestehenden Wahlvereine, Arbeitervereine ꝛc. als Mitgliedschaften zu einer Landesorganisation zu verbinden, an deren Spitze das Landeskomitee stehen solle und sollten die Mitgliedschaften verpflichtet sein, einen bestimmten Beitrag an den Kassirer des Landeskomitees abzuliefern. Folgende Resolution des Genossen Jöst-Mainz, durch welche dieser Punkt Erledigung fand, wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Landeskonferenz beschließt, daß in jedem Orte des Großherzogthums nur eine Organisation bestehen soll, daß die Organisation über das ganze Großherzogthum Hessen ausgedehnt wird und daß das zu wählende Landeskomitee auf der Basis des vorgelegten Entwurfes unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Wahlkreisorganisationen für die nächste Landeskonferenz ein Statut auszuarbeiten hat. Im Weiteren wird der Vertrauensperson jeder einzelnen Organisation zur Pflicht gemacht, seine Adresse an das Landeskomitee zu übermitteln und für periodische Zusendung von Beiträgen an die Landeskasse besorgt zu sein."

Es folgt die Debatte über die Stellung der Partei zu den Gemeindewahlen. Das Referat hatte Genosse Ullrich-Offenbach und wurde nach kurzer Debatte folgende Resolution zum Beschluß erhoben: „Die Landeskonferenz erklärt, daß es Pflicht der Genossen aller Orte ist, bei den Gemeindewahlen in den Wahlkampf einzutreten, aber nur solche Kandidaten aufzustellen, welche auf dem sozialdemokratischen Programm stehen und Gewähr dafür bieten, daß sie auch nach der Wahl ihrer Fahne treu bleiben. Bei Bürgermeister- und Beigeordnetenwahlen empfiehlt die Konferenz, so lange für beide Aemter das Bestätigungsrecht der Regierung besteht, sich als Partei nicht an der Wahl zu betheiligen. Sie überläßt es den Genossen der einzelnen Orte, in diesem Falle zu thun, was sie für das Richtige halten."

Dem letzten Punkte der Tagesordnung, „die Stellung der Sozialdemokratie zu den Sozialkongressen der bürgerlichen Parteien" behandelte in längerer Ausführung Genosse Jöst-Mainz. Redner gab aus dem Berichte des freien deutschen Hochstiftes zu Frankfurt eine kurze Darstellung der Vorgeschichte und der Entstehung des sogenannten sozialen Kongresses und nahm dabei den Standpunkt ein, daß ohne die Theilnehmer an dem Kongreß tadeln zu wollen, es doch für die Zukunft besser sei, wenn man die Beschickung unterlasse, da dort die soziale Frage nicht gelöst werden und die bestehende Kluft zwischen Kapital und Arbeit nicht überbrückt werden könne. Die Befreiung des Proletariats müsse vielmehr aus eigener Kraft erkämpft werden. Zum Schluße ging Redner auf die Gewerkschaftsdebatte des Kölner Parteitages ein, dabei den Standpunkt vertretend, welchen die Mehrheit der Delegirten des Kölner Parteitages zu dem übrigen gemacht hatte. — Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des Landeskomitees wurden die Genossen Cramer, Müller und Berthold-Darmstadt wiedergewählt, und weiter wurde das Komitee noch um vier Mitglieder verstärkt und zwar durch Jöst-Mainz, Ulrich-Offenbach und Orbig und Back-Gießen. Sitz des Landeskomitees bleibt Darmstadt. Mit einem Hoch auf die Internationale, revolutionäre Sozialdemokratie schloß hierauf Genosse Conrad die Konferenz, darauf sangen die Genossen stehend die Arbeiter-Marseillaise.

* * *

Eine Parteikonferenz für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland findet am 31. Dezember d. J., Mittags 12 Uhr, im Lokale des Herrn Glaser in Potsdam, Brandenburger Kommunikation 16, statt. Tagesordnung:

1. Bericht und Abrechnung der Vertrauensperson. Referent: Bräuer-Velten.
2. Die verflossenen Reichstagswahlen und die Taktik der Gegner. Referent: J. Wernau-Berlin.
3. Agitation, Organisation und Lokalfrage. Referent: A. Schröer-Spandau.
4. Die Presse und ihre Bedeutung.
5. Neuwahl der Vertrauensperson.
6. Anträge.

Anfragen sind zu richten an:

R. Bräuer, Vertrauensmann, Velten.

* * *

Bei der Stadtverordnetenwahl in Höhscheid sind in der dritten Abtheilung zwei Sozialdemokraten gewählt worden, desgleichen einer in Wald. — In Ohligs kommen sie in die Stichwahl.

* * *

Wie das Volk seine Todten ehrt, das konnte die Dortmunder Bourgeoisie, wohl nicht ohne Bangigkeit, am Montag Morgen bei Gelegenheit des Begräbnisses unseres alten Parteigenossen C. W. Tölcke beobachten. Zur Ergänzung unserer gestrigen Depesche seien darüber noch folgende, unserem Dortmunder Parteiblatt entnommene Einzelheiten mitgetheilt: Trotz der ungünstigen Stunde — das schlechte Wetter wollen wir als Hinderungsgrund nicht einmal erwähnen, denn die meisten Proletarier sind gewohnt, sich um Wind und Wetter nicht zu kümmern — zogen zweitausend Personen nach dem Friedhof hinaus; wo der Mann in der Fabrik sein mußte, da nahm die Frau an der Bestattung Theil; das ganze arbeitende Dortmund war auf den Beinen und die nicht mitzogen, bildeten auf den Straßen der Stadt für das Leichengefolge Spalier. Die Polizei hatte alles Reden, jeden Gesang, jedes die Farbe der Liebe tragende Abzeichen verboten — übrigens wurde in letzter Stunde doch eine kleine Milderung dieser Verbote für zweckmäßig gehalten — aber die Gesinnung, das Fühlen der Arbeiter kann keine Gewalt verbieten, und dieses Empfinden der Dortmunder Arbeiter ist gestern zum mächtigen Ausdruck gekommen. Doch nicht blos die Arbeiter Dortmunds, auch die Gesinnungsgenossen aus ganz Westfalen und die Vertreter unserer Partei aus den verschiedensten Theilen Deutschlands waren gestern erschienen, um unserem theuren Todten die letzte Ehre zu erweisen und an seiner Bahre zu geloben, daß sie in seinem Sinne den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse und der Menschheit fortsetzen wollen bis zum gewissen, endlichen, ruhmvollen Sieg. Mehr als 100, meist sehr stattlicher und prächtiger Kränze wurden am Grabe niedergelegt.

Genosse Börner, der die Parteigenossen Berlins vertrat, wurde von der Polizei aufgefordert, die rothe Schleife vom Kranze zu entfernen; er erklärte, dies nur dann thun zu wollen, wenn der Beamte andernfalls Gewalt anwende, worauf Polizeikommissar Meyer die Schleife wegnahm und konfiszirte. Die konfiszirte Schleife enthielt folgende Widmung: „Was Du mitschufest, wird am Leben bleiben, Was Du mitsätest, hoch und höher treiben, Wir, die wir sind des alten Todten Erben, Wir wollen auch so unentwegt einst sterben." Der „Vorwärts", das „Hamburger Echo" und die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung" ließen gleichfalls Kränze niederlegen. Von Dortmund fehlte wohl keine Arbeiterorganisation. Am Grabe trugen die Dortmunder Arbeiter-Gesangsvereine das Lied: „Friede" vor, das Einzige, was gestattet worden war. Auf dem Friedhof hatte die Polizei übrigens nur den kleinsten Theil der Leidtragenden hineingelassen; darauf wurde er abgesperrt.

Zu der gleich nach der Beendigung abgehaltenen Gedächtnißfeier waren gleichfalls so viele Personen erschienen, daß abgesperrt werden mußte. Die Feier hielt sich in einfachen würdigen Formen. Zuerst schilderte Genosse Lehmann das parteigenössische Wirken des Heimgegangenen in Dortmund und Westfalen. Dann entwarf Genosse Gerisch ein kurzes Lebensbild des Todten und legte in tief zum Herzen gehender Weise das Vermächtniß Tölckes an die überlebenden Genossen dar: rastlos zu kämpfen, bis die letzte Feste des Feindes gefallen. Nachdem noch der Abg. Harm dem Entschlafenen herzliche Worte der Erinnerung gewidmet, schloß die imposante Feier, die den Beweis geliefert hat, daß die Arbeiterklasse das Gedächtniß Tölckes unauslöschlich fest zu halten gewillt ist.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Magdeburgisches. Als der frühere Redakteur der „Volksstimme", Leopold Löske, sich am 1. Dezember Nachmittags auf dem Wege zum Bahnhof befand, um sich nach Berlin zu begeben, wurde er auf der Straße von Geheimpolizisten festgirt und nach dem Untersuchungsgefängniß gebracht. Motiv: Fluchtverdacht! Natürlich dachte Löske nicht im Traum daran, wegen noch zu verbüßender drei Monate zu fliehen. Gegen 2000 M. Kaution wurde er anderen Tages wieder in Freiheit gesetzt.

— Beitrag zur kleinstaatlichen Vereinsgesetzgebung. In Eisenach wurde kürzlich eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in der Genosse Volderauer referiren solle, verboten. In der Begründung wird angeführt, daß der Referent als berufsmäßiger Agitator bekannt und deshalb zu befürchten sei, daß die öffentliche Ordnung gefährdet werde. Dies ist also noch möglich in Sachsen-Weimar-Eisenach. Da wäre es allerdings an der Zeit, nicht ein allgemeines deutsches Vereinsgesetz, wohl aber allgemeine Vereinsfreiheit zu verlangen.

— Genosse A. Langer, Buchhändler in Chemnitz, wurde vom dortigen Landgericht wegen Beleidigung des Polizeidirektors zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts".

Leipzig, 5. Dezember. Bei der Stadtverordnetenwahl vereinigten die Sozialdemokraten auf ihre Listen 5920 Stimmen gegen 4800 im Jahre 1892. Die Kartellstimmen gingen von 8600 auf 5400 zurück. Auf die Bürgerpartei fielen 2600 Stimmen gegen 1200 im Jahre 1892. Zwei Sitze sind den Sozialdemokraten sicher.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 5. Dezember. (Deputirtenkammer.) Dupuy wurde mit 251 Stimmen gegen Brisson, welcher 218 Stimmen erhielt, zum Präsidenten gewählt.

Glasgow, 5. Dezember. Die schottischen Bergleute beschlossen heute Nachmittag einstimmig, die 17 000 Mann, welche letzthin eine Lohnerhöhung von 1 Shilling erhielten, zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen und an Gladstone zu schreiben, um die Vermittelung der Regierung zu erbitten.

Briefkasten der Redaktion.

Frankfurt a. O. 1. Lesen Sie Kautsky und Schönlank, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie; Kautsky, das Erfurter Programm, Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren, Bebel, Die Frau.

2. Schwegler, Geschichte der Philosophie in Reclam's Universalbibliothek.

3. Conrad Schmidt, Bodenreform und Soziale Frage, Heft 7 der Berliner Arbeiterbibliothek.

4. a) Die Gemeinden haben keine gemeinsame Leitung.
b) Sie müssen sich an die Gemeinden selbst wenden.

A. E. S. ad 1. Das Buch ist in Arbeit, doch läßt sich bei der vielseitigen Inanspruchnahme des Verfassers der Zeitpunkt des Erscheinens nicht voraussagen.

ad 2. Leider laufen die Parlamentsberichte in der Redaktion erst gegen Schluß der Redaktion ein, so daß es schwer ist, Ihrer Anregung Rechnung zu tragen, doch sind wir Ihnen für Ihre Bemerkung sehr dankbar, wir werden bemüht sein, Ihren Wunsch zu erfüllen.

ad 3. Am besten erspart man sich alle Zitate dieser Art. Leider enthält die Schrift auch viele andere Druckfehler so bez. des Zahlenmaterials. Zur Entschuldigung sei angeführt, daß sie in wenigen Tagen geschrieben, gesetzt, korrigirt, gedruckt und verschickt werden mußte! —

Die Offenbacher Frauen- und Mädchen-Krankenkasse, sowie die Mainzer Zuschußkasse wird um gefällige Aufgabe ihrer Berliner Adressen im „Vorwärts" ersucht.

100. Franz, Wallstr. Ueber Tanzunterricht finden Sie im Anzeigentheil hiesiger Blätter die von Ihnen gewünschten Angaben.

J. N., Köpenickerstraße. Sie thun besser, wenn Sie die beobachteten Schäden zunächst in ihrer Gewerkschaft zur Sprache bringen oder dem Fabrikinspektorat Berlin mittheilen.

F. K., Neudorferstraße. Geschäftsempfehlungen bringen wir nicht im redaktionellen Theil. Sehen Sie doch im Adreßkalender nach.

R. Müller. Für Sie gilt das Gleiche.

H. W. An den Magistrat.

A. B., Hollmannstraße. Leider ist in unserer herrlichen Strafprozeß-Ordnung nicht vorgeschrieben, wie lange jemand in Untersuchungshaft gelassen werden darf.

Köpenickerstr. 100. Das hängt vom Inhalt der Statuten ab. Sprechen Sie gelegentlich zwischen 12 und 1 Uhr vor.

F. H., Moabit. 1. Sie haften keineswegs für die vorehelichen Schulden Ihres Mannes. 2. Des Kindes Erbschaft kann leider im vorliegenden Fall angegriffen werden.

F. Kbt. Keiner von Beiden haftet.

Verf. Nicht der Empfang der Statuten, sondern bereits der Aufnahmeantrag bindet den zu Versichernden.

O. B. Nur, wenn nicht Sie eine dahingehende Verpflichtung in Ihrem Vertrag (§§ 3 und 4) übernommen haben, ist der Wirth zum Ersatz der Ladenfenster verbunden.

W. B. in M. Lavatus ist lateinisch und heißt der Gewaschene.

G. G. in H. Wenn Sie an den „Sozialiste" schreiben (26 Avenue d'Orleans, Paris), so wird Ihnen ein Verzeichniß von Schriften geschickt werden. Der „Sozialiste" wird von dem „Sekretär des Nationalraths" (Secrétaire du Conseil National) redigirt, an den Sie auch adressiren können, wie folgt: Au Secrétaire du Conseil National, 26 Avenue d'Orleans, Paris. Sie erhalten von ihm alle gewünschte Auskunft. Wo möglich, schreiben Sie aber französisch, wo nicht, wenigstens deutsch in lateinischer Schrift, was man sich überhaupt Ausländern gegenüber zu merken hat.

F. T. 1. 1. „Zur Reserve Beurlaubte" bedürfen keiner militärischen Heirathsgenehmigung. 2. Anzeige beim Bezirksfeldwebel über erfolgte Heirath ist nicht erforderlich. 3. Steuer ist vom Einkommen zu zahlen: eine Frist, innerhalb welcher Jemand nach Entlassung aus der Ferienkolonie als ein solcher nicht erachtet werden kann, der steuerpflichtiges Einkommen besitzt, besteht nicht.

Steigert. Ob Jemand Dissident, Atheist, Jude, Christ oder Muhamedaner ist, ist für die Frage, ob er den Zeugeneid leisten muß, gleichgiltig. 2. Ein Zeuge kann mit Recht die Frage nach seinem politischen Glaubensbekenntniß verweigern: Thatsachen, nicht Urtheile sollen dem Richter etwas angehen.

J. Sch. 9. Ohne Durchführung des langwierigen und kostspieligen Aufgebotsverfahrens erlangen Sie keine Rechte auf den zu Ihnen gelaufenen Hund.

H. L. 20. Sie müssen die Sachen herausgeben und haben keinen Anspruch auf Aufbewahrungskosten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch den 6. Dezember.
Opernhaus. Bastien und Bastienne. Mara. Bajazzi (Pagliacci).
Schauspielhaus. Ein Sommernachtstraum.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Die guten Freunde.
Lessing-Theater. Odette.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die schöne Helena.
Residenz-Theater. Die Dragoner.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Die eiserne Jungfrau.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Alexanderplatz-Theater. Die Ehebrecherin.
National-Theater. Der Schlosser.
Theater Unter den Linden. Der Mikado.
American-Theater. Die Trockenwohner oder das Kind in der Kommode. Die Gründung Roms in der Möckernstraße.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Novität! Novität!
Der Schlosser.
Soziales Lebensbild in 5 Aufzügen von Franz Gottscheid.
Regie: Rohde Ebeling.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Volksvorstellung für Erwachsene und Kinder. **Schneewittchen und die sieben Zwerge.** Hierauf: **Der Glöckner von Notredame.**

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. **Brandon Thomas.**
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. **Ed. Jacobson** und **Benno Jacobson.**
In Szene gesetzt von **Adolph Ernst.**
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Heute zum **50.** Male:
Die Gründung Roms
in der Möckernstrasse.
!! Auf vielseitigen Wunsch !!
Die Trockenwohner
oder: Das Kind in der Kommode.
!! Neue Aufführung !!
!! Nur 10 Vorstellungen !!
Auftr. sämmtl. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6½ Uhr.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum **28.** Male:
Die eiserne Jungfrau.
Morgen und die folgenden Tage:
Die eiserne Jungfrau.

„Sanssouci",

Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 7. Dezember:
Letzte
Donnerstag-Soiree der
Stettiner Sänger
vor Weihnachten.

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf.
(siehe Plakate).
Urkomisches Programm.
Freitag: **Letzte Soiree vor Weihnachten in der Viktoria-Brauerei.**

Präuscher's MUSEUM

anatomisches
Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße
Viel Neues, darunter der Schußkanal der Kugeln des deutschen Militärs, gehend durch **fünf Körper**
Geöffnet von früh 9—10 Uhr Abends
für **erwachsene Herren.**
Dienstag u. Freitag: Damentag.
Entree 50 Pfg.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz.
Große
Gala- u. Benefiz-Vorstellung
für Herrn **Bernhard Leitner,** Athlet.
Täglich: Grosse
Spezialitäten-Vorstellung
von nur Künstlern I. Ranges: **Bernhard Leitner,** Athlet und Preisringer. Kraftproduktion m. 2 Pferden. **Familie Ueberle,** Parterre-Gymnastiker. **Gebr. Palmer,** Gymnast. Zahnproduktion. **Signorina Kathi,** Drahtseilkünstlerin. **Frl. Möller,** Schlangendame. **Frl. Torci Kör,** Ungarische Sängerin und Tänzerin. **Georg Cordes,** Gesangshumorist.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree: Sonntags 75 Pf. Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Moritz-Platz.
Täglich: **Gr. Instrumental-Konzert.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten ꝛc.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Aelt. u. größt. Etablissem. Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6½ Uhr ab:
Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle
und **Auftreten** von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Anf. Wochent. 7½ Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten u. Versammlungen.
3 Kegelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf.
Spieler zahlen kein Entree.
Carl Koch.

Circus Renz,

(Karlstraße.)
Mittwoch, den 6. Dezember,
Abends 7¼ Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
170 der edelsten und bestdress. Pferde in der Manege. Unter anderen: **Blondel,** neu dressirt und vorgeführt vom Dir. **Fr. Renz. Monstre-Tableau von 60 Pferden,** dressirt und vorgeführt vom Dir. **Fr. Renz. Gr. Hurdle-Race von 20 Pferden. Quadrille de la haute équitation,** geritten von 6 Damen und 6 Herren. **Die Post** mit 12 Pferden, geritten von Herrn **Gustav.** Ferneres Auftreten des Clown-Imitators **Mr. Ybbs** und der hervorragendsten Spezialitäten. Zum Schluß:
Huldigungsgruß an Berlin.
Gr. Parade-Schaustück v. Dir. **Fr. Renz,** mit Aufzügen, Festspielen, Solo- und Ensemble-Tänzen von 80 Damen.
Preise wie gewöhnlich. Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse und beim Invalidendank, Markgrafenstr. 51a.
Donnerstag: Große Vorstellung.
Fr. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Mittwoch, den 6. Dezember,
Abends 7½ Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung.
Besonders hervorzuheben: **Walküren-Manöver,** geritten von 16 Damen. „Albion", in der hohen Schule geritten v. Hrn. **Adolf Schumann. Mlle. Jeanette,** Reitkünstlerin. **Riesenköpfe,** komisches Entree der Clowns **Paul** und **William.** Luftpotpourri der **Geschw. Lecusson. Grand Batonde americain. Potpourri mit 6 Pferden,** Original-Dressur des Herrn **Max Schumann.** Damen-Jokey **Miss Oxford. Said,** Apportirpferd, vorgeführt von Herrn **Max Schumann. Jeu de bar,** geritten von den Herren **Adolf Schumann, Aguimoff** und Frhrn. **von Kotze** ꝛc. ꝛc.
Preise der Plätze: Logensitz 3 M., Sperrsitz und Tribüne 2 M., 1. Platz 1 M., 2. Platz 75 Pf., Gallerie 40 Pf.
Hochachtungsvoll und ergebenst
G. Schumann, Direktor.

J. Semmel,

Oranienstr. 55, am Moritzplatz.
pr. Zahn-Arzt. Spr. 8—6. Sonnt. 9—1.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Becker- und Hoffbauer'schen Fabrik, dem Kummer'schen Gesangverein und dem Gesangverein „Hoffnung" für die zahlreiche Betheiligung beim Begräbniß meines lieben Mannes und unseres lieben Vaters sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. 5645
Wwe. Bolzmann nebst Kindern.

Danksagung.

Herzlichen Dank sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verein der Geschäftsdiener und Berufsgenossen, die unserem lieben Sohn und Bruder
Albert Müller
das letzte Geleit gaben. 5675
Wwe. Müller und Söhne.

Castan's Panopticum.

Ohne Extra-Entree.
Die 17jährige Siamesin
„Krao"
der Uebergang vom Affen zum Menschen.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 Annenstr. 42/43
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Francis Era am asiatisch. Luftapparat
Arthur Valleno,
der fünfjährige Wunderknabe.
Im vierten Stock.
Charakterbild in 1 Akt.
Entree: Wochentags 15 Pf.
R. Winkler.

Passage-Panopticum.

50 Pf.
incl. Theater.

Aufklärung!

Der August Kapell in Friedrichshagen hat geäußert, sein Schwiegervater habe noch 6000 M., was jedoch auf Unwahrheit beruht. 5278*
Huth sen.

Achtung, Töpfer!

Auf Beschluß des Vorstandes werden von jetzt ab die Prozentabführungen zu unserm letzten Fensterstreik eingestellt und nicht mehr erhoben.
Die Streikabrechnung, sowie Bericht folgt nach.
Der Vorstand.
J. A.: **Richard Topf,**
Gipsstr. 3.

Den Genossen zur Beachtung!
Meyer & Eichler
Buchdruckerei 5425*
52 Chausseestraße 52.
Anfertigung sämmtlicher Druckarbeiten.

Zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste** empf. allen Freunden u. Genossen mein Geschäft in großer Auswahl von **Spiel-** und **Böttcherwaaren,** Haus- und Küchengeräthen. 5185
G. Michelchen,
1. Geschäft: **Kottbuser Damm 94,**
2. Geschäft: **Dresdenerstr. 15.**

Zu Festgeschenken!

Empfehle den Genossen mein reichhaltiges Lager in
Bildern, Rahmen u. Büsten.
Besonders empfehlenswerth:
Der 1. Mai, Lassalle, Marx u. a.
Lager von **Stahl-** u. **Kupferstichen, Landschaften,** zu soliden Preisen zum bevorstehenden Weihnachtsfeste als Geschenk zu empfehlen. 5200L*
Carl Scholz,
Wrangelstr. 32.

Weihnachts-Ausverkauf.
Kinderwagen.
Neu! Neu! Neu!
Puppenwagen mit Musik, Kasten- und Leiterwagen, Kinder-Klappstühle, Kindermöbel ꝛc. ꝛc.
Theilzahlung gestattet.
A. W. Schulz,
1. Geschäft: **Brunnen-Straße 145,** Ecke Rheinsbergerstraße.
2. Geschäft: **Elsasser-Straße Nr. 1,** am Rosenthaler Thor. 5262*
Telephon Amt IV No. 1767.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 7. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Philipp, Rosenthalerstr. 38:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Gen. R. Schmidt** über: **„Die neue Steuervorlage".** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. 379/1 **Der Vorstand.**

Berl. Gewerkschafts-Kommission.

Donnerstag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, im Restaurant Ehrenberg, Annenstr. 16:
Oeffentliche Versammlung der Delegirten.
Tages-Ordnung:
1. Antrag der Töpfer bezügl. Umänderung der Kommission und Einführung einer Sammelmarke. 2. Antrag des Ausschusses bezügl. eines im nächsten Frühjahre einzuberufenden allgemeinen Gewerkschafts-Kongresses. 3. Revisorenwahl. 4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung werden die Billets für die Matinee am 2. Feiertage zur Ausgabe gelangen.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 274/17
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 6. Dezember, Abds. 8½ Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstr. 23:
Branchen-Versammlung der Modelltischler.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Th. Glocke.** 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind alle Modelltischler freundlichst eingeladen.
Die nächste Vertrauensmänner-Versammlung für den Westen findet am Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Raumann, Culmstr. 36, statt. 431/11
Um rege Betheiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! **Sonntag, den 10. Dezbr., Abends 6 Uhr:** **Achtung!**
Oeffentliche Versammlung
aller im Tapezirer-Gewerbe beschäft. Personen
(Gehilfen, Näherinnen ꝛc.)
im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal).
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.**
NB. Da in diesem Jahre kein Weihnachts-Vergnügen stattfindet, so ersuchen wir, zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
561b] **Die Agitations-Kommission der Tapezirer Berlins und Umgegend.**

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen.

Sonntag, den 10. Dez., Vorm. 10½ Uhr, bei Bötzow (v. d. Prenzlauer Thor):
Große öffentliche Versammlung.
Tagesordnung: Bericht der Kongreß-Kommission sowie Berichterstattung der Kongreß-Delegirten. Verschiedenes. 321/16
Die Kongress-Kommission der Tabakarbeiter.

Verein z. Wahrung der Interessen d. Maurer Berlins.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, den 7. d. M., Abends 8½ Uhr, Sebastianstr. 39.
Tagesordnung:
Vortrag. Diskussion und Vereinsangelegenheiten.
Um regen Besuch bittet **Der Vorstand.**

NB. Vom Sonnabend, den 9. d. M. ab, sind in sämmtlichen Zahlstellen Eintrittskarten zur Volks-Versammlung am Sonnabend, den 16. d. M., zu haben. 381/18 **C. Blaurock.**

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt

2. Beuth-Straße. **Berlin SW.** Beuth-Straße 2.

Am 10. Dezember ꝛc. erscheint in unserem Verlage:

Buch der Freiheit.

Gesammelt und herausgegeben
von
Karl Henckell.

Zwei Bände, je zirka 20 Bogen umfassend, à Mark 1,75 elegant in Prachtband gebunden, komplet Mark 5,—

Bei Voraus-Bestellungen, die **bis 10. Dezember** eingehen, gewähren wir Vorzugspreise: **Mark 1,50 pro Band und Mark 4,50 für den kompleten Prachtband.**

Diese Sammlung der gedankenreichsten und formenschönsten deutschen Freiheits-Lieder von Goethe bis auf die Dichter des jüngsten Deutschland hat ihren politischen und literarischen Werth in der Person des Herausgebers verbürgt, der als Dichter wie als Freiheitssänger in der Deutschen Arbeiterwelt seit langem und bestens bekannt ist. — Das **„Buch der Freiheit"** sollte jeder Genosse erwerben, dessen Herz für Freiheit und Schönheit schlägt. Für die kommende Festzeit kann es kein schöneres und passenderes Festgeschenk geben als das **„Buch der Freiheit".** 415/9

Zahlreichen Aufträgen sieht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts".

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. **Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** habe. **F. Metzner.**

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 286. Mittwoch, den 6. Dezember 1893. 10. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 5. Dezember 1893. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, Graf v. Posadowsky, Miquel, v. Riedel.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfes wegen Abänderung des Gesetzes, betr. die Erhebung von Reichsstempelabgaben.

Bayrischer Finanzminister **v. Riedel**: Wenn ich zu diesem Gesetzentwurfe das Wort nehme, so geschieht es darum, weil die bayerische Regierung den höchsten Werth auf die Annahme dieser Vorlage legt. Die Einzelstaaten befinden sich schon jetzt in den größten Verlegenheiten und suchen jetzt schon nach Mitteln, um die durch die Höhe der Matrikularbeiträge und die sich vermindernden Ueberweisungen entstandenen Lücken auszufüllen. Gegen die Einführung der mehrfach vorgeschlagenen Reichseinkommensteuer muß ich mich vom Standpunkte der bayerischen Regierung mit derselben Entschiedenheit erklären, wie die preußische Regierung. Wenn Ungerechtigkeiten und Unzuträglichkeiten vermieden werden sollen, müßte man die einzelstaatlichen Einkommensteuern beseitigen. Das würde so tief eingreifen, daß nicht blos die einzelstaatlichen Regierungen, sondern auch die Landesvertretungen mit allen Mitteln sich dagegen wehren würden, daß ihre Autonomie zerstört wird. Wieweit das fundirte Einkommen besteuert werden soll, spielt dabei eine große Rolle. Das Reich müßte sich also tief in die Verwaltung und Veranlagung von Steuern einmischen. Sehr recht hatte der preußische Finanzminister, wenn er da fragte: Was bleibt denn von der Selbständigkeit der Einzelstaaten noch übrig? Nach der Entwickelung der Dinge ist es daher natürlich, daß das Reich zur Deckung seiner Ausgaben sich zuwendet den durch die Reichsverfassung ausgebildeten indirekten Steuern. Die verbündeten Regierungen waren bemüht, die Vorlagen so zu gestalten, daß die Lasten möglichst wenig fühlbar sind. Die Regierungen haben es vermieden, nothwendige Lebensbedürfnisse zu belasten. Ungerecht ist der Vorwurf, daß wir mit diesen Steuervorlagen den wirthschaftlich Schwächeren treffen. (Widerspruch links.) Ein solcher Vorwurf trifft jedenfalls den Entwurf des Stempelgesetzes nicht. Bedenken werden nur gegen die Quittungssteuer erhoben im Interesse des kleinen Mannes. (Sehr richtig! links.) Solche Bedenken mögen ja bestehen, aber ernsthaft kämen sie doch nicht in Betracht bei der Geringfügigkeit der Stempelsätze und bei der großen Zahl der Einwohner. Der Aussteller einer Nota, einer Quittung hat gar kein Interesse daran, daß eine solche ausgestellt wird, das ist Sache des Empfängers der Waare ꝛc. (Gelächter links.) Die Weinsteuer ist nur gerichtet gegen einen Luxusartikel. Wäre die Weinsteuer-Vorlage nicht gemacht worden, so hätte man uns die lebhaftesten Vorwürfe gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Man behauptet, daß durch die Tabaksteuer das ganze Reich aus dem Leim gehe, daß die Regierung nichts andres zu thun hätte, als möglichst viele Existenzen zu vernichten. Dabei haben die Interessen der Arbeiter der Regierung in erster Linie am Herzen gelegen. Der Vorwurf, daß die Tabaksteuer auch die breiteren Volksschichten trifft, ist nicht unberechtigt. Aber der Vorwurf verliert bedeutend an Gewicht, weil ja niemand zu rauchen gezwungen ist (Widerspruch links), und weil die verbündeten Regierungen von einem irrationellen, die billigen Tabake besonders schwer belastenden Steuersystem, zu einem Werthsteuersystem übergehen. Wenn das Reich keine neuen Steuern erhält, wie sollen die Einzelstaaten auskommen? Dann müßten die direkten Steuern erhöht werden. In Bayern sind unter den Steuerpflichtigen nur 217, welche eine Rente von mehr als 30 000 M. haben. Eine Heranziehung der breiten Masse wäre also auch bei der direkten Steuer unausbleiblich. Wollte man die Steuererhöhung auf eine geringere Anzahl von Schultern legen, müßten sie so erheblich herangezogen werden, daß eine entschiedene Rückwirkung auf Handel und Wandel und damit auch auf das Wohl des Arbeiters unausbleiblich ist. Mit dem, was ich vorgetragen, sind die Motive der Regierungen für ihre Vorlagen noch nicht erschöpft. Ein Hauptmotiv bildeten auch die Beziehungen des Reichs zu den Einzelstaaten. Das Reich hat die hauptsächlichsten Quellen der indirekten Steuern für sich in Anspruch genommen; durch die Gesetzgebung wird ein Theil der Einnahmen auf die Einzelstaaten überwiesen, soweit sie nicht durch Matrikularbeiträge aufgebraucht werden. Nimmt man die Sache zu leicht, so steht man über Nacht vor einem Defizit, dessen Deckung sehr schwierig wird. Die Ansicht, daß die Einzelstaaten keine Ansprüche auf die finanzielle Beihilfe des Reichs haben, ist nach dem Gange der deutschen Steuerreform-Verhandlungen von 1879 nicht begründet. Man ging damals von der entgegengesetzten Anschauung aus. Die Versagung jeder finanziellen Beihilfe seitens des Reichs würde auch unbillig sein. Nicht blos Ausgaben sind durch die Ueberweisung des Reichs bestritten, sondern es sind auch Erleichterungen geschaffen worden, die z. B. in Bayern 5 Millionen Mark betragen. Daß auf Vorrath Steuern bewilligt werden sollen, kann man nicht sagen in anbetracht der großen Schuldsumme des Reichs. Wenn eine Ueberweisung seitens des Reichs nicht stattfindet, werden die Einzelstaaten anderweit die Mittel aufbringen müssen. Die Tabak-Fabrikatsteuer, wenn Sie sie heute ablehnen, wird in der kürzesten Zeit wieder erscheinen. Wir wollen und erstreben eine feste Ordnung, welche dem Reiche und den Einzelstaaten eine stetige Finanzwirthschaft sichert. Wir wollen ferner, daß die Erhöhung der direkten Steuer möglichst vermieden und hintenangehalten wird. Wir wollen endlich, daß die indirekten Steuern so eingerichtet werden, daß sie möglichst leicht getragen werden können. Aus diesem Gesichtspunkt bitte ich, die heute zur Berathung stehende Vorlage und die übrigen zu würdigen. (Zustimmung rechts.)

Abg. **Richter** (Freis. Vp.): Als wir im Kreise der Parteien über die geschäftliche Behandlung der Vorlagen sprachen, waren wir der Meinung, daß nicht allgemeine Steuerfragen in die Debatte gezogen werden. Der Präsident ist einem Minister gegenüber nicht in der Lage, ihn zur Sache zu rufen. Der Herr Minister hätte das alles sagen können bei der ersten Berathung des Etats, bei welcher er nicht anwesend war. Aber man scheut die Kritik der einzelnen Vorlagen und sucht die Aufmerksamkeit auf andere Dinge zu lenken. Was abgesehen von bayrischen Zahlen, die wir nicht kritisiren können, der Minister vorgebracht hat, das hat der preußische Finanzminister schon viel besser gesagt. Als Handlanger der Reichs-Finanzverwaltung haben wir den Vorredner nicht angesehen. Nein, die Finanzminister gleichen sich alle, sie wirthschaften alle gern aus dem Vollen, und vom bayerischen Finanzminister gilt das insbesondere. Warum haben Sie das vor der Berathung der Militärvorlage nicht gesagt, daß die Einzelstaaten kein einwandfreies Budget mehr aufstellen können ohne neue Steuern vom Reich? Sehr richtig! links.) Die Ueberweisungen auf die Einzelstaaten sind durchaus kein Grundgedanke der Reichsverfassung; umgekehrt: die Einzelstaaten sollen zu den Kosten des Reichs zuschießen, solange nicht direkte Reichssteuern eingeführt sind. Angesichts der indirekten Steuern Bayerns, die namentlich wegen des Malzaufschlages sehr hoch sind, würde eine Erhöhung der bayerischen indirekten Steuern durchaus nicht Wunder nehmen. Ist es föderativ, daß die Einzelstaaten beim Reiche um Zuschüsse betteln? Ehe man solche Zuschüsse bewilligt, müßte man doch die ganzen bayerischen Finanzverhältnisse prüfen. Das Reich soll schon die Hauptfinanzquellen in Beschlag genommen haben; das zu sagen war nicht besonders geschickt, gerade bei den jetzigen Steuern. Das Reich hat keine Weinsteuer, keine Steuer auf Frachtbriefe u. s. w.; diese Steuerquellen werden zum Theil erst den Einzelstaaten entzogen. Warum will man nicht eine bayerische Frachtbriefsteuer, eine pfälzische Weinsteuer einführen! Das aber wagen Sie gar nicht in Ihren Einzelstaaten; damit fallen Sie einfach durch bei Ihren Landsleuten. (Sehr richtig! links.) Unser positives Programm ist die Aufhebung der Liebesgabe und wir stimmen darin überein mit der preußischen Regierung, welche im vorigen Jahr die Liebesgabe zu einem Viertel beseitigen wollte, und wer war damals negativ? Der bayrische Finanzminister hat diese Vorlage zu Fall gebracht! (Sehr richtig! links.) Die Tabaksteuer soll wieder kommen. Das wollen wir abwarten; das wurde auch beim Tabak- und Branntwein-Monopol gesagt, und sie sind nicht wieder gekommen. Wenn die Tabaksteuer angenommen wird, dann wird eine weitere Erhöhung derselben allerdings nicht mehr vorkommen, aber wohl das Monopol, weil die Betheiligten selbst die Sehnsucht haben, von den Vexationen des jetzigen Tabaksteuer-Gesetzes loszukommen. Der Hinweis auf England, Frankreich u. s. w. paßt nicht; denn wir haben 2, England 13½, Frankreich 26 und Oesterreich 8 Milliarden Schulden. Man sagt, unsere Zeit lebe im Zeichen des Verkehrs, und die Vorlage zum Stempelsteuergesetz ist ein drastischer Widerspruch dazu; Steuerbeamte stellen sich in die Bahn des Verkehrs und verlangen wie die Reisigen in alter Zeit einen Steuerbetrag, ohne daß eine Gegenleistung für den Verkehr vorhanden ist. Man soll Steuern erheben vom Einkommen, man kann Steuern vom Verbrauch erheben; aber falsch ist es, Geschäfte zu besteuern, die erst ein Einkommen schaffen sollen, vielleicht aber einen Schaden bringen. Ich bin deshalb ein grundsätzlicher Gegner von Umsatzsteuern. Ich lasse mich auch nicht dadurch bestechen, daß man diesen Stempel eine Börsensteuer nennt. Es giebt ja dumme Leute, die sich einreden lassen, daß hier einzelne reiche Leute, die an der Börse spielen, besteuert würden. Die Einkommensteuer ist das Mittel, diese reichen Leute zu treffen. Mich leiten weder Sympathien noch Antipathien für die Börse. Dort sind alle Parteien vertreten, die Konservativen mit ihrer großen Landkundschaft, auch Antisemiten und auch solche, die politisch gesinnungslos sind. Große Finanzbanken und Börseninstitute haben bei der letzten Wahl Gelder gesammelt für die Durchführung der Militärvorläge. Die Stempelsteuer trifft nicht die Börse, sondern wird abgewälzt wie Porto und Telegrammgebühren auf die Auftraggeber. Einige Arten von Geschäften werden unmöglich gemacht und dadurch Leute geschädigt, die ganz solide Geschäfte machen. Man wird Schauergeschichten erzählen von der Schlechtigkeit der Börse. Die Steuern sind kein Mittel dazu, die Moralität der Börse zu heben. (Sehr richtig! links.) Das würde darauf hinauslaufen, zur Bekämpfung des Spielteufels den Spielkartenstempel und angesichts der Wuchergeschäfte den Wechselstempel zu erhöhen. Je gewagter ein Geschäft ist, desto größer wird der Gewinn, desto weniger fallen solche Unkosten ins Gewicht. Die soliden Geschäfte aber können eine solche Auflage nicht vertragen. Die Wirkung des Gesetzes wird sein, daß die Provinzialbankiers geschädigt werden, daß die kleinen Bankiers von den großen Banken an den Börsenplätzen aufgesaugt werden, daß endlich das Arbitragegeschäft unterdrückt wird. Die scharfen Kontrollmaßregeln werden von den Bankiers als ein unberechtigstes Mißtrauen betrachtet, während doch feststeht, daß die Bankiers die Stempelsteuer-Gesetze gewissenhaft beobachtet haben, daß nur wenige Defraudationsfälle vorgekommen sind; es wurden bei der Stempelsteuer in einem Jahre 238 M., bei der Branntweinsteuer 232 000 M. defraudirt. Für die Besteuerung der ausländischen Effekten ist Stimmung vorhanden, weil das Publikum daran viel verloren hat. Vor solcher Gesetzgebung vom Standpunkte des Erzürnten sollte man sich aber hüten; durch die Steuer werden die schlechten Papiere nicht ferngehalten werden von Deutschland. Die Lotterien hätte man lieber ebenso wie die Spielbanken aufheben sollen. Wer den Quittungsstempel annimmt, mit dem ist überhaupt nicht mehr zu streiten. Der Reichs-Schatzsekretär hat erzählt: Wer baar bezahlt, bedürfe keiner Quittung. Ich weiß nicht, woher er diese Erfahrung hat. Der Quittungsstempel ist eine Steuer auf den Ordnungssinn im Geschäft. Wenn der Stempel so gering ist, warum haben denn die Minister sich ausgenommen. Da hätten sie doch mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Das ist so recht eine Steuer, die den Mittelstand belastet. Mit dem Frachtstempel hat man sich in der Oeffentlichkeit wenig beschäftigt, wohl weil man ihn nicht ernst nahm. Die Reichsverfassung fordert die möglichst niedrige Tarifirung der Massenartikel; das wurde also ein Grundrecht bezeichnet, wichtiger als alle politischen Grundrechte. Jetzt wird ein Stempel eingeführt, der gerade bei den geringwerthigsten Artikeln besonders belastend ist; so z. B. bei einem Waggon von Packsteinen, der 50 Pf. Gewinn abwirft, beträgt der Stempel von 20 Pf. 40 pCt. des Werthes. Die Sammelladung war ein Fortschritt, jetzt will man bei Sammelladungen jedes einzelne Stück besteuern. Wenn der Fiskus Geld braucht, dann nimmt er eben gar keine Rücksicht. (Sehr richtig! links.) Vom Parteistandpunkte aus könnten wir nur die Annahme der ganzen Steuervorlagen wünschen; die Menge der Plackereien und Scherereien würde die Anschauung wach rufen, daß wir doch das richtig vorausgesehen haben. Gerade diejenigen Parteien, welche die Militärvorlage angenommen haben, hätten alle Ursache, uns vor diesen Schädlichkeiten zu bewahren. (Beifall links.)

Schatzsekretär Graf **v. Posadowsky**: Wenn eine neue Steuer vorgeschlagen wird, dann ertönt der Kassandra-Ruf mit lapidarischer Kürze: Die ganze Branche wird ruinirt. Wenn wir uns dadurch bange machen ließen, dann würden wir niemals zu einer Steuer kommen. Es ist immer ein schmerzlicher Vorgang, wenn aus der Einzelwirthschaft etwas in die Allgemeinwirthschaft übergeführt werden soll. Gegen die Börsensteuer hat sich die Börse selbst ziemlich ruhig verhalten. Sie hat sich gesagt, sie kann es ertragen. (Zuruf links: Sie weiß, es nützt ihr nichts!) Auch die Meinung des Hauses war, daß die Börse herangezogen werden könnte. Man hat gesagt: Die Börse hat sich resignirt unterworfen. Aber ich kann Sie beruhigen: Die Börse rührt sich wieder und fängt an, den Fehler wieder gut zu machen. Ueber die Erfahrungen mit der Börsensteuer habe ich hier einen amtlichen Bericht, der geschrieben ist nach Erlaß der bestehenden Börsensteuer. Es wird berichtet, von dem Rückgang der Geschäfte und von den geringen Einnahmen aus der Börsensteuer. Dieser Bericht ist 1885 geschrieben, wie ich annehme, mit voller ehrlicher Ueberzeugung. Aber die Verfasser des Berichts haben sich getäuscht zum Vortheil der Börse und auch der Reichskasse. Die Banken haben damals mit 1248 Millionen Kapital gearbeitet, jetzt arbeiten sie mit 1651 Millionen und ihre Rentabilität hat sich gesteigert von 6⅓ auf 7⅔ pCt. trotz des erhöhten Stempels. Man sagt: aber jetzt liegt das Börsengeschäft danieder! Kein Sachverständiger wird der Meinung sein, daß die Stempellast daran schuld ist. (Sehr richtig! rechts.) Das sind lediglich die Folgen der großen Ueberspekulation, man hat das Vertrauen verloren. Daß wir aus Aerger über den Verlust an auswärtigen Papieren ein solches Gesetz machen, wäre thöricht; aber ich bestreite, daß es sich hier überhaupt um eine Maßregelung der Börse oder etwas derartiges handelt. Es handelt sich hier lediglich um ein Finanzgesetz. Man mag über die Börse denken, wie man will, sie ist ein wirthschaftlich nothwendiges Institut, welches internationale Beziehungen pflegt; ihre nationale Isolirung würde die Börse vernichten. So wenig ich verkenne, daß die Börse ein nothwendiges Institut ist, so wenig wird verkannt werden, daß an der Börse oft bedenkliche Geschäfte gemacht werden. Die Arbitrage ist eine nothwendige und nützliche Börsenmanipulation; aber es fehlen die Merkmale, welche sie unterscheiden von den anderen Spekulationsgeschäften. Die verbündeten Regierungen haben kein Mittel gefunden, um die berechtigte Arbitrage zu schonen. Daneben ist aber zu beachten, daß die Arbitragegeschäfte conto à meta gemacht werden. Von anderer Seite wird verlangt, daß jedes Zeitgeschäft höher besteuert werden soll als das Kassengeschäft, weil es ein Differenz-, also ein Spielgeschäft ist. Das ist unrichtig. Es werden viele Zeitgeschäfte abgeschlossen, weil man augenblicklich keine paraten Mittel hat oder weil man sich einen bestimmten Kurs sichern will. Zeitgeschäfte und Kassengeschäfte kann man gar nicht von einander trennen. In allen Staaten beschäftigt man sich damit, die Börsenpapiere stärker heranzuziehen; wir thun das den auswärtigen Staaten gegenüber nur in sehr bescheidenem Maße. Der Quittungsstempel trifft die Arbeiter nicht; denn alle Invaliden-Versicherungspflichtigen sind vom Stempel befreit. Die Fälle, daß der kleine Handwerker den Stempel trägt, sind akademisch konstruirt. Nach der Statistik haben bei der Reichsbank die Checks einen Durchschnittsbetrag von 15 125 Mark, bezw. die rothen Checks von mehr als 7000 Mark gehabt. Daß da der kleine Stempel nichts ausmacht, ist selbstverständlich. Der Frachtbriefstempel hat sein Vorbild ebenfalls in England, Frankreich und Oesterreich. Daß die Sammelladungen nicht mit einem Stempel belegt werden, sondern daß der Stempel jedes einzelne Stück trifft, ist selbstverständlich. Mit englischen Verhältnissen dürfen wir die unsrigen nicht vergleichen. Würden Sie uns die englische Malzsteuer geben, die 200 Millionen einbringt, so könnte man darüber sprechen. Das Finanzbedürfniß kommt von der Verstärkung unserer Wehrkraft, die nothwendig war durch unsere geographische Lage. Wäre diese Lage nicht so ungünstig, so brauchten wir die Steuern wahrscheinlich nicht. Daß der Frachtstempel die kleinen Leute trifft, ist nicht zuzugeben; 47 pCt. aller Frachtsendungen und 97 pCt. aller Postpackete sind steuerfrei. Gerade diese Stempelsteuern werden weniger tief eingreifen in den wirthschaftlichen Verkehr wie andere Steuern. Die Regierung braucht die Steuern, sie nimmt an, daß diese Steuern die schwachen Schultern am wenigsten belasten. Ich kann Sie deshalb nur bitten, die Vorlage anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. Graf **Kanitz** (dk.): Jede neue Steuer ruft ein gewisses Mißbehagen hervor. Hier handelt es sich um die Kosten der Militärvorlage, deren Kosten die Mehrheit des Reichstages anerkannt hat; dann aber haben wir es zu thun mit der Deckung des Ausfalls der Zolleinnahmen infolge der Handelsverträge. Herr Richter hat die Steuervorlage als schlecht bezeichnet; er ist ein Gegner der Militärvorlage. Aber wo bleiben dann die Handelsverträge? Davon spricht er allerdings nicht. Herr Richter, jetzt decken Sie den Einnahme-Ausfall bei den Zöllen. Die Börsensteuer ist zuerst zur Berathung gestellt worden. Das ist mit weiser Ueberlegung geschehen; denn die anderen Steuern sind auf mehr Widerstand gestoßen als die Börsensteuer. Man denkt dabei an die Ausbeutung des unerfahrenen Publikums, an die ungünstige Beeinflussung der Preise durch das Treiben der Börse u. s. w. Für alle diese Sünden soll nun die Börse büßen; die Börsensteuer wird als eine gerechte Strafe für diese Ausschreitungen bezeichnet. Mein Standpunkt ist ein anderer. Die Börse an sich ist nützlich; ich verschließe das Auge vor den Mißständen nicht; aber ein Steuergesetz darf niemals einen strafrechtlichen Charakter haben. Wir müssen uns fragen, ob das Steuerprojekt ein geeignetes ist, ob der Ertrag der Steuer ein sicherer und nachhaltiger ist und nicht berechtigte Interessen verletzt werden müssen. Von diesem Gesichtspunkte habe ich die Börsensteuer geprüft und kann sie nur als wirthschaftlich und politisch gerechtfertigt bezeichnen. Die Börsenenquete hat ihren Abschluß gefunden; wenn die Ergebnisse bekannt werden, wird man sagen: Der Berg hat eine Maus geboren. Die Minderheit der Kommission hat weitergehende Anträge gestellt, ist aber nicht durchgedrungen. Ich mache meinen Kollegen keinen Vorwurf aus ihrer Ueberzeugung. Aber ich hoffe, daß die Minorität bald Gelegenheit finden wird, ihren Wünschen Ausdruck zu geben. Der nominelle tägliche Umsatz der Börse, z. B. der Berliner Börse, ist ja ein enormer. Es handelt sich aber meist nur um Differenzgeschäfte; ob dieselben moralisch oder unmoralisch sind, darauf kommt es nicht an. Wenn beim Umsatz von Immobilien ein hoher Stempel gezahlt wird, warum soll die Börse nicht eine Umsatzsteuer zahlen? Aber ich bin auch der Meinung, daß eine allzu große Erhöhung des Stempels nicht zur Vermehrung, sondern zur Verminderung der Einnahmen führen wird. Der Ertrag der Börsensteuer ist in der letzten Zeit schon in der Abnahme begriffen gewesen. Die kleinen Steuerbeträge scheffeln, nicht die großen. Ist der Stempel zu hoch, so wird die Anzahl der Geschäfte sich vermindern. Ich hoffte aus der Rede des Abg. Richter etwas lernen zu können, aber die Hoffnung ist nur theilweise erfüllt worden. In einem Punkte kann ich mit ihm übereinstimmen, wo er eine Abschaffung der Staatslotterien verlangt. Ich verlange allerdings nur eine Reform. Wir haben fünf verschiedene Staatslotterien und es darf nicht geduldet werden, daß die kleinen Staaten sich auf Kosten der anderen bereichern. Hamburg bezieht aus seiner Staatslotterie fast 2 Millionen, der preußische Staat nur 8 Millionen! Aus Mecklenburg habe ich nichts erfahren können; es wird mir mitgetheilt, daß dort die Staatseinnahmen und -Ausgaben nicht bekannt gegeben werden. (Heiterkeit.) Es wäre zweckmäßig, die Staatslotterien abzuschaffen und dafür eine einheitliche Reichslotterie einzurichten. Beim Arbitragegeschäft scheint doch noch etwas verdient zu werden; denn die deutsche Bank hat noch ganz erfreuliche Dividenden vertheilt, wenngleich bei ihr das Arbitragegeschäft in den Hintergrund tritt. Herr Richter hat geklagt über die Verstaatlichung der Eisenbahnen, wodurch die Leute zu den ausländischen Papieren gedrängt worden sind. An die Stelle der Eisenbahnpapiere sind die Konsols getreten und wenn der Kapitalist ausländische Papiere bevorzugt, so ist das seine Schuld. Wenn der Zinsfuß sinkt, dann muß der Kapitalist sich einrichten (Aha! links). Andere müssen sich auch einrichten und wer sich nicht einrichten kann, der wird in der Regel den kürzeren ziehen. Meine Freunde haben sich sehr interessirt für eine besondere Emissionssteuer auf ausländische Werthe; nach genauerer Prüfung kann ich mich nicht dafür aussprechen, weil die Papiere dann im Auslande emittirt und nachher in das Land gebracht werden. Eine Emissionssteuer würde eine Prämie auf die schlechten ausländischen Papiere sein. Daß das Reportgeschäft entlastet werden soll, hält Redner nicht für nöthig. Wenn man aus Interessentenkreisen gedroht habe, das Reportgeschäft werde als Lombardgeschäft behandelt werden, so kann das der Regierung gleichgiltig sein. Ich vermisse eine Berechnung des Einnahme-Ausfalls, der entstehen wird durch Fortfall des doppelten Schlußsteinstempels für die Provinzial-Bankiers.

durch die Erleichterung der Reportgeschäfte u. s. w. Weshalb ein Quittungsstempel nicht eingeführt werden soll, kann ich nicht begreifen. Bedenklich ist nur die Belastung des Verkehrs durch die verschiedenartigen anderen Stempel. Quittungsstempel, Check und Girostempel, Stempel auf Frachtbriefe und Connoissements sind alles verschiedenartige Stempel, die in ihrem Betrage nicht hoch sind, aber viel Scherereien mit sich bringen. Man sollte eine von diesen Stempelarten auswählen und sie erhöhen und dafür die anderen streichen. Wenn solche Verkehrsabgaben eingeführt werden, dann müssen sie so eingerichtet werden, daß sie das Publikum möglichst wenig belästigen, aber recht viel einbringen. Frankreich zieht aus der Stempelsteuer 168 Millionen Franks, trotzdem es nur 36, Deutschland 50 Millionen Einwohner hat. Trotzdem hat man niemals Klagen über die Stempelsteuer gehört; die Leute haben sich daran gewöhnt, jedes Stück Papier, welches eine Quittung bedeutet, zu stempeln. Das Publikum wird sich auch bei uns daran gewöhnen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Wir werden wohlwollend in die Berathung eintreten.

Abg. **v. Buchka** (dk.) erwidert dem Vorredner, daß in Mecklenburg die Lotterie nicht zu den Gegenständen gehört, welche der Beschlußfassung der Stände unterliegen, sie ist eine landesherrliche Angelegenheit und verpachtet. Wenn der Vorredner gemeint hat, daß über die mecklenburgischen Finanzverhältnisse nichts bekannt gegeben werde, so muß er sich wohl an eine apokryphe Stelle gewandt haben. (Heiterkeit rechts.)

Darauf wird die weitere Berathung bis Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Lokales.

Die Redaktionsräume des „Vorwärts" befinden sich jetzt Beuthstraße 2, 2 Treppen.

Bei der Stichwahl im 5. Charlottenburger Kommunal-Wahlbezirk, die am Montag stattfand, unterlag unser Parteigenosse gegenüber dem freisinnigen Kandidaten.

Am Ende ihres Lateins ist die bürgerliche Gesellschaft jedesmal, wenn zu Beginn des Winters das permanente Elend sich aus seinen Höhlen herauswagt und an die öffentliche Mildthätigkeit appelliren muß, die von einigen Wenigen gewiß aus warmem Herzen, von gar Vielen zwar nur des äußeren Ansehens willen, stets aber mit einer Wirkung ausgeübt wird, die im besten Falle nur dem Augenblicke genügt. Es ist noch Spätherbst, die grauenhaften Wirkungen der Kälte und der immerfort zunehmenden Arbeitslosigkeit treten erst in den nächsten Monaten hervor und dennoch — welch ein erschütterndes Bild bietet das in der Oeffentlichkeit registrirte Elend schon jetzt dar. Bereits im Monat November benutzten das Asyl für nächtliche Obdachlose 36 093 Personen, nämlich 35 072 Männer und 1021 Frauen, die nicht wußten, wo sie ihr Haupt hinlegen und ihren Hunger stillen sollten. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. November 51 Familien mit 170 Personen, darunter 15 Säuglinge; am 1. Dezember war der Bestand 60 Familien mit 198 Personen, darunter 18 Säuglinge. In welchem Zustande sich die Armen, welche diese Institute in Anspruch nehmen mußten, befunden haben, begreift man an der Thatsache, daß 123 in einem Zustande waren, der es nothwendig machte, sie öffentlichen Heilanstalten zu überweisen. 441 Männer und 16 Frauen dagegen erhielten für längere Zeit Versorgung, indem sie — der Polizei übergeben wurden! Auch eine Hilfe in der Noth. Selbst bürgerliche Blätter geben die Ausdehnung und die Größe des Massenelends zu; so schreibt ein hiesiges Blatt, indem es zur Spendung von Wäsche und Bekleidungsstücke auffordert:

„Der Zustand der das Obdach aufsuchenden Personen spottet jeder Beschreibung. Das Herz erzittert bei dem Anblick dieser Aermsten, welche in der denkbar mangelhaftesten Bekleidung erscheinen. Ohne Fußbekleidung, und der allernothwendigsten Wäschestücke entbehrend, zitternd vor Kälte betreten sie die Anstalt. Wie amtlich zugegeben wird, befinden sich unter den Obdachlosen sehr viele, die ohne eigenes Verschulden, lediglich durch die gegenwärtigen schlechten Erwerbsverhältnisse in so traurige Lage versetzt worden sind."

So sieht das Elend nach bürgerlicher Schilderung jetzt aus, wo es sozusagen erst am Anfang seiner Entfaltung ist. Und das Ende? Ei, nun, vielleicht läßt sich noch weiter wursteln, vielleicht auch — nun, das Ende des Massenelends schildern hieße zugleich ein Bild vom Ende der bürgerlichen Gesellschaft geben — wessen Phantasie reichte dazu aus?

Hungernde Kinder! Am 15. November sind hier zwei „Kinder-Volksküchen" eröffnet worden, eine für den Norden in der Stalsunderstraße und eine für das Zentrum in der Klosterstraße. Der „Verein für Kinder-Volksküchen" bittet jetzt in einem Aufruf „edeldenkende Menschen", ihn durch Zuwendung von Jahresbeiträgen und Geschenken zu unterstützen, damit die beiden Anstalten erhalten und noch weitere errichtet werden können. (Die nächste Anstalt ist für den Osten bestimmt und soll bereits in dieser Woche in der Münchebergerstraße eröffnet werden.) Dieser Aufruf spricht von „armen, hungernden Kindern, von denen die Residenz trotz aller humanitären Maßnahmen leider noch eine allzugroße Zahl aufweist", und sagt, es sei „festgestellt, daß täglich Tausende von Kindern ungenügendes oder gar kein warmes Essen erhalten, weil die Eltern ohne jeden Verdienst, oder die Mutter, um zu erwerben, außerhalb des Hauses arbeitet, oder durch Krankheit behindert ist, zu kochen". Zum Beweise, daß diese Schilderung den Thatsachen entspricht, heißt es dann weiter über die beiden bereits eröffneten Kinder-Volksküchen: „Schon jetzt nehmen täglich gegen tausend Kinder die Anstalten in Anspruch, die zumeist das Essen umsonst erhalten; der Andrang in der Stralsunderstraße ist ein gewaltiger und liegen zahlreiche Anmeldungen nothleidender Kinder von Schulrektoren und Armen-Kommissionen vor." Hier könnten wir fragen: Wo bekommen die Armenkommissionen und die Schulrektoren mit einem Male die hungernden Kinder her? Nach der Versicherung der bürgerlichen Klasse und ihrer Vertreter, wie ihrer Presse giebt es ja gar keine hungernden Kinder in Berlin. Wie oft haben wir diese Erwiterung bekommen, wenn von unserer Seite die Forderung einer Speisung besonders der Gemeindeschul-Kinder auf Kosten der Stadt aufgestellt wurde. Sind diese hungernden Kinder vielleicht plötzlich über Nacht aus dem Boden emporgewachsen? Oder hat sich ihre Zahl erst in der letzten Zeit so vermehrt, daß die Privatwohlthätigkeit eingreifen und der Gemeinde ihre Verpflichtungen abnehmen muß? Gerade die Armenkommissionen und die Schulrektoren würden bestätigen können, daß das nicht der Fall ist, daß nicht erst in der letzten Zeit die Noth unter den Proletarierkindern so überhand genommen hat, daß die Verhältnisse schon seit mehreren Jahren genau so liegen. Da drängt sich dann freilich die andere Frage auf: Warum haben die Kommissionen und die Rektoren bis jetzt geschwiegen? Warum sind sie nicht aufgetreten, als die Berliner Sozialdemokratie Schutz und Hilfe für diese Kinder forderte, und haben erklärt, daß ihre Schilderungen der bestehenden Noth nicht übertrieben sind? Es dürfte sich das daraus erklären, daß die Armenkommissions-Vorsteher und die Schulrektoren ihren vorgesetzten Behörden gegenüber alle Selbständigkeit verloren haben, daß sie weiter nichts als Exekutivbeamte sind, die gehorsamst auszuführen haben, was ihnen von oben herab befohlen wird. Die Armenkommissionen und das Lehrpersonal der Gemeindeschulen kommen allein in direkte Berührung mit den der Unterstützung bedürftigen Kindern. Aber ob eine solche Unterstützung gewährt werden soll, ob sie überhaupt nöthig ist, — das wird am grünen Tisch entschieden. Und am grünen Tisch findet man dann fast immer, daß (um ein Lieblingswort des Stadtschulraths Bertram zu gebrauchen) „kein Bedürfniß vorliegt." Wenn heute die sozialdemokratischen Stadtverordneten die städtische Verwaltung wieder einmal an ihre Pflicht mahnten und einen Antrag auf Speisung jener Tausende von hungernden Kindern aus Gemeindemitteln einbrächten, wir sind fest überzeugt, daß der Stadtverordneten-Versammlung und der bürgerlichen Klasse von hervorragender Stelle die beruhigende Versicherung gegeben würde: Es giebt keine hungernden Kinder! Wer dann etwa trotzdem noch Hunger haben sollte, der kann warten, bis der „Verein für Kinder-Volksküchen" genügende Mittel zusammengebracht hat, um einige hundert Kuchen zu eröffnen und alle hungernden Kinder satt zu machen. Wem das aber nicht paßt, der kann inzwischen verhungern, — die einzige Freiheit, die die Besitzlosen, die Kinder wie die Erwachsenen, unter der Herrschaft des Kapitalismus wirklich unumschränkt besitzen.

Charitee-Zukunftspläne. Uns wird geschrieben: In Nr. 281 berichtet der „Vorwärts" über geplante Charitee-Neubauten und Herr Generalarzt Dr. Schaper, der darüber vorgetragen hat, erweckte im Leser den Glauben, als ob wirklich etwas Ersprießliches zur Milderung der Mißstände beabsichtigt werde. Ich sage zur Milderung. Denn man darf sich durch diese Zukunftspläne über die Wirklichkeit nicht hinwegtäuschen lassen. Neubauten allein machen es nicht! Was besonders schwer empfunden wird, das ist die Behandlung, die den Kranken seit Jahrzehnten zu Theil wird. Den alten Witz, den auch der „Vorwärts" wieder auffrischte, von dem Manne, dem die Thierarzneischule als Anstalt bezeichnet wird, wo die Hunde wie die Menschen behandelt werden, während in der gegenüber liegenden Charitee die Menschen wie die Hunde behandelt werden, diesen alten Witz hat mir mein Vater vor 25 Jahren erzählt! wie alt müssen also die Zustände in der Charitee sein, ehe sich solch ein Volkswitz herausbilden konnte. —

Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wagte sich eine Bourgeois-Zeitung mit einzelnen Mittheilungen heraus, aber wie so unendlich Vieles der Selbsthilfe der Arbeiterpartei überlassen bleibt, so beginnt man erst jetzt Dank der Energie der Arbeiter und ihrer Presse daran zu denken, daß hier Abhilfe geschaffen werden müsse. Wohlgemerkt, man beginnt daran zu denken, denn so großartig sich die neuen Pläne lesen, so weit sind sie von ihrer Verwirklichung entfernt!

Zunächst muß das Geld bereitgestellt werden. Die gegenwärtige preußische Volks-Vertretung wird bewilligen und wird mit bewährter Zahmheit sich Anstandshalber nachträglich entrüsten, aber in welcher Zeit wir Abhilfe zu erwarten haben, das deutet der Bericht schon selbst an: „Die Dauer des Umbaues dürfte zehn Jahre in Anspruch nehmen" oder mit anderen Worten: man wird dem elenden Charitee-Hunde jährlich ein Stückchen von seinem Schwanz abschneiden und diese Schneiderei soll sich zehn Jahre hinziehen! Das ist so recht bezeichnend für den Willen, für die Energie, die in den maßgebenden Kreisen herrscht. — In der heutigen Bewegung des Riesenverkehrs und der Riesenfortschritte sind zehn Jahre eine Spanne Zeit, in der die ganze medizinische Wissenschaft umgekrempelt sein kann, und es würde bei dieser Schlendrian-Bauthätigkeit vielleicht der erste Pavillon-Neubau schon wieder veraltet sein, wenn die letzte Baracke 1904 vollendet ist. Der schwere Reichstagsbau hat für 17 Millionen noch nicht zehn Jahre gedauert, und diese Chariteeherren werden sich um ihren trockenen Krankenhaus-Umbau für 6—7 Millionen ins Werk zu setzen zehn Jahre Zeit nehmen.

Herrn Dr. Schaper kann man diese Mittheilung nicht übel nehmen, er weiß nicht, was eine energische Bauverwaltung zu leisten vermag; aber für jene Baubeamten ist die Angabe, den Gesammt-Umbau auf zehn Jahre zu vertrödeln ein beschämendes Zeugniß. Die Annahme, als ob es sich darum handle, den Umbau „ohne Störungen" für die Gesammtanstalt zu vollziehen, kann nur als Scherz aufgefaßt werden, dem ein sehr bewährter Hintergedanke zu Grunde liegt. Wenn nämlich mit dem Bauen erst begonnen ist, dann ergeben sich die Störungen ganz von selbst. Die geehrten Baubeamten verstehen es vortrefflich, sich behaglich und gemüthlich in ihren Baubureaus einzurichten, und man frägt nachher garnicht, wie viel Stationen außer Betrieb gesetzt werden müssen, wann der Lärm der Bauthätigkeit, das nothwendige Schreien der Bauarbeiter, das Werfen und Krachen der Mauersteine auf den Rüstungen, das wüthende Antreiben und Schinden der Pferde, das Aufschlagen der eisernen Träger beim Abladen, wenn all dieser Lärm die Kranken zur Verzweiflung bringt. Doch vielleicht habe ich schon zu viel gesagt, ein zur Charitee verurtheilter muß eben starke Nerven haben.

Aber trotzdem giebt es noch so viele rein sachliche Hindernisse, die es rein unwahrscheinlich machen, den Betrieb ohne erhebliche Störungen zu vollziehen, daß nur unter Aufrechthaltung der bisherigen abschreckenden Krankenbehandlung die Bauthätigkeit ohne Störungen (nämlich für Gesunde) zu entwickeln wäre und selbst für diese auch nicht. Denn das zerrissene Auseinanderliegen der ausgeführten Neubauten und der alten in Betrieb befindlichen Stationen wird der langsamen, bequemen, verrosteten Charitee-Verwaltungsmaschinerie recht unbehaglich zum mindesten beim Frückstücken werden.

Wäre es der Staatsregierung wirklich ernst, hier endlich Abhilfe im Bau zu schaffen, so läßt sich innerhalb der Hälfte der angegebenen Zeit, das heißt in fünf Jahren, das Großartigste leisten. Dazu gehörte freilich, daß tüchtige, schnell arbeitende, umsichtige Baubeamte herangezogen würden, die bautechnische Erfahrungen haben und die selbst einer durchgreifenden Kontrolle unterliegen. Aber erfahrene bautechnisch tüchtige Staatsbaubeamte sind mit der Laterne zu suchen und selbst mit einer elektrisch leuchtenden kaum zu finden, daher die vorsichtige Annahme: der Bau würde zehn Jahre dauern. — Ein Musterbau dieses Schlages ist das in seinem Bauzustande weit und breit bekannte Kriminal-Gericht.

Doch das alles erweckt nicht unser nächste Theilnahme. Wir wollen wissen, welche organischen Aenderungen die Krankenbehandlung selbst erfahren wird, und wann endlich Reinlichkeit, menschliche Behandlung, ein gewisser Anstand gegen die weiblichen Kranken, genießbares Essen, rechtzeitige Abwartung und Hilfeleistung bei den allernächsten Bedürfnissen, Aufsicht über die Wäsche, Beseitigung oder wenigstens Milderung des Beamtenthums, Beseitigung fauler, lässiger und dienstlich ungeeigneter Krankenwärter und vieler anderer berühmter, von den Aerzten verschwiegener, tief eingewurzelter Mißstände zu erwarten sind? — Wo ist der Mann, der angesichts der für ihn in Aussicht stehenden prächtigen, vornehmen Dienstwohnung bereit sein wird, den Tausenden armen Kranken, die diese trostlose Anstalt aufsuchen müssen, ein Recht auf menschenwürdige Pflegebehandlung zu verschaffen? Sollen etwa bis zur Erwerbung dieses Rechts auch noch volle zehn Jahre vergehen?

Mit entwertheten Marken der Alters- und Invaliden-Versicherung wird, wie die Kriminalpolizei erfahren hat, ein schwunghafter Handel getrieben. Eine Gesellschaft scheint ein Geschäft daraus zu machen, in öffentlichen Wirthschaften solche Marken weit unter dem Werth aufzukaufen und anderswo zu vertreiben. Nach § 154 des Alters-Versicherungsgesetzes wird der, der entwerthete Marken ablöst und verkauft, mit Gefängniß nicht unter 3 Monaten bestraft, auch kann auf Ehrverlust erkannt werden. Auch der ist strafbar, der die Marken ankauft, da er sich der Theilnahme schuldig macht. Gestern sind 2 Personen, ein Möbelpolierer und ein Knopfmacher festgenommen, weil sie solchen Handel gewerbsmäßig betrieben haben.

Mit 7000 Mark durchgegangen ist wahrscheinlich der 24jährige Hausdiener Valerian Konrad, der gestern von dem Kaufmann H. nach der Dresdner Bank geschickt wurde, um einen Brief mit 7 Tausendmarkscheinen abzugeben. Er ist auch dort gewesen und sollte später wiederkommen, dann ist er aber weder nach der Bank, noch zu dem Prinzipal zurückgekehrt. Wie feststeht hat er sich bis Abends 9 Uhr mit einem Kellner in einer Wirthschaft aufgehalten und erklärt, daß er nach Amerika gehen wolle. Ferner ist ermittelt, daß er einen Schein gewechselt und sich einen grauen Mantel und grauen Hut gekauft hat.

Aus dem Straßenschmutz haben wir, wie die „Kreuz-Ztg." sehr richtig bemerkt, die gestern von uns gebrachte Nothstandsnotiz über das Kavalier-Mittagessen zu 157 Mark hervorgesucht. Die „Kreuz-Zeitung" scheint nicht zu wissen, daß man sich sehr oft die Nase zuhalten muß, wenn man das Treiben ihrer diversen Schützlinge aufdecken will. Oder wollte sie vielleicht andeuten, daß nicht die Rechnung, sondern der Empfänger derselben in den Straßenschmutz gehörte?

Nach siebenmonatlicher Untersuchungshaft ist die Wirthschafterin Schimpkäse aus Neu-Weißensee aus dem Gefängnisse entlassen worden. Vor etwa acht Monaten brach in dem Hause des Musikers Keitsch in der Lothringerstraße des genannten Vorortes ein erheblicher Brand aus, der mehrere Bewohner in Lebensgefahr brachte. Der Verdacht, diesen Brand vorsätzlich angestiftet zu haben, lenkte sich auf Keitsch und dessen Wirthschafterin, Frau Schimpkäse. Ersterer vermochte sich von dem Verdachte zu reinigen, so daß kein Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Aber auch der auf Frau Schimpkäse ruhende Verdacht hat sich trotz der langen und eingehenden Untersuchung derartig verflüchtigt, daß das Verfahren eingestellt und die Haftentlassung angeordnet werden mußte. Wer entschädigt die Unglückliche?

Wieder auf freien Fuß gesetzt ist der unter dem Verdacht, Hedwig Franke in Spandau erdrosselt zu haben, festgenommen gewesene Maschinist Kirschstein. Trotz aller Anzeichen hat sich der Verdacht nicht aufrecht erhalten lassen. Die Polizei steht, wie oft in ernsthaften Fällen, vor einem räthselhaften Dunkel.

Mit dem Eintritt des reichlicheren Schneefalles hat die Pferdebahn auch wieder mit ihrem leidigen Salzstreuen begonnen, gegen welches alljährlich ohne jeden Erfolg protestirt wird. Nicht nur, daß durch das flüssig werdende Salz das Schuhzeug der Straßenpassanten ruinirt wird, die Streuerei bringt auch noch eine größere Gefahr mit sich, nämlich die, daß das durch das Pflaster hindurchsickernde Salzwasser die eisernen Brücken in ihrer Dauerhaftigkeit beeinträchtigt, indem es von den eisernen Trägern den schützenden Farbeüberzug abfrißt und die Rostbildung in hohem Maße begünstigt. Es wäre doch wirklich ein Kleines, die Pferdebahnschienen auf eine andere Weise zu reinigen, als durch das Salzstreuen. Aber bekanntlich ist ja die Pferdebahn nicht für das Publikum, sondern das Publikum für die Pferdebahn da, und der von Natur gutmüthige Berliner läßt sich eben gefallen, was zwei gottbegnadete Direktoren in ihrer Weisheit zu thun für gut befinden.

Bereits verhaftet ist der Fälscher von Alterversicherungs-Marken, der seine Fabrikate für die Mark Brandenburg in der Umgebung Berlins zu verkaufen suchte. Ein Kaufmann in Weißensee, der durch die betreffende Notiz auf den Betrüger aufmerksam gemacht worden, ließ den Burschen, der bei ihm gestern anfprach, verhaften, als er die „Waare" zum halben Preise angeboten hatte. Der Festgenommene, der über seine Personalien jegliche Auskunft verweigert, ist bereits nach Moabit überführt.

Wegen Todesfalls geschlossen ist, wie Ankündigungen besagen, die Korsettfabrik von Leonhard Lachmanski, Alexanderstraße 51/52, die bis vor kurzer Zeit in dem Hause Königstr. 57a bestand. Wie hierzu berichtet wird, hat der Fabrikinhaber Hand an sich selbst gelegt, indem er sich wahrscheinlich in der Nacht zum Montag in seinen Geschäftsräumen erschoß. Der 36 Jahre alte Mann erschien noch am Sonnabend Abend spät in dem Geschäft und hat sich bis spät in die Nacht hinein mit Briefschreiben beschäftigt. Am Montag früh fanden Arbeiterinnen die Räume verschlossen und benachrichtigten die Polizei, die sich vom Hofe aus gewaltsam Zutritt verschaffte. In einem Mittelzimmer lag Lachmanski als Leiche auf dem Fußboden; er hatte sich durch einen Revolverschuß in die rechte Schläfe getödtet. Ob die Annahme, daß ungünstige Geschäftsverhältnisse die Veranlassung zum Selbstmord gegeben haben, zutrifft, hat sich noch nicht genau feststellen lassen.

Eine Thierquälerei abscheulicher Art bringt ein eigenartiger Geschäftsbetrieb mit sich, der neuerdings von fliegenden Händlern ausgeübt wird. Man sieht des öfteren in Gastwirthschaften das Schauspiel einer Taubenverloosung. Der Händler kommt mit einem Korb voll der armen schlecht genährten Thiere, bietet sie feil und wenn dann keiner der Gäste einen Kauf abschließen will, schlägt er vor, eine Taube auszuwürfeln. Oft genug wird auf diesen Kniff eingegangen und mit dem Würfelbecher geht dann auch die Taube von Hand zu Hand, wird bekniffen, eingehend begutachtet und von ungeschickten Fingern — wenn vielleicht auch wider Willen — in abscheulicher Weise malträtirt. Ist das Spiel zu Ende, so weiß der glückliche Gewinner meistens nicht, was er mit dem armen Wesen beginnen soll und die Quälerei beginnt dann gewöhnlich noch einmal wieder. Wir glauben, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um einsichtige Leser zu veranlassen, einer solchen Quälerei mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ein raffinirter Betrug ist gegen die Miether eines Hauses der Berlinerstraße in Rixdorf verübt worden. Die Miethsbeträge dieses Hauses, welches unter Subhastation steht, werden seit einiger Zeit stets durch den Gerichtsvollzieher eingezogen. Am Sonnabend erschien jedoch der Gerichtsvollzieher nicht persönlich, sondern ein Stellvertreter, welcher den Miethern das ihnen bekannte Quittungsformular vorlegte, worauf sie die Miethe bezahlten; da einige der Miether Vormittags nicht angetroffen wurden, so erschien derselbe Stellvertreter Nachmittags und auch für die säumigen Zahler am Montag noch einmal in dem betr. Hause, um die Miethen prompt einzuziehen. Gestern Nachmittag erschien nun aber der richtige Empfänger der Miethen und war höchlichst erstaunt zu erfahren, daß „sein Stellvertreter" schon kassirt haben solle. Den Betheiligten wurde nur zu schnell klar, daß sie alle einem ganz raffinirten Gauner, der doch wohl mit den Verhältnissen ganz genau vertraut gewesen sein muß, zum Opfer gefallen sind. Die Miether werden wohl oder übel die Beträge noch einmal zahlen müssen, und man hat zunächst auch nicht den geringsten Anhalt, um des Schwindlers habhaft zu werden.

Abermals vom Feuer heimgesucht wurde heute Morgen gegen 6 Uhr die W. Hagelberg'sche Luxuspapierfabrik in der Marienstraße, deren Fabrikräume bekanntlich vor Kurzem zum Theil eingeäschert wurden. Diesmal war das Feuer in dem Kellergeschoß des Marienstraße 18 belegenen Theils der Fabrik ausgekommen. Dem angestrengten Arbeiten der Feuerwehr gelang es jedoch, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Gegen 8 Uhr bereits war das Feuer gelöscht.

Ueber einen Selbstmordversuch auf dem Bahnhof Friedrichstraße wird berichtet. Gestern Abend gegen 7½ Uhr traf ein junger Mann dort ein, der sich von dem Wärter Brozki den Schlüssel zu einem abgelegenen Ort ausbat. Bald darauf vernahm der Wärter röchelnde Töne, brach die Thür auf und fand den Unbekannten an der Klinke hängend auf. Polizeibeamte der Bahnhofswache stellten Wiederbelebungsversuche an, riefen den Lebensmüden in das Bewußtsein zurück und brachten ihn nach einem Krankenhause, wo er als der 27 Jahre alte stellungslose Hausdiener Albert Haudan aus der Marienstr. 15 festgestellt wurde. Er scheint von Nahrungssorgen arg heim-

gesucht zu sein, denn er erklärte: „Wenn Sie mich auch jetzt wieder herstellen, so werde ich mir nach meiner Entlassung doch das Leben nehmen."

In Sachen des verstorbenen Stallmanns Winter. Es zahlt die Berufsgenossenschaft der Wittwe jetzt eine Rente von monatlich — 14 M. 95 Pf.

Ein Schaffner der großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft wurde am Dienstag Morgen 10 Uhr an der Weidendammer-Brücke von einer Droschke überfahren. Man schaffte den Verunglückten mittels Droschke nach seiner Wohnung.

Mit einem Rasirmesser hat sich Dienstag früh um 7½ Uhr der 39 Jahre alte Barbier Heinrich Meier in seinem, Sophienstraße 20 belegenen Geschäft den Hals bis auf die Wirbelsäule durchschnitten. Meier, der verheirathet und Vater von zwei Kindern war, hatte seit fünf Nächten Bierreisen unternommen, war aber stets Morgens in seinem Geschäfte erschienen, um seinem Berufe obzuliegen. Gestern Morgen um 7 Uhr schickte er seine Frau fort, um Frühstück einzuholen. Als diese später heimkehrte, floß vom Hängeboden Blut herab, und sie fand ihren Mann noch lebend vor. Er wurde mittels des Kopp'schen Krankenwagens nach der Charitee gebracht, wo er bald nach seiner Aufnahme starb. Meier hat die That wahrscheinlich in einem Anfall von Säuferwahn verübt.

Auf gräßliche Weise ist am Sonnabend der Böttcher Gustav Trogisch auf seiner Arbeitsstätte, Waßstr. 29, Charlottenburg, verunglückt. Trogisch war damit beschäftigt, Fässer aus einem mit siedendem Wasser gefüllten Bottich herauszunehmen, als er das Gleichgewicht verlor und im Wasser derart verbrühte, daß er nach fünf Stunden unter entsetzlichen Schmerzen verstarb. Seine Mitarbeiter haben in dem auf so furchtbare Weise Verunglückten einen treuen und braven Genossen verloren.

Drei schwere Jungen, der Maler Holzapfel, der Dachdecker Stolpe und der Vergolder Marker, die alle erst vor Kurzem aus der Strafhaft entlassen wurden, sind wieder hinter Schloß und Riegel, da festgestellt ist, daß sie eine Reihe von Sonntag-Nachmittag-Diebstählen verübt haben. Sie haben Pretiosen, Gold und Sparkassenbücher gestohlen.

Dem Rowdythum unter der studirenden Jugend suchte ein Berliner Kneipwirth durch eine Bekanntmachung am Schwarzen Brett Vorschub zu leisten, nach welcher polizeiliche Erlaubniß zu Mensuren in seiner Kneipbude vorhanden sei. Der Anschlag, der Anfangs von der Behörde nicht bemerkt sein mochte, ist nunmehr entfernt worden.

Polizei-Bericht. Am 4. d. M. Vormittags wurde ein Kaufmann in seinen Geschäftsräumen in der Alexanderstraße mit einer Schußwunde im Kopfe todt aufgefunden. — Abends wurde ein Schlossermeister in seiner Werkstatt in der Zimmerstraße erhängt vorgefunden. — Auf dem Abort des Bahnhofs Friedrichstraße versuchte ein Hausdiener sich zu erhängen. Er wurde jedoch noch rechtzeitig abgeschnitten und nach der Charitee gebracht. — Ein Maurer wurde auf dem Tempelhofer Felde, bei der Ringbahnüberführung, mit einer anscheinend durch einen Fall herbeigeführten schweren Verletzung am Fuße aufgefunden und nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Theater.

Lessing-Theater. Italiens berühmteste Tragödin, Eleonore Duse, weilt wiederum in Berlin zu Gaste. Als die Schauspielerin im Vorjahre zum ersten Male nach Deutschland kam, um hier in Berlin ihr großes Können zu zeigen, da wirkte ihre Kunst verblüffend. Nichts Monumentales, nichts stolz Pathetisches hatte diese Kunst an sich; sie liebte keine heldenhaften Posen, sie kannte keinen Theaterdonner und vor allem scheute sie die wuchtige Deklamation. Frau Duse's äußere Erscheinung schon widersprach dem Heldenhaften. Ein zierlicher, wundersam geschmeidiger Leib und ein Organ, durchaus nicht geschaffen für den Drommetenklang etwa einer Brünhilde. Und doch wußte Frau Duse die Zuschauer aufzurütteln und zu erschüttern und schauspielerisch zu verkörpern, was ein armes Menschenherz in seinen Tiefen bewegt. Wie sie ihr Kunststück fertig bringt? durch ein wesentlich modern-künstlerisches Temperament, das den verfeinerten Seelenstimmungen voll ihrer Mannigfaltigkeit mit außergewöhnlicher Schmiegsamkeit folgt. Leidenschaften und Qualen der Menschen drücken und peinigen heute nicht minder als sie gestern und ehegestern gepeinigt haben; aber ihre Ausdrucksformen sind andere geworden. Nora braucht keine herrischen Worte zu machen, um die tiefe Schmerzempfindung über die Erkenntniß, wie man ihre Menschen- und Frauenwürde geknechtet hat, darzuthun; und Santuzza, die sizilianische Bäuerin, bricht schwer aufstöhnend in sich zusammen, wie ein todtwundes Reh, da sie betrogen und verlassen ist. Diese Töne fand Frau Duse, so schlicht, so ergreifend, daß man im Ueberschwang der Verehrung der Künstlerin zutraute, sie könne alles treffen. Und das war zuviel gesagt. Kritiklose Leute überschätzten die Kraft dieser Individualität. Wo geheimer Gram an einer Frauenseele zehrt, wo das Gemüth einer Verbitterten sich zur Empörung, zum Hohn, zur Rache aufschwingt, da erreicht das Talent der Frau Duse das beste, was es zu geben hat. Da decken sich Kunst und Natur. Straffe, ungebrochene, nicht müde Frauennaturen vermag sie nicht in gleicher Vollkommenheit darzustellen; und auch sie muß da zu Virtuosenmittelchen greifen. Das sah man gestern wieder, als Frau Duse die Magda in Sudermann's Heimath spielte. Ich hätte dem stolzen, herrischen, selbsttrotzigen Weib den Ausdruck lebendigerer Vollkraft gewünscht; als aber Magda die Herrschaft über sich verloren, als die jämmerlichen Vorurtheile der preußischen Soldatenfamilie sie einengen, sie foltern, als sie innerlich gebrochen ist, und mitunter in ihren Martern die Entrüstung gegen die Unterdrücker auflodert, da bewies Frau Duse eine solche tragische Kraft, daß ich ihr auf deutscher Bühne nichts Gleiches entgegenzusetzen wüßte. Schade, daß die Kunst der Frau Duse zumeist nur von zahlungskräftigen Leuten genossen werden kann, die doch stumpfsinnig dasitzen und Mode-Enthusiasmus heucheln. Heuchelten sie diese Begeisterung nicht, so wäre es nicht möglich, daß sie ohne Wahl das Verfehlte und Schwächliche, wie das Meisterliche im Spiel der Künstlerin durch hohlen Beifallscummel anerkennen würden.

Gerichts-Zeitung.

Ein Beitrag zur Behandlung Geisteskranker in Privatirrenhäusern und zur Dringlichkeit der Reform des Irrenwesens. Aus Düsseldorf berichtet die „Germania" über folgenden Prozeß. Nach zweitägiger Verhandlung ist am Dienstag vor der hiesigen Strafkammer ein Prozeß zu Ende gegangen, der in mehrfacher Hinsicht Aufsehen zu erregen geeignet ist. Dem Prozeß lag folgender Thatbestand zu Grunde: Hermann Feldmann, der Sohn einer armen Färberfamilie, ging nach Amerika und arbeitete sich durch eigene Kraft rasch empor. Mitte der 50er Jahre lernte er die Familie Broich in der Schweiz kennen und heirathete 1862 eine Tochter dieser Familie, die Vermögen, aber kein erhebliches besaß. Im Jahre 1871 kehrte Feldmann als nervöser, abgearbeiteter Mensch nach Europa zurück; mit 100 Thalern war er nach Amerika gegangen, und durch rastlose Thätigkeit hatte er sich über eine Million Mark Vermögen erworben. Zwischen den Geschwistern Broich wurde 1872 ein Erbvertrag geschlossen, wonach Frau Feldmann 5800 Thaler erhielt. Diese Summe legte Hermann Feldmann in seinem amerikanischen Geschäfte, dessen stiller Theilhaber er noch geblieben war, an. In den Jahren 1880 und 1881 hatte Feldmann einen Anfall von Melancholie, und diese Krankheit wurde so stark, daß er sich auf ärztliches Anrathen in die Irrenanstalt Grafenberg begab. Dieser Schritt sollte für Hermann Feldmann sehr verhängnißvoll werden. Nachdem er bis zum Herbst 1883 in der Anstalt Grafenberg geweilt, kehrte er in sein Haus in Düsseldorf zurück, wurde nach einem Tobsuchtsanfall im Januar 1884 wieder nach Grafenberg gebracht und später nach Andernach und dann nach Düren übergeführt. Aus der Anstalt in Düren entwischte er im Jahre 1885 und floh nach der Schweiz. Nach Deutschland zurückgekehrt, konsultirte er mehrere Irrenärzte und wurde 1888 wieder in die Dürener Anstalt gebracht. Als Feldmann im Jahre 1884 zum zweiten Mal in die Irrenanstalt Grafenberg gebracht worden war, wurde er entmündigt und seine Frau zum Vormund bestellt. Frau Feldmann hatte seit 1883 an dem Zementwaarenfabrikanten Joseph Hemmerling von hier einen Freund gewonnen, dem sie nach und nach fast eine halbe Million Mark von dem Vermögen ihres Mannes aushändigte. Auch außerdem wurde ein Theil des Vermögens des Hermann Feldmann durch leichtsinnige Wirthschaft verschleudert, und zur Verdeckung dieses Treibens reichte Frau Feldmann dem Vormundschaftsgericht falsche Vermögensaufstellungen ein. Als im Jahre 1892 Hemmerling in Konkurs gerieth, kam diese Verschleuderung des Feldmann'schen Vermögens zu Tage. Frau Feldmann und Hemmerling standen jetzt vor der Strafkammer unter der Anklage, das Vermögen des Feldmann um den Betrag von 780 000 M. geschädigt zu haben. Das Urtheil lautete gegen Joseph Hemmerling auf 4 Jahre Gefängniß, gegen Frau Feldmann auf 2 Jahre und 3 Monate Gefängniß. Acht Monate Untersuchungshaft wurden für beide in Anrechnung gebracht. In der Beweisaufnahme hatte die Vernehmung der Sachverständigen und Irrenärzte über den geistigen Zustand des Hermann Feldmann einen großen Raum eingenommen. Es wurden vernommen Geheimrath Dr. Pelman-Bonn, Geheimrath Nasse-Bonn, Geheimrath Finkelnburg-Bonn, Geheimrath Zimmermann-Düsseldorf, Professor Rumpf-Hamburg und Professor Flechsig-Leipzig. Ihre Urtheile wichen weit von einander ab. Staatsanwalt Dr. Kretschmar sprach sich über die Entmündigung und den geistigen Zustand Hermann Feldmann's der „Kölnischen Zeitung" zufolge folgendermaßen aus: „Daß Feldmann im Januar 1884 krank war, darüber kann kein Zweifel sein, daß er nicht gemeingefährlich gewesen ist, steht aber ebenfalls fest. Die Entmündigung war das Verfehlteste für Hermann Feldmann. In jene Zeit fällt die Bekanntschaft der beiden Angeklagten, Frau Feldmann preist Hemmerling in ihren Briefen als Lebensretter, als den uneigennützigsten Menschen der Welt u. s. w. Das Leben der Frau Feldmann ist seit ihrem Bekanntwerden mit Hemmerling eine einzige Kette von Unwahrheiten. Hemmerling war von gröbstem Eigennutz geleitet, als er sich an die Angeklagte Feldmann drängte und ihr Kapital nach Kapital aus den Händen zog, um sein vollständig verkrachtes Geschäft wieder in die Höhe zu bringen. Aus allen Umständen ist zu schließen, daß aus dem Herzen der Frau Feldmann die Liebe und aus ihrem Gehirn das Gedenken an ihren Mann geschwunden und der Angeklagte Hemmerling vollständig den Platz ihres Mannes eingenommen hatte. Die Briefe der Angeklagten sind schauspielerisch, in jeder dritten Zeile kommt der Name Gottes vor. Da möchte man der Angeklagten zurufen: Lassen Sie hier wenigstens den Herrgott aus dem Spiel! Feldmann schrieb an seine Frau aus der Dürener Anstalt um Befreiung. Das hatte zur Folge, daß Hermann Feldmann 30 Tage lang in einer nackten Isolirzelle liegen mußte — zur Strafe, weil er den Wärter bestochen. Der Arzt hat hier vor den Schranken des Gerichts gesagt: „Das muß so sein." Nein, das muß nicht so sein, meine Herren, das darf nicht so sein! Das jetzige Entmündigungsverfahren ist zu beklagen, es müssen bessere Garantien bei der Entmündigung in jeder Hinsicht geboten werden, damit solche Vorkommnisse, wie sie hier in so trauriger Weise in die Erscheinung treten, sich nicht wieder ereignen können. Dann sollte auch darauf gedrungen werden, daß die Irrenanstalten mit den Strafanstalten nicht auf eine Stufe gestellt und dafür angesehen werden. Es gelang schließlich Hermann Feldmann, aus der Dürener Anstalt zu entfliehen; nach dem, was wir über diese Anstalt hier gehört haben, habe ich die Flucht nur als eine Erlösung des armen Mannes ansehen können. Mit Feldmann war darauf der Zeuge Blank beim Geheimrath Nasse in Bonn. Wir haben gehört, daß Nasse nicht unterscheiden konnte, wer von den beiden geisteskrank war, aber nichtsdestoweniger attestirte Nasse am nämlichen Tage, daß Feldmann nicht nur geisteskrank, sondern auch gemeingefährlich sei. Nasse war von den Angeklagten düpirt worden, und dann — Feldmann war ja schon einmal in der Irrenanstalt gewesen! Wenn Sie, meine Herren Richter, in derselben Weise Ihr „schuldig" aussprechen wollen, wie es hier mit dem Worte „gemeingefährlich" und „geisteskrank" geschehen ist, so müßte die Achtung vor der preußischen Justiz ganz erheblich sinken."

Diese Gerichtsverhandlung erhärtet auf das Evidenteste, wie berechtigt unsere vielfach vorgetragenen Klagen darüber sind, daß die Behandlung angeblich und wirklich Geisteskranker in Irrenhäusern Brutalitäten besonderer Art zeitigen und daß die Folgen des jetzigen Standes der Irrengesetzgebung eine Schande für einen „Rechtsstaat" und für die behördlicher Beaufsichtigung unterliegende „Gewissenhaftigkeit" vieler Irrenärzte ist. Unseres Wissens ist der vorliegende Fall der erste, in dem ein preußischer Staatsanwalt diese Schäden gebührend gegeißelt hat. Ein Wunder ist es, wenn ein geistig Gesunder, wie Feldmann, trotz der ihm widerfahrenen Behandlung nicht wirklich den Verstand verliert. Daß in unserem Kampf gegen diese Barbarei sobald aus Staatsanwaltskreisen uns Hilfe wird, hatten wir nicht erwartet.

Wegen Vernichtung und Beiseiteschaffung von Urkunden stand gestern der Staatsanwalts-Sekretär August Dohmann vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Dohmann war seit 1887 Vorsteher einer sogenannten Annahmestelle, sämmtliche einlaufende Akten und Briefe gingen durch seine Hand. Er soll seinen Kollegen gegenüber ein wenig verträgliches Wesen gezeigt haben. Mit dem Sekretär Frenzel überwarf er sich in einer Weise, daß beide sich beim Ersten Staatsanwalt beschwerten. Dieser forderte von dem ersten Sekretär der Staatsanwaltschaft einen Bericht über das Verhalten des Angeklagten ein. Der Bericht lautete für Dohmann ungünstig. Er kam ihm zu Gesicht, als er seine Personalakten, dem der Bericht beigefügt war, an den Ersten Staatsanwalt zurückschicken sollte. Wie der Angeklagte zugab, hat er die für ihn ungünstig lautende Stelle des Berichts in der ersten Erregung mit einem Blaustiftzeichen versehen, dann hat er sich bemüht, dies Zeichen wieder auszuradiren und hierbei sei ein Loch im Papier entstanden. Nun habe er die folgenschwere That begangen, den Bericht aus den Akten zu entfernen. Er mußte die Seitenzahl in den Akten ändern. Die That wurde doch entdeckt und zur Anzeige gebracht. Wieder ging das Aktenstück durch die Hände des Angeklagten und der Fluch der ersten bösen That kam zur Geltung. Er verheimlichte das Aktenstück und erklärte auf Befragen seiner vorgesetzten Behörde, daß es nicht durch seine Hände gegangen sei. Nach längeren erfolglosen Ermittelungen wurde ihm sofortige Verhaftung angedroht und nun gab der Angeklagte die Akten, die er so lange verheimlicht hatte, heraus. Im Termin erklärte der Angeklagte, der eine zwanzigjährige tadelfreie Dienstzeit hinter sich hat, daß er die That, wodurch er sich und seine Familie unglücklich gemacht habe, aufs tiefste bereue. Er müsse aber ohne jede Ueberlegung gehandelt haben, infolge einer vor Jahren erlittenen Kopfverletzung werde er bei der geringsten Erregung jeder Ueberlegung beraubt. Da die Gutachten der Sachverständigen in Betreff des Geisteszustandes des Angeklagten widersprechend lauteten, beschloß der Gerichtshof, ihn auf sechs Wochen einer Untersuchung in der Charitee zu unterwerfen.

Vermischtes.

Durch einen heftigen Orkan, so wird aus Cagliari berichtet, wurde die Ueberschwemmung des Gebietes mehrerer Gemeinden herbeigeführt und großer Schaden angerichtet. Vier Menschen sind durch den Einsturz einer Brücke getödtet worden. Zahlreiches Vieh ist umgekommen, der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen.

John Tyndall, einer der bedeutendsten Physiker der Gegenwart, ist am Sonntag Abend in seiner Vaterstadt London gestorben. Tyndall hat sich vor allem durch populär-wissenschaftliche Vorträge, die er später zu gemeinverständlichen Schriften verarbeitete, in weiteren Kreisen einen Namen gemacht. Seine phänomenalen Forschungen gingen übrigens über das Gebiet der Physik weit hinaus und erstreckten sich auf die verschiedensten wissenschaftlichen Gebiete. Der große Gelehrte ist 73 Jahre alt geworden.

Am Sonntag kenterte auf dem frischen Haff in der Nähe des Fischerdorfes Peise ein Fischerboot. Von den 6 Insassen desselben sind 5 ertrunken.

Die Brunnenkatastrophe in Schneidemühl ist immer noch nicht beseitigt. Leider ist trotz der über zwei Meter hohen Aufschüttung die Quelle nicht versiegt, sondern das Quellwasser dringt über das Terrain hin, aus dem Sandhügel hervor. Man ist heute, trotz der Aufschüttung nicht weiter, als an dem Tage, an welchem der Brunnenmacher Beyer die Arbeiten einstellen mußte.

In Gothenburg tritt die Influenza mit großer Heftigkeit auf; in der Vorwoche wurden 332 Erkrankungsfälle gemeldet.

Aus Konstantinopel wird vom 5. Dezember gemeldet, daß dort in den letzten 48 Stunden 107 Cholerafälle vorkamen, von denen 27 tödtlich verliefen sind.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Aufruf.

Derjenige Parteigenosse, der in der Versammlung des dritten Wahlkreises vom 29. April 1892 bei Brochnow (früher Orschel's Salon), Sebastianstraße 39, am Eingang Maibillets verkaufte, und mit dem ich dann später am 26. Mai (Himmelfahrtstag) am Abend auf dem Bahnhof in Hohen-Neuendorf vor seiner Abfahrt längere Zeit sprach, ersuche ich umgehend, mir seine Adresse anzugeben.

Ferner derjenige Parteigenosse, der im vorigen Jahre eine Bekanntmachung im „Vorwärts" erließ, daß er jemand, der ihm einen Bogen Bons vorzeigte, wahrscheinlich in der Absicht, Vertrauen zu erwecken, einige Listen übergeben, bisher aber eine Zurücklieferung noch nicht bewirkt hat, wird gleichfalls um Uebermittelung seiner Adresse gebeten.

Der Vertrauensmann
für den dritten Reichstags-Wahlkreis.
Fritz, Fürstenstr. 11, 4 Tr.

Briefkasten der Redaktion.

O. G. 14. Verjährt nicht.

Hebeammen. Die geforderten Sätze bewegen sich innerhalb der Taxen.

Berling. Der Arbeiter ist im Recht.

Zu den Weihnachts-Feiertagen ist mein großer Saal noch zu vergeben. 566b
Albert Keller, Bergstr. 68.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung, Brunnenstr. 185.

Christbaum-Konfekt.
Viele Neuheiten versendet, inkl. Verpack., 1 Kiste sort. Inhalt ca. 430 Stück 2,50 M., 1 Kiste sort. Inhalt ca. 270 große Stücke 3,00 M. gegen Nachnahme. Wiederverk. sehr empfohlen. **Berlin, Landwehrstr. 27**, im Laden.

Ausverkauf von Knaben-Anzügen, -Paletots, -Jaquets und Hosen 528Ob
S. Wittkowski. Oranienstr. 35.

Sofort oder später helle Fabrikräume mit Doppellicht, Fahrstuhl, für jeden Betrieb geeignet, zu vermiethen Gerichtstr. 2. Näheres beim Verwalter Breitung oder Friedrichstraße 104a, I. 562b

Puppenwagen.
Großer Weihnachts-Ausverkauf zu billigsten Preisen im Kinderwagen-Lager von **Max Brinner, Jerusalemerstr. 42 I.** am Dönhoffs-Platz (kein Laden) 524Ab* und **Brunnenstraße 6**, Hof part.

Harzer Weihnachtsbäume
an Händler abzugeben. Der Ueberschuß ist für die Glausthal-Zellerfelder Bergleute bestimmt. Näheres in F. Wilke's Restaurant „Zur Gleichheit", Andreasstraße 26. 560b

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.

Reparaturen an Uhren und Goldwaaren sofort gut u. zu den billigsten Preisen. Gut erhaltene Zylinder-Uhren von 4,50 M. an. **Oranienstr, 65**, I.
Georg Wagner, Uhrmacher.

M. W. Walter,
Zeughofstrasse 3.
Sämmtliche Sorten Vogelfutter.
Mehlwürmer à Pfund 3,50 M.
Ameiseneier à Pfund 1,30 M.
Kanarienhähne u. Weibchen.

Wer lernt mir Blousennähen? besitze Singer-Maschine. 566b
Bertha Züche, Pücklerstr. 4, 2 Tr.

Damen-Mäntel neuester Mode sollen schleunig z. Hälfte des Preises ger. werden in der Fabrik Seydelstr. 21.

Ein Genosse mit Bett sucht Schlafstelle (allein) preiswerth. Adressen unter **A. K.** Postamt 41. 563b

Arbeitsmarkt.

Tücht. Buchbinder verl. Wenzlow, Zimmerstr. 84. 558b

Mädchen zum Falzen vl. Wenzlow, Zimmerstr. 84. 559b

Tüchtige Belegerin wird verl. Kottbuser Damm 100. 560b

Perfekte Kleidermacherin empf. sich in und außer dem Hause pro Tag 2 M. Frau Förster, Ritterstr. 116, IV. 578b

Knopflochnäherin auf Herrenkragen verlangt Frau Romig, Pankstr. 14a, Hof 4 Tr. 570b

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Folgende in unserem Verlage erschienenen

Gesetzes-Ausgaben

empfehlen wir zur Anschaffung:

Kranken-Versicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892. Mit erläuternden Anmerkungen, einem Anhange, enthaltend: die Ausdehnung der Unfall- und Kranken-Versicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen und das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen und alphabetischem Sachregister. — Taschenformat. — Eleg. cart. 285 Seiten. Mk. **1,20**

Gesetz, betr. die Gewerbegerichte. Vom 29. Juli 1890. Mit erläuternden Anmerkungen, einer Uebersicht des Inhalts des Gesetzes und alphabetischem Sachreg. — Taschenf. — Eleg. cart. 96 S. Mk. **0,50**

Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich vom 21. Juni 1869 in der Fassung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887 und 1. Juni 1891 eingeführten Aenderungen. Mit erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister. Zweite, durch die Ausführungs-Bestimmungen des Bundesraths vermehrte Auflage. — Taschenformat. — Elegant cart. 306 Seiten. Mk. **1,—**

Verfassung des Deutschen Reichs nebst Wahlgesetz für den Reichstag und Wahlreglement. — Taschenf. — Eleg. cart. 64 S. Mk. **0,30**

Die Invaliditäts- u. Altersversicherung der Arbeiter nach dem Reichs-Gesetz vom 22. Juni 1889 kurz und übersichtlich dargestellt. Zum Handgebrauch für alle bei der Ausführung des Gesetzes Betheiligten. Mit ausführlichem Sachregister und den Uebergangs-Bestimmungen des Gesetzes. 68 S. Brosch. Mk. **0,25**

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland, in ausführlichen Erläuterungen zum Preußischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und einer Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsgesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften. Mit einem Anhange, enthaltend: eine Zusammenstellung des Textes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht und alphabetischem Sachregister. VIII u. 210 Seiten, 8°. Preis eleg. geheftet Mk. **2,50** in braunen Bädekerband gebunden Mk. **3,—**

Unentbehrlich für die Vorstände der politischen Vereine und Gewerkschaften in allen deutschen Bundesstaaten.

Als Leitfaden für Arbeiter auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes sind folgende Broschüren dringend zur Anschaffung zu empfehlen:

Rathschläge zur Leitung von Versammlungen. Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechts. 48 S. Mk. **0,20**

Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechts in Deutschland. Herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 96 Seiten geheftet. Mk. **0,30**

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Aufträgen von Auswärts ersuchen wir höflichst um gleichzeitige Einsendung des dafür entfallenden Betrages. (Porto extra.)

Stahlsohlen.

Patent. Neueste Erfindung. Patent.

Für jeden Arbeiter unentbehrlich sind meine patentirten **Stahlsohlen und Absätze.** In verschiedenen Ländern eingeführt, erprobt und glänzend bewährt, sind dieselben als billig und praktisch anerkannt.

Besondere Vorzüge:

1. Keine nassen Füße mehr.
2. Große Dauerhaftigkeit.
3. Billiger Preis.
4. Leichte Befestigung.

Meine Patent-Stahlsohlen und Absätze sind nicht schwerer als Ledersohlen mit Nägeln beschlagen, halten aber 5 mal so lange und kosten nur die Hälfte.

Jeder Versuch wird die Richtigkeit bezeugen.

Ferner mache ich auf die mit meiner Stahlsohlen-Fabrik verbundene **Arbeiter-Schuhfabrik** aufmerksam. Dieser Schuh ist bequem, praktisch und sehr haltbar und mit Stahlsohlen und Stahlabsätzen versehen.

Gustav Hannemann, Zwickau.

Vertreter: **L. Victor, Berlin NO., Neue Königstraße 78.**

Zu haben in allen mit Plakaten versehenen Verkaufsläden, wie Schuhgeschäften, Eisenhandlungen 2c.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste
und im Gebrauch billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract" 2c. angeboten werden. 480M*

Selteuer Gelegenheitskauf!!!

1 Posten wärmender

Hauskleider-

Stoffe in **unverwüstlicher Qualität,** solide dunkle Muster, **vollst. Robe, 3,00 Mk.** (6 Meter doppeltbreit)

Gebr. Lamm, Berlin S., Oranienstraße 64.

Fertige Kleider,

Blousen u. Morgenröcke

jeden Genres und jeder Preislage.
Auch Anfertigung nach Maaß.

M. Petschelis,

Ritterstr. 1, Ecke Louisen-Ufer.

Grosse Auswahl
in Weihnachts-Geschenken.

S. Neumann's

Central-Bazar

1. Geschäft: **Andreasstraße 62,** zwischen Andreasplatz u. Langestraße.
2. Geschäft: **Frankfurterstr. 90,** Ecke Markusstraße.

Gr. Weihnachts-Ausverkauf

von Spielwaaren und Geschenken.
Puppenbälgen, Puppenköpfen, Kurz-, Galanterie- u. Lederwaaren.
Küchen- und Wirthschaftsgegenstände in **Emaille, Porzellan u. s. w.**
Einzelverkauf, wie bekannt, zu den billigsten Engros-Preisen.
Reiche Auswahl für jeden Käufer vorhanden. 5275Z*
Billigste Einkäufe für Wiederverkäufer und Verloosungen.

Für Hausfrauen!

Alte **Wollsachen** werden durch **Albert Koehler, Mühlhausen i. Th., Weberei,** zu 64/15
Damenstoffen, Bukskins, Cheviots, Teppichen, Portièrenstoffen 2c.
anerkannt billigst u. schnellstens verarbeitet. Annahmestelle für Berlin bei **Blassmann, O. Koppenstr. 68 I.**

66. Resterhandlung. 66.

Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst- und Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.

Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Pelzwaaren

Einzelverkauf 5135L*
zu Engros-Preisen
direkt in der Fabrik von
Goebel & Reinecke,
Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe, Ecke Alexandrinen-Straße.
Bestellungen und Reparaturen billig.

Vereinszimmer m. Pianino ist zu verg. Beuthstr. 11. C. Langkutt. 5149Z*

Als anerkannt reelle und thatsächlich **billigste Einkaufsquelle** des **Süd-Ostens** für
Gold-, Silber-,
Alfénidewaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Straße 37

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1893/1894.

Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8½ bis 10½ Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Ost-Schule. Markusstr. 31.
Montag	Gesetzeskunde.	—
Dienstag	*Kaufm. Rechnen, Korrespondenz.	Deutsch (unt.).
Mittwoch	Geschichte (mittl.).	Logik.
Donnerstag	Deutsch (unt.).	Gesundheitslehre.
Freitag	Gesundheitslehre.	Geschichte (mittl.).
do.	*Buchführung.	—
Sonnabend	—	Rechnen (unt.).
Sonntag	Deutsch (ob.).	Buchführung.

Südost-Schule.
Reichenbergerstr. 133.

Montag	Deutsch (unt.)	Donnerstag	*Kaufm. Rechnen, Korrespondenz.
Dienstag	Mathematik.	do.	Geschichte (alte).
Mittwoch	*Rechnen.	Freitag	*Gesetzeskunde.
do.	Deutsch (ob.).	do.	*Buchführung (doppelte).
		Sonnabend	Volksthüml. Medizin.

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-Räume ertheilt.

Für alle drei Schulen an jedem **Sonntag** von 9—11 Uhr: **National-Oekonomie** im Arbeitsnachweis d. Packer u. Berufsg., Neue Grünstr. 10 I.

Die Theilnahme an dem Unterricht der ersten Woche im Semester steht Jedem, auch Nichtmitgliedern, unentgeltlich frei.

Für sämmtliche Lehrfächer werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen.

Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden **Zahlstellen,** deren je eine auch **in jeder Schule** errichtet ist. Beitrag 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur **Urania à 25 Pf.** (welch' letztere dann nur eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Zahlstellen sind folgende:

S.
Börner, Ritterstr. 108.
Schöning, Stallschreiberstr. 29.

SO.
Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
***Schulz,** Admiralstr. 40a.

SW.
Grube, Mariendorferstr. 10.
Windhorst, Junkerstr. 1.

O.
***Ostschule,** Markusstr. 31.
Ungering, Breslauerstr. 27.

C.
Wernau, Rosenstr. 89.

N.
Nordschule, Müllerstr. 179a.
Guadt, Swinemünderstr. 120.
***Gleinert,** Müllerstr. 174.

NO.
***Gumpel,** Barnimstr. 42.

NW.
Vogtherr, Stephanstr. 27a.

454/3* **Der Vorstand.**

Für Agitation in Stadt und Land.

Anfang nächster Woche erscheint im Verlage der „Münchener Post":

Sozialdemokratischer

Katechismus

für das arbeitende Volk.

Von **Ludwig Knorr.**

Preis 15 Pf. 64 Seiten in Taschenformat.

Inhalt:

1. Kapital und Arbeit. — 2. Von der Lage des Volkes. — 3. Was will die Sozialdemokratie. — 4. Was über die Sozialdemokratie gelogen wird. — 5. Statistisches. — 6. Die zehn Gebote des Kapitalismus. — 7. Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Für **Berlin** hat den Alleinvertrieb die **Buchhandlung des „Vorwärts"** übernommen. Wiederverkäufer erhalten sehr hohen Rabatt.

Wegen gänzlicher Aufgabe
der
Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaaren, Blousen, Jupons, Schürzen etc.
und Umgestaltung des Geschäfts in ein Specialgeschäft für
Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Möbelstoffe

Ausverkauf

des gesammten Waarenlagers zu bedeutend herabgesetzten festen Preisen.

Weberei A. Löwenthal,
C., Breitestrasse 20.

Elegante Winterpaletots. **Elegante Herren-Anzüge.**

JULIUS LINDENBAUM

gegründet im Jahre 1879. **Frankfurter-Straße 139,** zweites Haus an der Frucht-Straße.

Lager eleganter fertiger Herren-Garderobe.

Spezialität: **Anfertigung nach Maass unter Garantie des Gutsitzens. Zuschneider im Hause.**
Für streng reelle und prompte Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäfts. 5125L*
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Gardinen-Fabrik

Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und crême. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knape aus Eutsch in Sachsen
Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Neues Club-Haus

72, Kommandantenstr. 72.
5 **Säle** (Bühne) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amt I 7421. **H. Ebert.**

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 286. Mittwoch, den 6. Dezember 1893. 10. Jahrg.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht. Kammer III. Sitzung vom 30. November. Einen Akkordrest von 226 M. klagt Herr Müller ein, welcher auf einem Bau des Bau-Unternehmers Magnus beziehungsweise des Herrn Hilliges, seines Zeichens Steinhändler, die Rabitz'schen Wände aufgestellt hat. Kläger wendet sich mit der Klage gegen Hilliges; er beweist durch die Vernehmung mehrerer Zeugen, daß Herrn Hilliges vom „Grundbesitzer“ Magnus die Baugelder zedirt wurden und sein Engagement durch ersteren erfolgte; ferner, daß Magnus kein Interesse mehr nach der Zedirung am Bau hatte. Hilliges, welcher nicht erschienen war, wurde demzufolge zur Zahlung der Klagesumme verurtheilt.

Die Stuckateure Giesert, Lorenz und Wernicke klagen gegen den Bau-Unternehmer Kühne, sie verlangen 291,23 Mark an Restlohn, behauptend, Kühn habe ihnen versprochen, er würde, bekämen sie von ihrem Meister Bruchmüller nicht, was ihnen zukomme, für den Lohn sorgen. Beklagter bestreitet das; er habe nur versprochen, Br. etwas mehr zu geben, damit dieser nicht zu sehr mit den Lohnzahlungen zurückbleibe, er habe es auch gethan. Uebrigens habe Bruchmüller noch eine Forderung an ihn, resultirend aus den fraglichen Arbeiten, die er begleichen wolle, dann könne ja Bruchmüller den fehlenden Lohn an seine Leute auszahlen. Folgender Vergleich kam zu stande: „Beklagter verpflichtet sich, sofern er noch an den Unternehmer Bruchmüller Zahlungen in gleicher Höhe zu leisten hat, an die Kläger direkt zu zahlen. Er verpflichtet sich, unter Zuziehung des Herrn Bruchmüller und der Kläger die Aufmessung der Arbeiten sofort zu veranlassen. Zeuge Bruchmüller erklärt Herrn Kühne gegenüber, damit einverstanden zu sein, daß dieser à conto seiner Forderung die Löhne der Kläger direkt zahlt. Für den Fall der Nichteinigung wird zum 5. Dezember ein neuer Termin anberaumt.“ Wie sehr das letztere angebracht war, sollte dem Gerichtshof bald bewiesen werden. Kaum hatte nämlich die folgende Partei den Gerichtsraum betreten, als auch schon einer der Kläger pustend sich wieder einstellte und meldete, Herr Kühne und sein vor der Thür wartender Stiefsohn drohten, niemanden auf den Bau zu lassen.

Gewerbegericht. Sitzung vom 1. Dezember. Kammer IV. Vorsitzender: Assessor Welty.

Der Tischler Badepuhl klagt gegen den Tischlermeister Hirschmann auf Auszahlung eines Akkords, er beansprucht 8 M. Der Beklagte will ihm nur 3 M. geben; Kläger hätte, so behauptet er, für 2 M. Material „verfaut“ und 3 M. habe ein anderer Tischler dafür erhalten, daß er die Arbeit des Klägers fertig machte. Dieser sei entlassen worden, weil er miserabel gearbeitet habe. Nach Vernehmung zweier Tischler, welche noch bei Herrn Hirschmann thätig sind, wurde folgendes Urtheil gefällt: Es sei erwiesen, daß Kläger nicht das genügende Geschick gezeigt, die fraglichen Möbel brauchbar herzustellen. Unter den Umständen konnte dem Beklagten nicht zugemuthet werden, daß er, der die Spinden gut zu liefern hatte, ihn in Arbeit behielt, er mußte die Fertigstellung des Akkords einem anderen Gehilfen übergeben. Für 3 M. Arbeit habe Kläger thatsächlich nach Abzug des durch ihn verursachten Schadens nur erledigt. Eigentlich wären ihm nur 3 Mk. zuzubilligen gewesen, der Gerichtshof habe ihm aber mit Rücksicht darauf, daß er mehrere Tage bei der Arbeit zugebracht, 6 M. zugebilligt. In Betracht sei dabei auch noch gezogen worden, daß der Beklagte gewußt habe, Kläger sei erst aus der Lehre gekommen.

Dem Tischler Bär wurde eines Sonnabends früh von seinem Arbeitgeber, dem Tischlermeister Pingel, eröffnet, er müsse fortan für einen etwas geringeren Lohn arbeiten wie in letzter Zeit; um 1 M. sollte der Lohn reduzirt werden. Bär war nicht begeistert davon, er protestirte; als das nichts nutzte, ging er. Der Tag wurde ihm nicht mit bezahlt, wie er verlangt hatte, er wandte sich deshalb an das Gewerbegericht. Ihm wurden die beanspruchten 4,35 M. zugesprochen: Kläger brauchte, als ihm am Sonnabend Morgen gesagt wurde, er müsse von jetzt ab — bei Pingel fängt die Arbeitswoche am Sonnabend an — für 26 M. arbeiten, es nicht dafür thun. Weil er in der Meinung, für den letzten Lohn weiter arbeiten zu können, auf diese Weise unnütz zur Arbeitsstätte gekommen war, hätte er auch den Tag bezahlt erhalten müssen. Die Mittheilung von der Lohnherabsetzung wäre am Abend vorher angebracht gewesen.

Gewerbegericht. Kammer I. Sitzung vom 2. Dezember. Gegen die bekannte Firma Gerson u. Komp. richtet sich eine Klage der Schneiderin Fräulein Pommerenke, welche ohne Kündigung und gesetzlichen Grund entlassen zu sein behauptet. Die beklagte Firma wendet ein, die Klägerin, welche mit ihrem Einverständniß „aussetzte“, habe am 1. September ihre Stellung wieder antreten sollen, es sei ihr aber ausdrücklich aufgegeben worden, sich im Laufe des August mal vorzustellen. Dies habe die Klägerin jedoch nicht gethan. Zu ihrer Wiederbeschäftigung hätte man sich darum nicht verpflichtet gehalten. Durch die Aussagen mehrerer, noch für Gerson thätigen Zeuginnen wird nicht erwiesen, ob die jenem Einwande entgegengesetzte Behauptung der Klägerin, sie sei am 31. August „nachfragen“ gekommen, auf Wahrheit oder Unwahrheit beruht. Der Gerichtshof griff deshalb zum Beweismittel des Eides. Die Klägerin erklärte sich bereit, ihre Aussage zu beschwören. Der Gerichtshof urtheilte, leiste die Klägerin in einem neuen Termin den Eid, dann habe die Beklagte 27 M. an sie zu zahlen, leiste sie ihn nicht, sei sie abgewiesen.

Der Bügler Wachsmuth war 2½ Tage bei dem Schneidermeister Machnow beschäftigt, wofür er 10 M. verlangte, aber nur 5 M. erhielt, die er bei Aufgabe des Arbeitsverhältnisses bereits als Vorschuß „weg hatte“. Wegen der übrigen 5 M. klagte er. Im Termin behauptete der Meister, Kläger sei bei ihm in Akkord thätig gewesen und habe kaum die 5 M. verdient. Der Kläger beschwört, in Lohn gearbeitet zu haben, worauf der Beklagte verurtheilt wurde, die Klagesumme demselben zu erstatten.

Gewerbegericht. Kammer VI. Die Herren Schniesa und Buchmann, welche von der Gesellschaft „Admiralsgarten-Bad“ gegen Trinkgelder beschäftigt worden waren, verlangen je 30 M. von der Gesellschaft. Sie behaupten, daß ihnen der auf sie fallende Theil des Geldes, welches von einer Reihe von Krankenkassen als Trinkgeld für die Angestellten des Bades bestimmt gewesen sei, einbehalten wurde. Die betreffenden Kassen zahlten für römisch-irische Bäder 1,25 M. bezw. 1,20 M. Was über 1 M. gezahlt werde, gehöre den Angestellten, die es aber nicht ausgezahlt bekämen. Der Vertreter der Beklagten bestreitet, daß die Kläger wie die anderen Badewärter ꝛc. ein Anrecht auf die Differenz zwischen einer Mark und dem, was die Kassen mehr zahlen, hätten. Die Herren Schindler (Vorsitzender der Vereinigung freier eingeschriebener Hilfskassen von Berlin und Umgegend), Springer (Sekretär der Kasse der Feuerwehr) und Hildebrandt von der Ortskasse für das Gastwirthsgewerbe sagten aus, daß sie immer der Meinung gewesen seien, von dem von ihren Kassen für römisch-irische Bäder gezahlten Preise (1,25 bezw. 1,20 M.) erhielten die Badewärter 25 bezw. 20 Pfennig als Trinkgeld. Herr Schwarze, ehemals Inspektor im Admiralsgarten-Bade, bezeugt, die Verwaltung desselben habe sich seiner Zeit gegenüber der Bedingung der Kassen, für das Bad 1 M. und 25 Pfennig direkt als Trinkgeld zahlen zu wollen, ablehnend verhalten. Sie hätte frei über die Gesammtsumme verfügen wollen. Thatsächlich sei ja das Mehr über eine Mark den Badedienern zu gute gekommen; es sei eine Vergnügungs- und Unterstützungskasse gestiftet worden, in welche das Geld kam. Das Urtheil lautete auf Zahlung von je 30 M. an die Kläger. Das Gericht war einstimmig der Ansicht, daß die Bezahlung des Bades mit 1,35 M. die Trinkgelder in sich schloß und zwar so, daß der Betrag, der über 1 M. gegeben wurde, als Trinkgeld aufzufassen war. Das Trinkgeld gehörte aber nach der im Bade usuellen Bezahlung als Lohn den Bediensteten, u. a. den Klägern. Die Forderung von 30 M. sei mit bezug auf die Dauer des in Frage stehenden Arbeitsverhältnisses als nicht übertrieben betrachtet worden.

Siehe, wie fein und lieblich ist es ꝛc. Ein charakteristischer Beleidigungsprozeß wurde dieser Tage in der Oberpfalz verhandelt. Der Stadtpfarrer Mühlbauer von Hemau, der Kooperator (Hilfspfarrer) Hinderer von dort und drei Krankenhausschwestern waren vom dortigen Krankenhausarzt Dr. Hundertpfund wegen fortgesetzter schwerer Beleidigungen, Hetzereien, Chikanen aller Art, lügenhafter Eingaben ꝛc. verklagt und wurde ersterer zu 100, der Kooperator als Hauptheizer zu 300, die Schwestern zu je 20 M. Strafe und Tragung von 11/12 der Kosten verurtheilt, der Arzt, dem auch die Geduld gerissen und ein „Lausbube“ (für den Kooperator) dem Gehege seiner Zähne entflogen war, muß den „geistlichen Lausbuben, den er einmal bei den Ohren nehmen wolle“, mit 20 M. und 1/12 der Kosten büßen. Der von den Geistlichen versuchte Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen war vollständig mißlungen. Das Urtheil stellt unter anderem fest, daß die Angriffe ꝛc. gegen Dr. Hundertpfund systematisch und wider besseres Wissen erfolgt, daß sie seine berufliche Ehre zu vernichten, seine Existenz zu gefährden beabsichtigten, daß die Eingabe der Schwestern das perfideste Schriftstück und vom Kooperator verfaßt gewesen sei, der blos der Schreiber gewesen sein will und die Verantwortlichkeit hierfür in wenig ritterlicher Weise von sich abzuwälzen und auf die Schultern der Schwester zu überbürden suchte, die blos den Namen hergegeben. Mit der Aeußerung des Arztes: „Von der Kanzel schimpfen kann ich auch“, sei blos die Thatsache ausgesprochen, „daß die Verkündigung des Wortes Gottes auf der Kanzel, namentlich auf dem Lande, häufig in Schimpfen über die sündige Menschheit bestehe.“ Bezüglich der Schwestern erkennt das Urtheil an, daß sie lediglich vom Kooperator verführt worden seien und bei Dr. Hundertpfund wurde die gereizte Stimmung, in die er durch die fortgesetzte Ignorirung seiner Persönlichkeit durch den an Jahren bedeutend jüngeren Kooperator Hinderer versetzt worden, als strafmildernd erkannt. — Die ganze Verhandlung bot ein Bild der Zustände, wie sie zuweilen, besonders auf dem Lande, vorkommen, wenn Herrschsucht, Haß und Verfolgungssucht sich ungebührlich breit machen.

Eine charakteristische Polizeigeschichte gelangte am Sonnabend vor dem Schöffengericht zur Sprache. Ein Tischlermeister aus Weißensee, namens G., kam am 21. August d. J. mit seiner Frau nach Berlin und machte hier bei Bekannten, die in der Neuen Königstraße wohnen, eine Geburtstagsfeier mit. Abends gegen 11 Uhr trat das Ehepaar den Nachhauseweg an. Während G. eine Bedürfnißanstalt aufsuchte, ging die Frau weiter nach der an der Ecke der Greifswalderstraße gelegenen Pferdebahn-Haltestelle. Hier wurde sie von einem Postunterbeamten in zudringlicher Weise angesprochen. Während sie den Menschen abwies, kam ihr Gatte hinzu. Dieser stellte den Beamten zur Rede, der letztere antwortete herausfordernd und es kam zu einem von Thätlichkeiten begleiteten Wortwechsel, der einen Auflauf verursachte und bald auch einen Nachtwachtmann herbeiführte. Das Ehepaar und der Postbeamte mußten dem Wächter nach dem nächsten Polizeibureau folgen. Der Postbeamte, der allein Schuldige an dem ganzen Vorgange, legitimirte sich hier und konnte, da er in Berlin ansässig war, wieder seiner Wege gehen. Das Ehepaar dagegen, da es aus Weißensee war und keine Legitimationspapiere bei sich führte — zu Geburtstagsfeiern pflegt man sich nicht mit dergleichen auszurüsten — mußte nach dem Polizeigefängniß. „Aha, aus Weißensee! Der grüne Wagen kommt gleich!“ hieß es. Der Mann wurde in eine Zelle gesperrt und die Frau in eine andere, in der sich mehrere Prostituirte befanden. Erst am nächsten Morgen wurde das Ehepaar in Freiheit gesetzt. Dem Tischlermeister ging in der nächsten Zeit wegen Verübung groben Unfugs ein Strafmandat über 2 M. und dem Postbeamten ein solches über 5 M. zu. Beide erhoben hiergegen Widerspruch und am Sonnabend kam die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Das Ehepaar wurde hier nicht müde, seine traurigen Erlebnisse im Polizeigefängnisse zu schildern. Solch' ein Schluß einer Geburtstagsfeier war ihm noch nicht vorgekommen. Nachdem die Beweisaufnahme den vorstehenden Sachverhalt ergeben hatte, beantragte der Vertreter der Amtsanwaltschaft, den Tischlermeister freizusprechen, den Postbeamten dagegen zu einer Geldstrafe von 10 M. zu verurtheilen, indem er ausführte: der Tischlermeister habe sich bei dem Vorgange sehr ruhig und gemäßigt gezeigt. Wenn ihm, dem Amtsanwalt, derartiges widerfahren wäre, hätte er sich gegen den Zudringlichen noch viel entschiedener benommen. Das Gericht erkannte hierauf dem Antrage des Amtsanwalts gemäß.

Soziale Uebersicht.

An die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Drechsler und verwandten Gewerbe! Da es in der letzten Versammlung obiger Kasse, die am 3. Dezember stattfand, nicht möglich war, für sämmtliche Branchen die Kandidatenliste zur Delegirtenwahl vollständig aufzustellen, so werden die Mitglieder, die gewillt sind, eine Kandidatur anzunehmen, aufgefordert, sich für die im Kassenlokal, Kleine Stralauerstr. 12/13, ausliegende Liste mündlich oder per Postkarte bis zum 12. Dezember zu melden. Es fehlen Kandidaten der Holz-, Horn-, Elfenbein-, Knochen-, Knopf- und Hartgummi-Branche. Bei Meldungen ist die Nummer des Kassenbuches anzugeben. Wählbar sind männliche und weibliche Mitglieder. J. A.: Georg Liebenow.

Die zunehmende Erwerbsthätigkeit der Frauen hat zur Folge, daß auch die Zahl der anormalen Geburten in erschreckender Weise sich häufen. Im neuesten Band des statistischen Jahrbuchs für das Großherzogthum Baden werden hierüber folgende interessante Mittheilungen gemacht. Danach betrug die Zahl der Geburten im Großherzogthum Baden:

von 1882—86 im Jahresdurchschnitt 54 423
„ 1887—91 „ „ 54 465

Sie blieb also so gut wie unverändert. Im Gegensatz zu diesem Konstantbleiben der Gesammtzahl der Geburten stieg die jährliche Durchschnittszahl der vorzeitigen Geburten von 1089 in den Jahren 1882—86 auf 1244 in den Jahren 1887—91: Sie nahm also um ganze 20 pCt. zu:

Noch mehr aber als die Zahl der vorzeitigen Geburten stieg die Zahl der Geburten, denen eine Operation vorangehen mußte. Von 1882—86 betrug sie im Jahresdurchschnitt 1118, von 1887 bis 91 dagegen 1385, d. h. sie stieg um fast 25 pCt.

Diese Zahlen sprechen eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen aber trotzdem sperrt sich das Unternehmerthum gegen jede auch so geringfügige Maßregel zum Schutze der Arbeiterinnen. Und der Staat, der als Militärstaat schon allein ein lebhaftes Interesse daran haben müßte, gesunde Bürger und sei es auch nur als „Vaterlandsvertheidiger“ zu haben.

Wie ohnmächtig übrigens dieser selbe Staat, der mit rigorosester Strenge jede vermeintliche Gesetzesübertretung der Arbeiter ahndet, gegenüber der Unternehmerklasse ist, wie sehr er sich nur als „Kommis der herrschenden Klasse“ fühlt, geht daraus hervor, wie wenig die Arbeiterschutzgesetze von jener Seite beachtet werden. So berichtet der als weißer Rabe bekannte badische Fabrikinspektor:

„Die Vorschrift des § 137 Abs. 4 der Gewerbeordnung, daß über 16 Jahre alte Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen sind, wenn diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt, hat keinerlei Wirkung ausgeübt. Wo eine solche Begünstigung seither schon üblich war, ist sie bestehen geblieben. Es sind dies Fabriken, in denen durch die frühere Beendigung der Arbeit durch die Arbeiterinnen keine Störung entsteht, oder Gegenden, in denen die weibliche Arbeit sehr gesucht ist, in denen man daher auf die Arbeiterinnen Rücksicht nehmen muß. Wo dies nicht der Fall ist, und wo die frühere Entlassung stört, dürfen die Arbeiterinnen gar nicht wagen, den genannten Antrag zu stellen. Es besteht darüber bei denselben auch gar kein Zweifel. Wie wenig die Regelung dieser Verhältnisse von der obigen gesetzlichen Vorschrift beeinflußt wird, geht schon daraus hervor, daß in einigen Fabriken den Arbeiterinnen der einen Betriebsabtheilung gekündigt wird, wenn sie den Antrag stellen, eine halbe Stunde vor der Mittagspause entlassen zu werden, während in den anderen Betriebsabtheilungen einem solchen Antrage stattgegeben wird.“

So sieht die vielgerühmte Gleichheit vor den Gesetzen aus.

Eine herrliche Illustration unserer gegenwärtigen Zustände bildet eine dieser Tage vor dem Wiener Bezirksgericht verhandelte Angelegenheit. Ein kaum den Kinderschuhen entwachsener Knabe hatte laut polizeilicher Meldung von der offenen Auslage eines Gebäckhändlers drei Semmeln gestohlen.

Die Verhandlung nimmt folgenden Verlauf:

Richter: Du heißt Rudolf Groiß, wie alt bist du? — Angekl.: G'rad fünfzehn Jahre.

Richter: Wo bist du geboren? — Angekl.: Im Findelhaus.

Richter: Wer war deine Mutter? — Angekl.: Das weiß ich nicht.

Richter: Hast du Verwandte? — Angekl.: Das weiß ich auch nicht, ich kenne niemanden und niemand auf der Welt sieht sich um mich um.

Richter: Wo wohnst du? — Angekl.: Nirgends.

Richter: Du mußt ja doch irgendwo schlafen? — Angeklagter: Einmal bin ich als unterstandslos aufgegriffen worden und da hab ich fünf oder sechs Wochen im Polizeihaus gewohnt.

Richter: Und wo schläfst du sonst? — Angekl.: Wo grad' ein Bau ist, da schau ich auch, daß ich etwas arbeiten kann.

Richter: Du mußt ja einen Vormund haben? — Angekl.: Vormund? Ich hab noch nie einen gesehen!

Richter: Du hast dich an fremdem Gute vergriffen . . . drei Semmeln hast du genommen? — Angekl.: So lang gebaut worden ist, hab ich immer was verdient . . . da ist der Bau eingestellt worden, ich hab' keinen Kreuzer mehr gehabt . . . zwei Tag' lang hab ich den Hunger ausgehalten . . . da hab ich die Semmeln gesehen . . . und ich war hungrig . . . so hungrig . . . (weint).

Der Richter sprach den Angeklagten frei, da er aus peinigendem Hunger gestohlen habe, ein Zustand, der die Geisteskräfte zu trüben geeignet ist. Da der Freigesprochene unterstands- und subsistenzlos ist, mußte er wieder der Polizei zurückgestellt werden; doch wurde er vor seinem Abführen vom staatsanwaltschaftlichen Funktionär beschenkt.

Was wird der Aermste, der „Niemanden kennt“, nun wohl beginnen, wenn die wenigen Groschen, die ihm geschenkt wurden, verzehrt sind? Betteln ist verboten, das Stehlen nicht minder, Arbeit findet er nicht, wie soll er seinen Hunger stillen? Jetzt war er noch ein Kind, die Gerichte nahmen Rücksicht auf seine Jugend und seinen Hunger. Ein nächstes Mal, denn er wird sicher wieder vor Gericht erscheinen müssen, wird er wohl so glimpflich nicht weg kommen, er wird härter bestraft. Und so lernt er das Scham- und Ehrgefühl unterdrücken und auf die Bahn des Lasters gedrängt, wird er schließlich zum „Gewohnheitsverbrecher“ und rächt sich an der Gesellschaft, die des Rechts der Existenz ihn beraubte.

Die Ein- und Ausfuhr des Deutschen Reiches im Jahre 1893 hat nach dem Oktober-Ausweis des Kaiserlichen Statistischen Amtes über den auswärtigen Handel im Oktober sowohl, als auch in den abgelaufenen zehn Monaten dieses Jahres zugenommen. Es betrug in hkg (= 100 kg) im Jahre 1893:

die Einfuhr
im Oktober: 28 187 071, Januar/Oktober: 247 576 281,
gegen das Vorjahr mehr
im Oktober: 481 023, Januar/Oktober: 2 781 065;
die Ausfuhr
im Oktober: 20 615 641, Januar/Oktober: 173 233 580,
gegen das Vorjahr mehr
im Oktober: 2 385 205, Januar/Oktober: 11 236 139.

Praktisches Christenthum übt die „Verwaltung einer Fabrik“ in Grüneberg. Sie leistet nämlich einen regelmäßigen namhaften Zuschuß zur Anschaffung und Verbreitung christlicher Schriften an den Kreisverein für innere Mission. Wer nun hieraus den Schluß ziehen wollte, daß die Arbeiter der Firma demgemäß eine recht christliche Behandlung erfahren, vor Lohnkürzungen bewahrt bleiben u. s. w., der irrt sich. So erhielten bis vor Kurzem die Nachtweber 8 Pf. Zuschlag. Jetzt, nach dem Brand Vereinsfabrik ist nun der Firma auch die Nachtarbeit der Frauen gestattet worden. Sofort wird die herrschende Arbeitsnoth ausgenützt und der Zuschlag von 8 auf 3 Pf. herabgesetzt. Echt christlich! Nicht wahr? Da fällt schon etwas ab für die innere Mission. Auch sonst soll es in diesen Fabriken sehr christlich zugehen. Die Meister reden ihre Untergebenen, besonders die weiblichen, in der Regel per Du an. Die Strafen für Fehler in der Arbeit, Zuspätkommen ꝛc. werden auch unerbittlich eingezogen. Das ist — praktisches Christenthum, wir würden es infame Heuchelei nennen.

Heilig ist der Profit. Um Dividende zu schlucken, läßt der Kapitalist arbeiten, Profite herauszuschlagen, ist das Leitmotiv seiner Spekulation. Die Gewinnsucht läßt ihn dabei alle Rücksicht seinen Mitmenschen gegenüber hintansetzen. Diese rohe, herzlose Gier nach Gewinn äußert sich sehr häufig auch an Bauten, die oft in der leichtfertigsten Weise mit dem schlechtesten Material aufgeführt werden, sodaß Einstürze nicht selten. Ein solcher Unglücksfall — es handelte sich um einen Neubau — ereignete sich dieser Tage in Düsseldorf, wobei 3 Arbeiter

ihr Leben einbüßten und 8 andere verletzt wurden. Der herzueilenden Feuerwehr gelang es zwar, 3 davon schwer verwundet, doch noch am Leben, hervorzuziehen, von denen einer später noch im Krankenhause verschied. — Was kümmert das den Unternehmer, sind ja doch Leute genug vorhanden, welche die entstandenen Lücken auszufüllen bereit sind, selbst auf die Gefahr hin, jeden Augenblick von dem gleichen Schicksal ereilt zu werden.

Ueber vierzig Zwicker der Schuhfabrik von Ochsenhirt und Behrens in Offenbach haben gestern die Arbeit eingestellt, nachdem die Firma bei ihrer Weigerung, die an sie gestellten Forderungen zu bewilligen, beharrte.

Auch eine Beleidigung. Die Bezeichnung als „Sozialdemokrat" ist eine Beleidigung, so hat das Schöffengericht zu Ratibor erkannt und, wie die „Kreuz-Ztg." berichtet, den Arbeiter B., der den Gastwirth G. einen Sozialdemokraten genannt hatte, zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

Der Geschichtsunterricht in deutschen Volksschulen ist, noch mehr wie alle anderen Unterrichtsgegenstände, darauf zugeschnitten, in dem Kinde den Autoritätsglauben, den Glauben an die Unfehlbarkeit der Fürsten, die ihm alle als die reinsten Tugendbolde vorgeführt werden, zu befestigen. Alles, was deutsch ist, wird als vortrefflich, was außerhalb der Grenzpfähle, als bestenfalls minderwerthig hingestellt. In neuester Zeit kommt hinzu, daß auch die Sozialdemokratie durch die Schule bekämpft werden soll. So hat ein Herr C. A. Krüger, Königsberg, ein Buch erscheinen lassen, welches sich betitelt: „Geschichtsbilder für Schulen", und welches zum „geistigen Kampfe" in der Schule Verwendung finden soll.

Von den vielen Kapiteln greifen wir eins heraus und zwar auf Seite 103, Nr. 88, betitelt: „Wie Kaiser Wilhelm I. für das Wohl der Arbeiter sorgte" Der erste Abschnitt dieses Kapitels handelt von den Gründerjahren, der folgende, für uns in betracht kommende Abschnitt handelt von den „Volksverführerischen Lehren". Wir lassen denselben hier folgen:

„Besonders aber mehrte sich die Zahl derjenigen, welche von Religion, Königthum und Vaterlandsliebe nichts wissen mochten. Diese lehrten: Wir müssen darnach trachten, daß der „vierte Stand", die unteren Volksklassen, zur Herrschaft kommt; alle Fürsten sind zu stürzen. „Krieg den Palästen" lautete das Feldgeschrei, das gegen die besitzenden Klassen gerichtet war. Unter der Herrschaft der Volksmehrheit sollte alles Grundeigenthum, das Fabrikwesen und alles, was Gewinn bringt, dem Staate, d. h. der Gesammtheit der Bewohner, gehören und Jedermann gleichen Antheil an den erzeugten Gütern und Werthen empfangen. Daß solche Lehren vielen Leuten gar lieblich klangen, und noch heute wohlgefallen, kann man sich denken; aber leider begreifen auch unzählige nicht, daß solche scheinbar paradiesischen Zustände niemals eintreten können. Wenn aber wirklich eine derartige Gütertheilung stattfände, so würde der einzelne Mensch in seinem freien Willen und der Entwicklung der Kräfte gehemmt werden. Keiner dürfe für seine Person mehr erwerben, als ein anderer. Dem Verschwender würde ebenso viel zugetheilt werden, als dem Sparer. Der Träge bekäme denselben Lohn wie der Fleißige, und auf diese Weise müßte alles freudige Streben und Schaffen aufhören. „Ja die Menschen wären übler daran als heute die Zuchthäusler."

An unseren Proletarier-Vätern liegt es, bei dem heranwachsenden Geschlecht dafür zu sorgen, daß solche „Geschichtszerr—bilder" nicht von den Kindern für baare Münze hingenommen werden. Das ist unerläßliche Pflicht und Schuldigkeit.

Zwischen Arbeiter und Arbeitgeber drängen sich noch eine große Anzahl Parasiten, welche von dem Mark der Arbeiter leben. Unter der Firma Vermittlungsbureau, Agentur, Kommissionsgeschäft u. s. w. treiben jene edlen Seelen ihr lichtscheues Wesen. Jeder dieser Stellenvampyre hat ein anderes System, eine andere Methode, seine Opfer ins Garn zu locken. Die Behörden stehen diesem Treiben in der Regel machtlos gegenüber. Diese Elemente verstehen es ausgezeichnet, ohne sich in die Maschen des Gesetzes zu verwickeln, fortwährend das Zuchthaus mit dem Aermel zu streifen. Außer den Dienstboten, Kellnern, Köchen, Schlächtern u. s. w., unter welchen diese Spezies von „Geschäftsleuten" ihre reichste Ausbeute findet, werden auch Arbeiter der Landwirthschaft (gewöhnlich per Stück durch Inserate angepriesen) und der Industrie von denselben heimgesucht. Die Letzteren haben es allerdings schon mehr verstanden, den Arbeitsnachweis an sich zu reißen. — Zur Ehre der betreffenden Herren muß es aber gesagt werden, daß es auch ganz reelle Leute unter ihnen giebt, welche mit wünschenswerthester Deutlichkeit mit den „Kunden" vorher vereinbaren, wie viel sie an dem in Aussicht stehenden „Geschäft" in ihrer Bescheidenheit nur zu „verdienen" wünschen, wie folgender im Original uns vorliegender „Revers" beweist.

Hierdurch verpflichte ich mich, an Herrn H. Adami zu Stettin eine Provision von 3/5 (Drei Fünftel) meines ersten Monatsgehalts resp. Einkommens und zwar beim Engagements-Abschluß und in Stettin zu zahlen, wenn ich durch dessen Angabe oder Vermittelung eine Stelle erhalte.

(Hierbei wird bestimmt, daß freie Station mit 40 M., — freie Wohnung mit 15 M. und freie Feuerung mit 10 M. monatlich zu berechnen sind und zwar gleichviel ob der erste Monat in den Winter oder Sommer ꝛc. fällt.)

Sollte ich ich mit meinem Willen eine Probezeit eingehen, welche ich mich hiermit verpflichte, nicht über 4 Wochen auszudehnen, so zahle ich beim Antritt dieser Probezeit spätestens den vierten Theil dieser Provision an Herrn Adami und zwar als Entschädigung „im Fall ich die Probezeit nicht bestehen sollte."

Sollte ich dem Vorstehenden nicht pünktlich nachkommen und Herr Adami deswegen Klage gegen mich erheben, so willige ich hiermit darin, daß wegen dieser Provisionsforderung mein künftiges Einkommen, auch wenn es weniger als 1500 Mark jährlich betragen sollte, seinem ganzen Betrage nach einer Pfändung unterworfen sein soll.

Außerdem soll aber auch mein derzeitiger Prinzipal oder seinerzeitiger Prinzipal hiermit beauftragt und unwiderruflich bevollmächtigt sein, mir diese vorstehende Provision von meinem Gehalt ꝛc. jederzeit in Abzug zu bringen und Herrn Adami auszuzahlen.

Zur Verschwiegenheit über die mir von Herrn Adami nachgewiesenen Stellungen verpflichte ich mich bei einer an Herrn Adami zu zahlenden Konventionalstrafe von 50 M.

. . . . . den . . ten 189

(Name.)

— — — — — — — — — — — — — —

Anmerkung: Um mich in Zukunft gegen die so vielfach erlittenen Verluste zu schützen, bin ich zu obiger Abfassung des Reverses gezwungen worden, und haben Minderjährige denselben außer ihrer Unterschrift, auch noch von ihrem Vater oder Vormund genehmigend unterschreiben zu lassen, widrigenfalls ihr Gesuch als nicht annehmbar zurückgelegt wird.

H. Adami.

Man muß gestehen, die Bescheidenheit des Herrn Adami kennt fast keine Grenzen; mit drei Fünftel des ersten Monatsgehaltes will er sich zufrieden geben und das jährliche Einkommen des Arbeiters will er mit Beschlag belegt wissen, selbst wenn es weniger als lumpige 1500 M. betragen sollte. Doch Scherz bei Seite. Die Arbeiter mögen daraus von neuem ersehen, wie viel Nothwendiges sie in ihren Gewerkschafts-Organisationen noch zu thun haben, um es dahin zu bringen, daß der Besitzer der Arbeitskraft auch der alleinige Verkäufer derselben werde, anstatt daß Dritte darüber zu verfügen sich anmaßen dürfen.

Das Frauenstimmrecht hat in Amerika einen neuen Sieg zu verzeichnen. Bei den Novemberwahlen in den Vereinigten Staaten haben in Colorado die Vertreter des Frauen-Stimmrechts einen durchschlagenden Sieg erfochten. Dort werden in Zukunft die Frauen nicht blos bei Schul- und Gemeindewahlen, wie in einigen anderen Staaten, sondern bei allen Wahlen das Stimmrecht ausüben, in ganz demselben Umfange, wie die Männer. Bei uns im Lande der „Gottesfurcht und frommen Sitte" dürfen die Frauen wohl im Dienste des Kapitals frohnden, auch durch indirekte Steuern zur Erhaltung des Staates mit beitragen, auf das Recht, auf ihre Geschicke mit bestimmend einwirken zu können, werden sie wohl noch lange zu warten haben.

Ueber die im europäischen Rußland im Jahre 1893 erzielte Ernte im Vergleich zu der vorjährigen und dem Durchschnitt der Jahre 1883—87 macht das russische Ackerbau-Departement folgende Angaben:

	Geerntet		Tschetwerth (à 209,90 Liter)
	1893	1892	1883—87 durchschnittlich
Roggen	131 074 000	108 887 300	118 990 000
Winterweizen . . .	14 666 500	15 285 400	12 625 240
Sommerweizen . .	43 593 550	29 378 700	29 865 650
Hafer	117 184 500	80 469 100	95 265 000
Gerste	40 144 000	31 489 000	26 176 200

Gegen die Vorjahre also eine glänzende Ernte und — da wir „im Zeichen des Verkehrs" stehen, über gute Eisenbahn- und Schiffsverbindungen verfügen, so würden wir, wenn es die „Ordnung", in der wir leben, gestattete, schließlich einmal recht billiges Brot haben können. Anstatt dessen werden sich die Brot- und Mehlpreise auf der alten Höhe erhalten, um damit den „nothleidenden Landwirthen" die Taschen zu füllen, die russische Landwirthschaft aber wird, da der Export über die Westgrenze fehlt, in ihrem Ueberfluß förmlich ersticken. — So will es die heilige Ordnung.

In Glasgow (Schottland) drohen 17 000 Bergleute die Arbeit niederzulegen, weil die Grubenbesitzer sich weigern, eine Lohnerhöhung zu bewilligen.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis hielt am 4. d. Mts. im „Königshof" eine Mitgliederversammlung ab. Dieselbe war so zahlreich besucht, daß das Lokal polizeilich gesperrt wurde. Reichstags-Abgeordneter August Bebel hielt einen Vortrag über den Erlaß des Ministers von Eulenburg und die Sozialdemokratie. Bebel erinnerte daran, daß dieser Minister im Jahre 1878 namens der Regierung die Vertretung des Sozialistengesetzes dem Reichstage gegenüber übernahm und dem Reichstage versprach, das Gesetz in „loyalster Weise" zu handhaben. Wie Graf Eulenburg diese „loyale Handhabung" auffaßte, hat der kleine Belagerungszustand u. s. w. bewiesen. Der in Rede stehende Erlaß sei von vielfachem Interesse. Das Sozialistengesetz sei gefallen, zerrissen durch die Sozialdemokratie, durch das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei zur stärksten Partei Deutschlands und die Enthüllungen und Entlarvungen der Lockspitzel in den Jahren 1888, 1889 und 1890 durch die sozialdemokratische Fraktion. Der in Rede stehende Erlaß spreche in einem ganz anderem Tone, als man es vom Grafen Eulenburg gewöhnt war. Redner nahm an, daß die Jahre, in denen Graf Eulenburg nicht Minister war, an ihm nicht spurlos vorüber gegangen seien, daß auch er etwas gelernt habe. Der Erlaß sei zu einer Zeit erlassen, als das Resultat der letzten Reichstagswahlen noch nicht in seiner Gesammtheit statistisch bekannt war. Der Regierung mußte dieses Resultat sehr unangenehm sein, was sehr für die Bedeutung der Wahlen spreche. In letzter Zeit sei vielfach die Frage aufgeworfen, ob man die unangenehmen Veröffentlichungen geheimer Aktenstücke nicht verhindern könne. Redner war der Meinung, daß dies unmöglich sei, da die Sozialdemokratie überall zu finden sei, Wolle man die Veröffentlichung in der deutschen Presse mit Strafe bedrohen, so stehe die ausländische Presse zu Gebote, aus welcher man dann abdrucken könne. Der beste Schutz sei, überhaupt nicht derartige geheime Erlasse zu erlassen. Redner ging nun näher auf die Einzelheiten des Erlasses ein und kam hierbei auch auf den letzten englischen Bergarbeiterstreik zu sprechen. Zwischen England und Deutschland besteht ein gewaltiger Unterschied. Während die englischen Bergarbeiter bestens organisirt waren und gefüllte Kassen hatten, ferner eine Gesetzgebung, die den Arbeitern große Freiheit biete, während die englische Bourgeoispresse auf Seiten der Arbeiter stand und bedeutende Sammlungen veranstaltete, sie moralisch und finanziell unterstützte, waren die deutschen Verhältnisse beim großen Bergarbeiterstreik in Rheinland-Westfalen im Jahre 1889 gerade entgegengesetzte. Die Folgen sind bekannt, Gewerbe-Ordnung mit den Trutzparagraphen, Bestrafung des Kontraktbruches, Verschärfung des § 153 ꝛc. Von den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter seien sehr wenige erfüllt worden trotz Kaiserdeputation und trotz kaiserlichen Erlasses, welcher die staatlichen Bergwerke zu Musteranstalten herausgebildet wünschte. Nicht anders war es bei dem Streik im Saarrevier. Mit der Rücksichtslosigkeit eines Privatunternehmers seien die Bergbehörden gegen die Arbeiter vorgegangen. Redner erachtete die Furcht des Herrn Ministers vor der Agitation unter den Frauen und Kindern für einen deutlichen Wink für diejenigen, welche der Arbeiterinnenbewegung theilnahmslos gegenüberstehen. Neues biete der Erlaß nicht, nur das alte Bestreben, die Sozialdemokratie einzudämmen, in abgeschwächter, gemilderter Form. Die Staatsretter seien ganz gewaltig auf dem Holzwege, wenn sie glauben, noch lange zuversichtlich auf die von ihnen beeinflußten Kreise rechnen zu können. Wenn man zu alledem noch mit Steuerprojekten komme, wie sie jetzt vorliegen, so müsse die Sozialdemokratie immer mehr wachsen und wir hätten alle Ursache, auszurufen: Es leben unsere Freunde, die — Feinde! (Lebhafter Beifall.) Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht. Bekannt gegeben wurde, daß Richard Schultz sein Amt als Beisitzer im Vorstande niedergelegt habe. Zu Ehren des verstorbenen alten Tölcke erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen.

Für den 4. Kommunal-Wahlbezirk fand am 4. Dezember eine gut besuchte öffentliche Kommunalwähler-Versammlung in Marten's Salon statt. Genosse August Täterow, der Kandidat des Bezirks, hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, in welchem er, bezugnehmend auf die nothwendig gewordene Ergänzungswahl, allen Anwesenden zur Pflicht machte, am Tage der Wahl gewissenhaft ihre Schuldigkeit zu thun, die Säumigen heranzuholen und keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, nachdrücklich für die Wahl zu agitiren. Redner geißelte unter Zustimmung der Versammlung das Kliquenwesen im Rothen Hause und behandelte eingehend die Verwerflichkeit der indirekten Steuern, hauptsächlich die ungerechteste aller, die Miethssteuer. Die Vertreter des Bürgerthums haben weder Verständniß für die Lage der arbeitenden Masse, noch sind sie je gewillt, für wirkliche Besserung derselben auch nur das Geringste zu thun. (Lebhaftes Bravo). Trotz mehrfacher Aufforderung meldeten sich Gegner nicht zum Worte. Genosse Petersohn wendete sich ebenfalls an die kleinen Gewerbetreibenden, zeigte ihnen das Aussichtslose ihrer Lage und wies darauf hin, wie auf grund unserer ökonomischen Entwickelung der Mittelstand, die kleinen Geschäftsleute, immer mehr ins Proletariat gedrängt werden. Deshalb haben auch sie alle Veranlassung, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Der Vorsitzende, Genosse Krubat, veranlaßte die Anwesenden nochmals zur thatkräftigen Agitation, damit am Tage der Wahl unser Kandidat, Genosse August Täterow, als Sieger aus der Wahlurne hervorgeht.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Filiale 3) hielt am Sonntag, den 26. November eine Vereinsversammlung ab. Genosse Mähr referirte unter allgemeiner Zufriedenheit der Versammlung über das Thema: „Die preußische Verfassung". Nach einer längeren Debatte über die Versammlungsberichte im „Vorwärts" wird bekannt gegeben, daß die Versammlungen vorläufig für den SW. Solmstr. 44 bei Fränkel und für den W. Bülowstraße 59 bei Werner abwechselnd alle 14 Tage stattfinden. Am 7. Januar findet in der Urania eine Vorstellung statt, zu der Billets bei den Vorständen zu haben sind.

Der Fachverein der Firmenschilder-Branche hielt am 27. November eine Generalversammlung ab. Der Kassenbericht ergab einen Bestand von 69,51 M. Dem Kassirer wurde Entlastung ertheilt. Sodann wählte die Versammlung den Kollegen Neumann als Beisitzer und Mersiowski als Ausschußmitglied. Unter Verschiedenem wurden besonders die Mißstände bei der Firma A. Leonhardt u. Ko. von einigen Kollegen beleuchtet. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 29. Januar 1894 bei Wienecke statt.

Eine öffentliche Versammlung der Krankenkassen-Vorstände beschäftigte sich am 30. November in Deigmüller's Saal mit dem Charitee-Boykott und der Ueberfüllung der Krankenhäuser. Dr. Zadek referirte über den derzeitigen Stand der Bewegung und gab zum Schluß bekannt, daß am 8. Dezember in den Germania-Sälen, Chausseestraße, eine große Volksversammlung sich mit dem Boykott der Charitee beschäftigen wird. Da in der Debatte verschiedene Vertreter von Betriebskassen erklärten, über die Ursachen des Boykotts der Charitee noch nicht unterrichtet zu sein und deshalb noch keine Stellung zu demselben genommen haben, empfahl König, die Berichte über die bisherigen Versammlungen diesen Kassenvorständen nachträglich zuzusenden. Beschlossen wurde, alle Kassen, welche sich bisher dem Boykott nicht angeschlossen haben, zu veröffentlichen, damit die Kassenmitglieder eventuell einen Druck auf ihre resp. Vorstände auszuüben in der Lage sind.

Es sind das die Ortskassen der Bäcker, Barbiere, Brunnenmacher, Böttcher, Dachdecker, Gastwirthe, Friseure, Gürtler, Handschuhmacher, Korbmacher, Photographen, Schlächter, Schornsteinfeger, Tuchmacher, Zeugschmiede, Wäschefabrikation und Zinngießer.

Die Betriebskassen: Aktiengesellschaft für Weißblech, Balke, Pietschmann und Söhne, Meierei Bolle, Chemische Fabriken, Eisenmann, F. Hirt, W. und G. Keßler, L. Löwe, Neue Maschinenbauerkasse, Packetfahrtgesellschaft, Neue Berliner Pferdebahn, Große Berliner Pferdebahn, Porzellan-Manufaktur, Firma Schneider, Krause u. Ko., Bachstein und die der Omnibus-Aktiengesellschaft.

c. die Innungskassen: der Barbiere und Friseure, Damenmäntel-Schneider, Fuhrherren, Konditoren, Schneider, Schmiede, Schornsteinfeger, Steinsetzer, Strumpfwirker, Weber und der Glaser.

Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung erklärt es als Ehrenpflicht aller Krankenkassen, den Boykott der Charitee moralisch und materiell zu unterstützen. Sie beschließt allgemein, große Volksversammlungen einzuberufen, um die ganze Bevölkerung zur Unterstützung des Boykotts aufzurütteln. Weiter wurde die Kommission der Krankenkassen aufgefordert, die Ausarbeitung und Vertheilung eines Flugblattes betreffend des Boykotts der Charitee in Erwägung zu ziehen. Schließlich wurde einem Antrage zugestimmt, den Verwaltungsdirektor, sowie sämmtliche dirigirenden Aerzte der Charitee zum Besuch der Volksversammlung am 8. Dezember durch Schreiben einzuladen, und ebenso einem weiteren Antrage, im Versammlungsbericht die Namen derjenigen Kliniken bekannt zu geben, welche bereits erklärt haben, den Krankenkassen Betten zur Verfügung zu stellen.

Es sind dies: a) ausschließlich für Frauen: Dr. Landau, Philippstr. 20; b) für Geisteskranke beider Geschlechter: Dr. Oesterreicher in Nieder-Schönhausen (150 Betten); c) für Geschlechtskranke: Dr. Güterbock, Neuenburgerstraße 14 (20 Betten); Dr. Blaschko, Friedrichstr. 104a (15 Betten); Dr. Rosenthal, Oranienburgerstraße Nr. 41 (20 Betten); Dr. Witte, Friedrichstraße Nr. 133 (20 Betten); d) für körperlich und geistig Kranke, auch Geschlechtskranke; Maison de santé in Schöneberg (mit 150 Betten). — Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von Räther bekannt gegeben, daß am 10. Dezember in den Konkordiasälen eine große Versammlung von Mitgliedern sämmtlicher Ortskassen stattfindet zwecks Förderung der Agitation für die Zentralisation der Ortskrankenkassen. Nachdem noch die, über sämmtliche Krankenhäuser auf deren Krankenbestand auszuübende, regelmäßige Kontrolle unter den Delegirten der Krankenkassen-Vorstände geregelt worden war, wurde die Versammlung, an der auch einige Aerzte theilnahmen, gegen 12 Uhr vom Vorsitzenden Herrmann geschlossen.

Im Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche sprach am 30. November Frl. Baader über das Thema: „Vom Rechte das mit uns geboren". Die Versammlung folgte den Ausführungen der Vortragenden mit lebhaftem Interesse. Mit einer energischen Aufforderung an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, schloß die Rednerin. In der Diskussion äußerte sich Kollege Hergt in demselben Sinne. Ferner theilte Kollege Ojust mit, daß in einer Fabrik eine Arbeiterin sich den Finger abgequetscht hat, im wesentlichen ist es die mangelhafte Schutzvorrichtung, der die Schuld beizumessen ist für den Unfall. Kollege Hergt kritisirt die Art der Recherchen, die von den Fabrikinspektoren ausgeübt wird, indem dieselben nicht die Arbeiter zu rathe ziehen, sondern sich ganz darauf beschränken, nur von den Fabrikanten ihre Informationen zu schöpfen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß wenn der Verein der Plätterinnen die Gründung eines Arbeitsnachweises ablehne, der Verein einen selbständigen Arbeitsnachweis gründet.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hielt am 30. November eine Versammlung ab, in der Genosse Türk ein Referat über das Vereinsorgan „Der Handelsangestellte", und einen warmen Hinweis auf die künftigen Aufgaben der Gewerkschaft gab. Der Vortragende, sowie sämmtliche Redner in der sich anschließenden Diskussion, vertraten die Ansicht, daß es an der Zeit sei, den Ausbau der Organisation energisch zu betreiben. Im Anschluß an diese Debatte wurde im Statut der Paragraph betreffend den Mitgliedsbeitrag festgelegt und damit die Umarbeitung der Statuten abgeschlossen. Weiterhin wurden für drei ausgeschiedene Vorstandsmitglieder die Genossen Adler, Kohnke und Ritterbrandt gewählt.

Die in Brauereibetrieben beschäftigten Arbeiter (Brauer, Mälzer, Böttcher, Keller- und Hofarbeiter, Fahrer, Stallleute u. s. w.) hielten am 1. Dezember eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat sich der Vorsitzende der Orts-Krankenkasse, Lang, das Wort, und gab die Erklärung ab, daß er und die übrigen Vorstandsmitglieder der Kasse um Zulassung zu einer Vereinsversammlung der Bierbrauergesellen nachgesucht haben, da genannter Verein eine Besprechung der Verhältnisse der Ortskasse auf die Tagesordnung gestellt hatte, sie seien jedoch abschlägig beschieden worden. Dieses kennzeichne der „Bierbrauergesellen-Verein" als Gegner der organisirten Brauerei-Arbeiter. Hierauf hielt Genosse Rohrlack an stelle des Kollegen Hilpert einen Vortrag über den Werth der Gewerkschaftsbewegung und forderte zum Beitritt in den Verband auf. Nach ihm referirte Kollege Richter über die Erfolge der Agitationskommission. Er schilderte zunächst die Vor-

kommnisse in der Vereinsbrauerei Rixdorf, mit denen sich bekanntlich auch die Gewerkschaftskommission beschäftigte. Nach Rücksprache des geschäftsführenden Ausschusses mit Direktor Spielhagen hat ersterer die Zusicherung erhalten, daß die angeregten Mißstände in Zukunft sich nicht wiederholen werden. Desgleichen gab Richter das Resultat in Sachen Lang kontra Böhmisches Brauhaus bekannt. Die Versammlung nahm ohne Debatte davon Kenntniß. Kollege Träger beleuchtete ausführlich die Arbeitsverhältnisse und die damit in Verbindung stehenden Spar-Praktiken des Direktors Röfike in der Pankower und Fürstenwalder Mälzerei der Schultheiß-Brauerei. Kollege Schneider bemerkt, daß sich in nächster Zeit die Agitationskommission und vielleicht auch die Oeffentlichkeit mit den Lohndrückereien in einigen Weißbierbrauereien beschäftigen wird. Böttcher Müller ermahnte die Brauer und Hilfsarbeiter, aus den angeführten Mißständen die Nothwendigkeit der Zugehörigkeit zur Organisation zu erkennen und verwies auf die Erfolge seiner Organisation hin. Böttcher Lehmann verbreitete sich ebenfalls über die Arbeitsverhältnisse in der Weißbier-Brauerei von Thomas Bolle, Friedrichstr. 128, und führte unter anderem an, daß der Lohn der Hilfsarbeiter bei einer Arbeitszeit von Morgens früh 4 Uhr bis Abends 3/10 nur 2,80 M. beträgt und nach jahrelanger Thätigkeit bis zu 2,50 M. steigt. Die Versammlung genehmigte schließlich eine Resolution, in der sie sich mit allen Rednern in betreff der Bekämpfung der Mißstände auf den verschiedenen Brauereien einverstanden erklärte und die Agitationskommission aufforderte, die geeigneten Schritte einzuleiten.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 2. Dezember eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Hoffmann sprach in einem mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse". Nach dem Referat wurde die Versammlung geschlossen und folgte eine gesellige Unterhaltung mit Tanz. Da der Vortrag erst bis zum 4. Gebot vollendet ist, so findet am Sonnabend, den 16. Dezember, wiederum eine derartige Versammlung statt. Fortsetzung des Vortrages im Lokal des Herrn Brochnow, Sebastianstr. 39.

Die Zimmerer Moabits hielten am 3. Dezember eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Der Genosse Hoffmann legte in einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage klar, aus welchen Gründen sich jeder Arbeiter der Gewerkschafts-Organisation anzuschließen habe. Die Kollegen Tamm, Obst, König und Joppenlatz führten in der Diskussion aus, daß man dem stetigen Druck auf die Lebenshaltung der Arbeiter nur begegnen könne durch den Zusammenschluß. Auch die Poliere und sogenannten Polengesellen sollten sich ihres Ursprungs erinnern und nicht den schönen Augen der Unternehmer zuliebe der Organisation entgegentreten. Eine im Sinne des Vortrags gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen. Als Vertrauensmann für Moabit wird Kollege Joppenlatz, Stephanstr. 49, gewählt, als Stellvertreter Ortmann. — Kassirt wird Sonntag Vormittag von 10—12 bei Gebauer, Birkenstr. 24.

Eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter nahm am 3. Dezember den Bericht der Tarifkommission für die Marmor- und Granitbranche entgegen. Der von ihr ausgearbeitete Tarif soll zunächst in Flugblattform allen Kollegen zur Begutachtung vorgelegt und nach erfolgter Korrektur in einer weiteren Versammlung dann als Broschüre herausgegeben und zur Durchführung gebracht werden. Stoop gab bekannt, daß die Liquidationskommission des aufgelösten „Fachvereins der Marmor- und Granitarbeiter" in der nächsten Versammlung ihre Abrechnung verlesen und gleichzeitig einen Bericht über die neunjährige Thätigkeit des Vereins erstatten wird. Die Versammlung beschloß, alle noch vorhandenen Bücher und andere Utensilien des Vereins dem Vertrauensmann zur Aufbewahrung zu übergeben. Dem vor einigen Wochen auf der Straße verunglückten Kollegen Hannich wurde eine Unterstützung von 40 M. bewilligt. Nachdem sich Paulikat, Buchmann, Stoop und einige weitere Redner mißbilligend über die in der letzten Versammlung vorgekommenen persönlichen Streitereien einzelner Kollegen geäußert hatten, erfolgte Schluß der Versammlung mit dem Hinweis, daß dieselben in Zukunft stets pünktlich eröffnet werden.

Schöneberg. Die am 30. November hier stattgehabte von Frauen und Männern sehr stark besuchte Volksversammlung nahm den Bericht des Delegirten zum Kölner Parteitage, Genossen Zubeil, entgegen und knüpfte sich an denselben eine mehrstündige rege Debatte, die sich vorwiegend um die Gewerkschaftsfrage drehte. Hackebusch bedauerte zunächst die Nichtverlegung der Parteitage in die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr und legte im weiteren den Schwerpunkt auf die Gewerkschaftsbewegung. Däumig erklärte sich durch die auf dem Parteitage erfolgte Regelung der Maifeier für befriedigt und hielt vor allem eine Regelung der Frage der Form der Gewerkschaftsorganisationen für Berlin und Umgegend für erforderlich. Köster wünschte eine größere Bethätigung der politischen Führer in und für die Gewerkschaftsbewegung und hielt dafür, daß jeder Sozialdemokrat auch einer Gewerkschaftsorganisation anzugehören habe, sonst sei derselbe nur ein halber Sozialdemokrat. Er maß die Schuld an den Auseinandersetzungen zwischen Legien und Auer auf dem Parteitage beiden bei und hielt es für angezeigt, daß in Zukunft auf Parteitagen neben dem politischen auch ein gewerkschaftlicher Bericht erstattet werde. Der Resolution Dr. Arons gab er den Vorzug. Seidel hätte gewünscht, daß auf dem Parteitage die Frage, ob lokale, ob zentrale Gewerkschaftsorganisationsform auf dem Parteitage zum Austrag gebracht worden wäre. In den heftigsten Angriffen gefiel sich Heinze. Er verlangte thätige Mitarbeit der Parteigenossen. Nicht könne es angehen, daß von der Kahbachstraße aus reglert werde und die Arbeiter so tanzen, wie dort gepfiffen werde. Wenn das so weiter gehe, werde die Zeit kommen, wo die Arbeiter nicht mehr willens sind, Hammelherde zu sein. In der Beuthstraße schreibe man nur noch nach Jugenderinnerungen. Man habe infolge verbesserter Lebensstellung sich dem proletarischen Denken und Fühlen entfremdet. Der Parteitag habe nicht auf der Höhe der Zeit gestanden. Die eigentliche Arbeiterfrage, die Gewerkschaftsfrage sei ungenügend erörtert worden, während nebensächlichere Dinge eine eingehende Behandlung erfuhren. Man befürchte, daß neben den politischen Machtfaktoren sich noch gewerkschaftliche herausbilden. Er hoffte, daß in Zukunft die Gewerkschaftsfrage mehr gewürdigt werden würde. Zubeil ging in seinem Schlußworte in scharfer Weise gegen Heinze vor und widerlegte die sachlichen Einwendungen anderer Redner. Nach mehrmaliger Abstimmung gelangte mit einer Mehrheit von elf Stimmen, nachdem sich die Versammlung bereits stark gelichtet hatte, folgende von Köster und Däumler beantragte Resolution zur Annahme:

„Die heutige Volksversammlung für Schöneberg erklärt sich mit den Beschlüssen des Kölner Parteitages einverstanden außer in der Gewerkschaftsfrage, von welcher sie erwartet hätte, daß gerade diese Frage eingehender behandelt werden würde, und bedauert den Standpunkt, welchen Auer hierbei eingenommen hat. Sie erwartet, daß den künftigen Parteitagen, außer einem Berichte über den Stand der politischen Bewegung auch ein solcher über den Stand der Gewerkschaftsbewegung vorgelegt wird. Die Parteigenossen Schönebergs erklären es ferner für eines jeden Sozialdemokraten Pflicht, sich seiner Gewerkschaft anzuschließen, indem nur die Gewerkschaftsbewegung geeignet ist, den Arbeitern schon jetzt innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung Vortheile zu verschaffen."

Vorher hatte der Vertrauensmann Masach die Abrechnung vorgelegt. Dieselbe wies 176,46 M. Einnahme, 264,65 M. Ausgabe und unter Verrechnung der Marken und Außenbestände einen Bestand von 60,01 M. auf. Ferner hatte Weißgerber namens der Lokalkommission Bericht erstattet. Demselben ist zu entnehmen, daß den Schöneberger Genossen nur zwei Lokale zur Verfügung stehen, die Schloßbrauerei und das Lokal von Jakob in der Grunewaldstraße. Ueber 100 Schankwirthe haben Parteiblätter ausliegen, gegen 20 nicht. Die bereits begonnenen, gegen die Lokalkommission gerichteten Debatten, sowie die Neuwahl der Lokalkommission wurden indessen vertagt.

In einer Bauarbeiter-Versammlung für Schöneberg und Umgegend, die am 3. Dezember stattfand, referirte Genosse O. Antrick über „Die Gewerkschaftsbewegung und der Parteitag zu Köln." Nachdem Redner ausführlich Ursprung und bisherige Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung behandelt hatte, kam er auf die Stellungnahme des Parteitages bezüglich dieses Theils der Arbeiterbewegung zu sprechen. Nachdem die sozialdemokratische Partei abermals, so führte er u. a. aus, durch die bekannte Resolution (Auer und Genossen) gezeigt habe, daß sie nach Kräften die Gewerkschaftsbewegung fördern wolle, sei es Zeit, endlich die Beschuldigungen der Vernachlässigung durch die Partei fallen zu lassen. Statt der ewigen Vorwürfe möge man lebhaft für die berufliche Organisation und die wirthschaftliche Bewegung der Arbeiter agitiren, welche er, Redner, für ebenso nothwendig halte wie die politische. Von Nutzen werde für die Gewerkschafts-Bewegung sein, wenn eine Verständigung über die Organisationsform und damit die Beendigung des leidigen und gewiß nicht die Bewegung fördernden Streites über dieselbe herbeigeführt wird. Im übrigen vertrat Redner den bekannten Standpunkt Auer's. An der Diskussion betheiligten sich die Genossen Behrend und Bensch. Ersterer befürwortete die lokale, letzterer die zentrale Organisationsform als die beste. Hierauf stellte der Referent in einem Schlußwort mehrere Irrthümer richtig, welche Behrend unterlaufen waren. Folgende von Behrend gestellte Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Referat des Genossen O. Antrick einverstanden und verspricht, den Beschlüssen des Parteitages in Deutschland Anerkennung zu verschaffen.

In Friedrichsfelde sprach am 3. Dezember vor einer äußerst stark, namentlich auch von Frauen besuchten Volksversammlung Reichstagsabgeordneter Stadthagen über die politische Lage. Redner hob, nachdem er auf die im gegenwärtigen Reichstage erfolgte Annahme der Militärvorlage verwiesen hatte, die Ungerechtigkeit hervor, zu welcher die Wahlkreiseintheilung führt, indem den Großgrundbesitzern und Zechenbaronen ein besonderer Einfluß eingeräumt wird. Redner unterwarf hierauf die Politik unserer Regierung, wie sie durch den in voriger Woche im „Vorwärts" veröffentlichten Ministerialerlaß gekennzeichnet war, einer eingehenden Kritik. Mit allgemeinem Beifall gab die Versammlung ihre Zustimmung zu dem Vortrage zu erkennen. Von einer Diskussion wurde, da Gegner sich nicht meldeten, bei der vorgerückten Zeit Abstand genommen. Genosse Junge berichtete sodann über die Thätigkeit der Lokalkommission. Das Lokal von Maikowski, das den Genossen zur Verfügung steht, sei zwar groß genug für die Versammlungen, aber so lange nicht auch die übrigen Saalwirthe ihre Lokale hergäben, würden auch die Maßnahmen der Polizei nicht aufhören. In Friedrichsberg könne die Polizei den Wirthen, die unseren Genossen den Saal hergeben, nichts anhaben, weil dort sämmtliche Wirthe uns die Lokale zur Verfügung stellen. Um dies auch in Friedrichsfelde zu erreichen, müßten die Arbeiter bei den Wirthen, wo sie sich nicht zur Besprechung ihrer Lage versammeln dürfen, auch nicht ihre Groschen verzehren. Nach dieser Aufforderung, der noch zwei andere Parteigenossen beigetreten, wählte die Versammlung die Genossen Junge, Katscha und Löba als Lokalkommission. Unter Verschiedenem forderten mehrere Redner die Frauen auf, in ihren Kreisen kräftig zu agitiren und einen Frauenverein zu gründen. An die Männer erging die Aufforderung, sich dem Arbeiter-Bildungsverein anzuschließen. Der Vorsitzende theilte mit, daß die Agitationstour, welche in 14 Tagen stattfinden sollte, erst nach Weihnachten unternommen wird.

In einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung in Rixdorf, die am 3. Dezember tagte, referirte Genosse Faber über: „Sozialdemokratie und Gewerkschaft". Der Referent wie die Diskussionsredner betonten die Verpflichtung der sozialdemokratischen Partei, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, und bekämpften die vom Genossen Bebel auf dem Parteitag gemachten Ausführungen. Neumann schlug vor, unter den Gewerkschaften Rixdorfs eine engere Fühlung herzustellen durch Begründung eines Gewerkschaftskartells, um bei Streiks eine bessere und schnellere Unterstützung zu erzielen. Genosse Vieweg (Metallarbeiter) stimmte dem Referenten darin bei, daß die Reise-Unterstützung viele Arbeiter zur Organisation heranziehe, wenn sie auch, wie Genosse Thomas gesagt hatte, in einzelnen Gewerkschaften, z. B. in derjenigen der Bauhandwerker und anderer Saisonarbeiter, nicht durchführbar sei. Genosse Köppen bemerkte, auf dem Kölner Parteitage sei kein Wort gegen die Gewerkschaften gefallen, was Faber in seinem Schlußwort bestritt, indem er behauptete, Indifferente ließen sich durch Worte, wie sie Bebel in Köln gebraucht, vom Anschluß an eine Organisation abschrecken. Die Versammlung stimmte hierauf dem vom Genossen Neumann gestellten Antrage zu, der folgendermaßen lautet: „In Erkenntniß des Nutzens der Gewerkschaftsbewegung und der Nothwendigkeit einer regeren und einheitlichen Agitation innerhalb der Organisationen am Orte beschließt die Versammlung, ein Gewerkschaftskartell, bestehend aus je einem Delegirten der verschiedenen Berufe, einzusetzen. Die Wahl der Delegirten bleibt den einzelnen Berufen überlassen und muß diese Wahl in öffentlichen Versammlungen stattfinden." Die Fünferkommission soll die Geschäfte bis zum Zusammentritt des Kartells weiter führen. Die gewählten Delegirten haben ihre Adressen an Genossen Böttcher, Götheştr. 1, zu senden.

Friedrichsberg. Am 3. d. M. fand hierselbst eine öffentliche Versammlung der Möbelpolirer statt, um, wie dies bereits in Rixdorf und Weißensee geschehen ist und in weiteren Vororten noch geschehen soll, eine Zahlstelle des Verbandes der Möbelpolirer zu gründen. Die aus Berlin erschienenen Kollegen Kurth, Reuter und Weber veranschaulichten die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit derartiger Zahlstellen in den Vororten, in welche das Kleinmeisterthum und die Hausindustrie immer mehr hineingedrängt würden, welche eine große Arbeitermasse ohne Zusammenhalt beherbergten. Die Gründung einer Zahlstelle des Verbandes entsprach den eigenen Wünschen der Friedrichsberger Kollegen und wurde demzufolge beschlossen. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Jursch, zum Kassirer Kollege Peukert, zum Verkehrslokal dasjenige von Oskar Schulz, Friedrich Karlstraße 34 gewählt. Hiermit war der Hauptzweck der Versammlung erreicht. Den Kollegen wurde noch nahe gelegt, sich dem Arbeiter-Bildungsverein anzuschließen und für den Boykott der Berliner Charitee in den Gemeinde-Krankenkassen Propaganda zu machen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für die Kreise Wittenberg, Torgau u. s. w. Heute, Mittwoch, Abends 8 Uhr, Neue Grünstraße Nr. 14 bei Lehmann, Vortrag des Genossen Lohse über: „Legitimität".

Fünfter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Donnerstag, den 8. d. M., Abends 8½ Uhr, bei Phillipp, Rosenthalerstr. 38, Versammlung. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten R. Schmidt über: „Die neuen Steuergesetze".

Zitherklub „Alpenglöckchen-Edelweiß". Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 9 Uhr, Uebungsabend im Restaurant Pellmann, Gipsstr. 11.

Verband deutscher Zimmerleute. (Lokalverband Charlottenburg.) Versammlung am Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal von Krause, Bismarckstr. 74.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8½ Uhr, im „Kommandanten-Garten", Kommandantenstr. 19—21, große Versammlung mit Damen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Phillipp, Rosenthalerstr. 38.

Verband der Geschäftsdiener, Packer und Berufsgenossen. Mittwoch, den 6. Dezember, bei Gründer, Köpnickerstr. 100, Versammlung. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ferd. Sued über: „Die Wirkung der neuen Steuervorlagen auf das Verfließen der ungelernten Arbeiter".

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Berlin und Umgegend. Vereinsversammlung am Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Herrn Dr. Heymann über: „Die Nervenschwäche des Menschen und die moderne Wirthschaftsordnung".

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Geschichte (mittl.). Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Logik. Südost-Schule, Reichenbergerstraße 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberes). Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt, im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- und Diskutirklubs. Mittwoch. Johann Jacoby, bei Fritz Bietzke, Schwedterstr. 33. — Heine, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. jed. Monats, Ab. 8½ Uhr, im Restaur. Grube, Mariendorferstr. 10. — Gesundbrunnen, Abends 8½ Uhr, bei Haferland, Bellermannstr. 87. — Gleichheit, Abends 8½ Uhr bei Stromm, Ritterstraße 122. — Heine, Rixdorf Abends 8½ Uhr, Prinz-Handjerystr. 60, parterre. — Otto Reimer, bei A. Brosch, Wilhelmshavenerstr. 23. — Einigkeit, Abends 8½ Uhr, bei Zeige, Triftstraße 1.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Korhun, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. **Mittwoch.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — Liederfreiheit 1, Andreasstr. 26, bei Wilke. — Freya, (Gemischter Chor), Alte Schönhauserstraße 22—23, Bötzow's Brauerei. — Hilaritas, Hochstraße 32a, bei Wilke. — Deutsche Eiche, Grüner Weg 39 bei Jäger. — Echo 1 Pankow, Schulzestr. 27. — Steinmetzen, Flemmingstr. 6 bei Mann. — Lyra 1, Mariannen-Ufer 2 bei Wilke. — Hand in Hand 1, Reichenbergerstraße 16 bei Pätzold. — Schneeglöckchen 2, Potsdam, Brandenburger-Kommunikation 16, bei Glaser. — Unverdrossen, Abends 8½ Uhr, bei Sachs, Lindowerstr. 26. — Rütli, Friedenau im Kurhaus. — Vorwärts 3, Friedrichshagen, Rundtheil, b. Lerche. — Lorbeerkranz, Lichtenbergerstr. 21 b. Heise. Südost 1, Köpnickerstr. 131, Restaurant. — Rothe Nelke, Schöneberg, Goltzstraße 43, bei Siegeler. — Kupferschmiede, Weinstr. 11 bei Zetsch. — Concordia, Elisabethstr. 44 bei Haase. — Deutscher Männergesang, Belforterstr. 18, bei Schneider. — Freiheitsklänge, Alte Jakobstr. 68. — Unverzagt 1 Manteuffelstraße bei Nowack. — Lorbeerkranz 2, Oranienstraße 190 bei Katsch. — Liederlust in Fürstenwalde bei Haupt, Müncheberger Chaussee. — Sängerchor der Maler, Stallschreiberstraße 29 zum eichenen Stab. — Freiheits-Gruß, Schönhauser Allee 46 bei Busse. — Hoffnung 3, Brandenburg a. H., Töllhelmsdorferstraße Rest. Concordia. — Gangesblüthen, Blumenstr. 88 bei Henke. — Moabit, Waldstr. 69 bei Gohr. — Liederlust, Dresdenerstr. 45, Dresdener Garten. — Gleichheit, Pappel-Allee 3—4 bei A. Meinhardt. — Lyra 3, Brix, Werderstraße 16. — Freiheitsklänge 2 Oberswalderstraße 5. — Kaiser'scher Quartettverein, Kraustr. 6 bei Rudolf. — Arbeiter-Sangverein von Brix in Brix, Bürgerstr. 8 bei Dorn. — Junge Eiche, Reinickendorf, Gesellschaftsstr. 11 bei Hartmann. — Georgina, Manteuffelstraße 45 bei Lierwald. — Einig, Strausbergerstr. 8 bei Birk. — „Vorwärts" 7 Rummelsburg, Göthe- und Kaiserstraße-Ecke bei Gremert. — Seeger'scher Männerchor, Frankfurterstraße 18 bei Kapralatz. — Dämmerlicht, Doppel-Quartett, Landsberger Allee 102 bei Krause. — Süd-Ost 2, Falckensteinstr. 7 bei Trittelwitz. — Felsenburg, Krautstraße 8 bei Rudolph. — Gemischter Chor Wedding, Müllerstraße 7 bei Reichert. — „Glühlicht" (gem. Chor), Perlebergerstr. 28, bei Hermerschmidt.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. (Zuschriften sind zu richten an P. Henkel, Bergmannstraße 14, Hof 3 Tr.) **Mittwoch:** Pollack-Klub Lustige Brüder, Manteuffelstr. 46 bei Wenald. — Geselliger Verein Fridolin, Brunnenstraße Nr. 35 bei Wolff. — Rauchklub Eiserne Pfeife, Triftstr. 1 bei Hoffmann. — Humoristischer Rauchklub, Görlitzerstraße 42 bei Picht. — Geselliger Verein Brüderlichkeit Georgenkirchstraße 65 bei Müller. — Musikverein Saitenschwung Annenstraße 16 bei Ehrenberg. — Verein Rhetorik Naunynstr. 66 bei Rudolf Abends 8½ Uhr. — Geselliger Verein Hoffnung Lebuserstraße 5 bei Nemitz (alle 14 Tage). — Rauchklub Gutgesinnter Freunde, Wein- und Wiebenstraßen-Ecke Abends 9 Uhr. — Theaterverein Proletariat, Naunynstr. 83 bei Köhn. — Vergnügungsverein Amor II, Prinzen-Allee 10 bei Bergemann. — Touristenklub Freiheit und Wohlergehen, Neuenburgerstr. 37 bei Kegenberg. — Rauchklub Rothe Fahne, Abends 9 Uhr, Oppelnerstr. 44, Restaurant Taubenbörse. — Skatklub Kreuz-Solo Krautstr. 49 bei Nattke.

Gesang-, Turn- und geselliges Vereine. Mittwoch. Gesangverein Knospe, Abends 9 Uhr, im Restaurant Wahlstatt, Belle-Alliancestraße. — Musikverein Vorwärts, Abends 6½ bis 10½ Uhr, Langestraße 109 bei Nebelin. — Männer-Gesangverein Waldespelle 2, Abends 9 Uhr, Restaurant Kayser, Skalitzerstr. 22. — Musik-Dilettantenverein Preciosa, Abends 8½—11 Uhr Uebungsstunde in Geisler's Restaurant, Fenn- und Tegelerstraßen-Ecke.

Turnverein Hoffnung, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schröder, Manteuffelstr. 9. — Kraftturnverein Jugendkraft, jeden Mittwoch und Sonnabend 9—11 Uhr Abends bei Lade, Zeughofstr. 6. — Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männer-Abtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr Abends in der Turnhalle, Freienwalderstraße 39. — Kraftturnverein Berolina, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Faustmann, Reichenbergerstraße 73a. — Athletenverein Atlas, Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Brunnenstraße 154, Lokal Konkordia.

Theater- und Vergnügungs-Verein Humanitas Abends 8½ Uhr bei Reuck, Lothringerstr. 34. — Theaterverein „Vulkania 2", Abends 9½ Uhr, bei Schulz, Veteranenstr. 18. — Bühnenverband Othello, Abends 9 Uhr, Restaurant Lothringerstraße 101. — Theater- und Geselklub Morgenroth, jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, im Restaurant Diele, Lothringerstr. Nr. 61. Theaterverein Xerxes tagt jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, bei Gützlaff, Großgörschenstr. 3. Gäste willkommen.

Geselliger Vergnügungsverein Regia, Abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstraße 21. — Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 149. — Fidele Brüder, bei H. Mrose, Lachmannstr. 3. — Touristenverein „Frei Weg", Abend 9 Uhr bei Siedlaczek, Manteuffelstraße 86. — Arbeiter-Zitherklub „Freiheitsklänge", Abends von 8—11 Uhr, bei R. Pommerenke, Bahnstraße 23, am Bahnhof Großgörschenstraße. — Zitherklub Alpenglöckchen-Edelweiß, Uebungsabend Gipsstr. 11 bei Gollmann. Damen und Herren als Mitspieler willkommen. — Verein Wohlgemuth jeden Mittwoch 9½ Uhr Sitzung mit Damen bei Weigmann, Andreasstr. 22.

Rauchklub Koochloch, Abends 9 Uhr, bei Kierstein, Admiralstr. 33. — Rauchklub Rothe Nelke, bei Steuer, Weinstr. 22. — Humoristischer Rauchklub, Abends 9 Uhr, bei R. Niemann, Görlitzerstr. 42. — Rauchklub Sanssouci, Boeckhstraße 51. — Rauchklub Ohne Zwang, Abends 9 Uhr bei Späth, Weinstr. 28. — Rauchklub Grüne Quaste, Abends 9 Uhr, bei Schlüter, Kleine Marktstr. 10. Rauchklub Vulkan, Abends 9 Uhr bei Nachfall, Waldemarstr. 18. — Rauchklub Goldene Quaste, Abends 9 Uhr bei Mink, Jostystraße 8. — Rauchklub Schmokes-Werke, Köpenickerstraße 121a bei Schöbel. — Rauchklub „Vorwärts Süd-Ost" Waldemarstraße 74 bei George. — Humoristische Pfeifenbrüder Abends 9 Uhr, Klosterstraße 85, beim Genossen W. Salzwedel. — Rauchklub Deutsche Eiche, Abends 9 Uhr bei John, Waldemarstr. 69. — Rauchklub Lustige Brüder Abends 8½ Uhr Pücklerstr. 41 bei Faulhaber. — Rauchklub Arcona Abends von 9—11 Uhr bei Bernhard, Skalitzerstr. 41. — Rauch-Klub Einfach, Abends 9 Uhr, Manteuffelstr. Nr. 6 bei Vogt. — Altdeutscher Rauchklub bei Göbecke, Münchebergerstr. 8. — Rauchklub Granada, Abends 9 Uhr, Forsterstr. 49 bei Tuguntke. — Rauchklub „Rothe Fahne", Mittwoch Abends 9 Uhr, Oppelnerstr. 44, Restaurant zur Taubenbörse.

Skatklub Treff, Abends 8½ Uhr, bei Otto Zabel, Frankfurter Allee 66.

German American Club. 9 o'clock Restaurant Belvedere, An der Jannowitz-Brücke. — Ladies and Gentleman are invited.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting with Ladies every Wednesday at 9 o'clock at Neumann's Restaurant, Rosenthalerstr. 36. Guests are welcome.

Club Uncle Sam. 9 o'clock Jack's Restaurant, 15 Hoher Steinweg. English speaking guests are quite welcome.

Vermischtes.

Von der Stimmung in Sizilien. In bürgerlichen Zeitungen ist zu lesen: Im Dome von Piana dei Greci (Provinz Palermo) fand im Beisein des königlichen Kommissars, der Behörden und des Klerus gestern, wie alljährlich an diesem Tage (22. November), das große Schulfest mit Preisvertheilung statt. Als die Zeremonie beendet war, stimmten sämmtliche Schulkinder — gegen Tausend! — plötzlich und wie auf Kommando in den Ruf ein: „Hoch der Sozialismus!" Die Kundgebung war um so bezeichnender, als das Schulfest bisher stets mit Hochrufen auf den König zu endigen pflegte. Sofort stürzte sich die Polizei (!) auf die Kinder und trieb sie mit Flachhieben aus der Kirche!

Das Ausrufungszeichen rührt nicht von uns her, sondern ist mit abgedruckt.

Ein Advokatenkniff. Ein in einem australischen Bankgeschäft Angestellter verspielte am Totalisator 4000 L. Er hat das Geld der Bankkasse entnommen, kann es nicht ersetzen und schüttet dem alten „Rechtsbeistande" seines Vaters sein Herz aus. „Wie viel kannst Du noch nehmen, ohne sofort erwischt zu werden?" „6000 L. etwa." „Gut, so bringe sie mir." Darauf zählt der biedere Advokat 1000 L. ab: „Siehst Du, mein Sohn, die sind für mich! Diese weitern 1000 L. sind für Dich!" Und nun schreibt er der Bank: „Der bei Ihnen angestellte N. N. hat 10 000 L. unterschlagen; der Familie ist es mit Aufbietung aller Kraft gelungen, 4000 L. zusammenzubringen. Falls Sie mit dieser Summe zufrieden sein und dem jungen Mann Straflosigkeit zusichern, sollen Sie das Geld haben." Selbstverständlich nahm die Bank die angebotene Summe.

Eine größere Gesteinmasse ist am Donnerstag in Kirstens Steinbruch in Rathen (Sachsen) niedergegangen. Drei Personen wurden dabei getödtet und einer verwundet.

Soeben erschien in meinem Verlage:

Märchenbuch

für die Kinder des Proletariats.

160 Seiten mit 5 Buntdruckbildern in elegantem Prachteinband.

Preis 1 Mark.

Inhalt: Hirtenflöte und Wanderstab. Illustrirt. — Im Käfig. Gedicht. — Die Bienen und der Bär. — Der Zauberspiegel. Illustrirt. — Das Pferd und der Esel. Gedicht. — Der Vater und seine Söhne. — Die drei Schlangen. — Der arme Reiche. Illustrirt. — Die rothe Blume. — Das Schwein und der Mensch. — Der Wunderbaum. Illustrirt. — Die Bienen. Gedicht. — Die Eule und die Lerche. — Die Affen. — Zwei Brüder. Illustrirt. — Unzufriedenheit und Zwietracht. Gedicht. — Der schöne Vogel. — Der Mensch und das Kameel. Gedicht. — Der arme Konrad.

Das vorliegende Buch unternimmt den Versuch, in der Form des Märchens und der Fabel das junge Proletariat in die Welt der sozialistischen Idee einzuführen. Es bietet der Jugend keine trockene Lektüre, sondern reißt ihre Phantasie hin, um ihre Begeisterung für die Ideale ihrer Eltern zu erwecken. Der Verlag glaubt, das Buch allen Parteigenossen als vorzügliches Weihnachtsgeschenk für ihre Kinder empfehlen zu können. Der Preis ist trotz des außerordentlich reichen Inhalts, des starken Umfanges und der guten Ausstattung des Buches so niedrig als möglich gestellt.

Das **„Märchenbuch für die Kinder des Proletariats"** ist zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsspediteure, sowie direkt vom Verlag:

Hans Baake, Berlin S.,
City-Passage.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Straße 2.

In der Herstellung befindet sich und wird Mitte Dezember cr. zur Versendung kommen:

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Köln vom 22.–28. Oktober 1893.

ca. 18 Bogen 8° — elegant broschirt

Preis 40 Pfennig.

Die Verhandlungen des Kölner Parteitages dürften wegen ihrer Bedeutung das lebendigste Interesse eines jeden Parteigenossen in Anspruch nehmen. Die erschöpfenden Verhandlungen über die Gewerkschafts-Bewegung sind überaus wichtig und ihre Kenntniß nach dem stenographischen Bericht jedem Parteigenossen nothwendig. In Rücksicht darauf und auf den zudem hohen agitatorischen Werth und die dadurch wünschenswerthe Massen-Verbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis — 40 Pfennig pro Exemplar bei sorgfältiger, geschmackvoller Ausstattung — festgesetzt.

Um die Auflagehöhe bestimmen zu können, bitten wir uns den ungefähren Bedarf der einzelnen Orte schon jetzt bekannt zu geben; nur so sind wir in der Lage, allen an uns gestellten Anforderungen rechtzeitig genügen zu können.

Die Versendung erfolgt gleichzeitig nach allen Plätzen Deutschlands.
Porto und Frachten zu Lasten der Besteller.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Aufträgen von Außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto 20 Pfg. extra).

Zurückgesetzte, wenig fehlerhafte

Teppiche!!
Portièren!!
Gardinen!!
Steppdecken!!

kauft man am billigsten in der Fabrik von

Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße 158. 5143L*

Illustrirter Pracht-Katalog!!
(ca. 200 Seiten stark), umsonst.

Strickgarne, Strumpfwaaren, Handschuhe, gestrickte Westen von 2,50 M. an, Unterjacken, Normalhemden, Unterbeinkleider, Cravatten, Kragen, Manschetten, Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche, Bett-Vorleger, Bettdecken, wollene Schlafdecken etc.

Gummischuhe.

Carl Braun, Berlin S.,
Kottbuser Damm 5.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Stempel Vereins-Abzeichen 2c.
H. Gattmann,
Brunnenstr. 9.

Punsch, Glühwein, Rum, Cognac.

Alle Sorten Weine, sowie sämmtliche Spirituosen zu Engrospreisen.

Franz Beyer,
Chausseestr. 103.

Kein Laden!

Teppiche von 4 Mk. an, **Gardinen** p. Meter v. 30 Pf. an, **Portièren** 3,20 Met. lang von 2 Mk. an.

Läuferstoffe, Tisch-, Stepp- u. Divandecken enorm billig. **G. Littmann** Special-Geschäft: Landsbergerstr. 97 pt.

Mechanische Weberei

F. M. Merkel, Charlottenburg, Berlinerstraße 126.

Eigene Fabrik von **Kleiderstoffen aller Art.**

Grosses Lager in Herbst- und Winter-Neuheiten, Fabrik-Niederlage von Teppichen, Gardinen und Tischdecken.

Ferner empfehle mein großes Lager in **Trikotagen, Wäsche, Unterröcke, Schürzen, Schirme, Schulterkragen, Korsetts, Tücher, Schlaf- und Reisedecken.**

Feste Preise. 50419* **Koulante Bedienung.**

Damen- u. Mädchenmäntel S. Lazarus

Am Kottbuser Thor. **Dresdenerstraße 135.** Am Kottbuser Thor.

Von heute ab: **Bedeutend herabgesetzte Preise!** 5279L*

Plüsch-Jaquets von 22 Mk. an.
Winter-Jaquets von 7 Mk. an.
Kinder-Mäntel von 3 Mk. an.
Winter-Frauenmäntel von 16 Mk. an.
Winter-Räder von 7 Mk. an.
Hochelegante Capes von 12 bis 30 Mk.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Für Vereine, Lesezirkel, Privatbibliotheken, Arbeiterbildungsschulen und zu Agitationszwecken empfehlen wir den Parteigenossen die

Schriften
von
August Bebel:

Die Frau und der Sozialismus. Neueste Auflage. Brosch. Mk. 2,— Geb. 2,50.

Das Bebel'sche Buch ist, wenn man von den Schriften eines Karl Marx und und Friedrich Engels absieht, das bedeutendste litterarische Erzeugniß, welches der deutsche Sozialismus hervorgebracht hat. Wer den Inhalt des Sozialismus und seine Ziele genau kennen lernen will, wird nicht umhin können, sich der Lektüre desselben zu unterziehen, dessen großer Fleiß und strenger, sittlicher Ernst selbst bei den delikatesten Fragen auch seitens des Gegners offen anerkannt werden müssen.

Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien. Mit einem Porträt Fouriers und einer Abbildung des Phalanstères. Broschirt Mk. 2,— Gebunden Mk. 2,50

Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die demokratische Korrespondenz. Neue Auflage. Mk. 0,30

Die Schrift ist ein historisches Dokument der deutschen Sozialdemokratie, trotzdem der damalige Standpunkt des Verfassers nach verschiedenen Richtungen hin überholt ist.

Zu den Landtagswahlen in Sachsen. Agitationsschrift gelegentlich der Ergänzungswahlen zum sächs. Landtage im Jahre 1891. Mk. 0,15

Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien. Mk. 1,—

Nach einer vom Verfasser vorgenommenen Enquete, welche die schauderhaften Zustände über Arbeits-, Lohn- und Wohnungsverhältnisse im Bäckergewerbe zum ersten Mal statistisch bloslegt und nicht blos unbestritten blieb, sondern durch die seitherigen Untersuchungen nur bestätigt wurde, ohne die geforderte gesetzliche Regelung zu finden.

Die Entwickelung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahrhund. Mk. 0,15

Eine kulturhistorische Skizze über Frankreichs Reformationskämpfe, die Zeiten des Fürstenwahnsinns und der tollsten Verschwendungssucht, die darauf folgende Revolution der Geister, welche in der politischen Revolution von 1789 in die äußere Erscheinung trat.

Das Reichs-Gesundheitsamt und sein Programm vom sozialistischen Standpunkt beleuchtet. Mk. 0,10

Ein nach dem Fall des Sozialistengesetzes doppelt interessant gewordene Broschüre: wie die Sozialdemokratie 1879 zu Regierungsvorlagen stand, wenn sie in den Boden moderner Entwicklung wurzelten, und wie die bürgerlichen Parteien unterschiedslos frondirten, wenn dem privatkapitalistischen Ausbeutungsschwindel Gefahr drohte.

Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage von 1874–1876. 2. Auflage. Mk. 0,25

Die Thätigkeit des deutschen Reichstags 1887/89. Mk. 0,50

Die beiden Broschüren, gleichsam eine kurze kritische Geschichte der deutschen Reichspolitik während der verflossenen anderthalb Jahrzehnte, bieten eine solche Summe historischen Materials, daß sie für jeden unentbehrlich sind, der am politischen Leben der Gegenwart Interesse nimmt.

Glossen zu Yves Guyot's und Sigismond Lacroix's „Die wahre Gestalt des Christenthums" (Etude sur les doctrines sociales du christianisme). Nebst einem Anhang: Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau. 3. durchgesehene Auflage. Mk. 0,30

In knappen, scharfen Umrissen, eine Darlegung, daß alle religiösen Bewegungen im Grunde soziales Natur sind, insbesondere mit Bezug auf Luther's reaktionäre Reformationsbewegung. — Der Anhang ist die Quintessenz der betreffenden größeren Schrift aus des Verfassers Feder.

Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hohoff in Hüffe und Bebel. Mk. 0,10

Zu zur Massenverbreitung namentlich in katholischen Gegenden sehr geeignet.

Unsere wirthschaftliche und politische Lage. Rede Bebel's gehalten im September 1892 im Kasino Zürich. Mk. 0,20

Stehendes Heer oder Volkswehr? Rede Bebel's zur Militairvorlage, gehalten im Reichstage am 13. Dezember 1892. Mk. 0,10

Die Soldatenmißhandlungen vor dem deutschen Reichstage. Stenographischer Bericht über die Sitzung vom Freitag den 13. März 1891. Enthält Reden Bebel's und Anderer. Mk. 0,15

Die Soldatenmißhandlungen. Verhandlungen des Reichstags v. 10. u. 21. März 1893. Enthält Reden Bebel's und Anderer. Mk. 0,25

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages. (Porto extra.)

Grösstes Lager

von Juwelen, Gold-, Silber- und Alfenide-Waaren, silbernen sowie goldenen Damen- und Herren-Uhren, silberne Doublekotten, goldene Ketten, geschäftlich geprüft nach Gewicht bei billigster Fagonberechnung, Granaten- und Korallenwaaren. Sämmtliche Artikel kolossal billig wegen geringen Unkosten und Ersparung der hohen Zahnmiethe in der

Goldwaaren-Fabrik von C. Lützow,

immer noch wie bisher
N., 198 Brunnen-Strasse 198,
am Bleenthaler Thor. 5168L*

Vielfaches Geschäft im Storchen Berlins. Preiscouranten sahnen und billig.

Cohn's Hosenfabrik

Pallisadenstr. 7 u. Landsbergerstr. 41 hat auf Wunsch ihrer Kunden sich jetzt **Herren-Anzüge u. Herren-Paletots** zugelegt u. verkauft dieselben im Detail zu Engrospreisen; außerdem Verkauf zurückgesetzter Kinder- und Burschen-Anzüge zu Spottpreisen. Auch einzelne Leibchen und Kniehosen von 1 M. an sind immer noch vorräthig. 4857L*

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schutzmarke.

Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg 3561L

H. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt Blumenstr. 19 II r. Auch Sonntags. 5195L

Grösstes Manufactur- und Mode-Waaren-Haus des Ostens

Grüner Weg 32 Ecke Andreas-Platz. **M. Löwinsohn (Inh. L. N. Jacob)** **Grüner Weg 32** Ecke Andreas-Platz.

Verkauf nur gegen Baar. **Streng feste Preise.**

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.